

Hiermit erhalten Sie die erste Ausgabe des Polizei-Newsletters, der von der Redaktion des Behörden Spiegel, dem Veranstalter des Europäischen Polizeikongresses, herausgegeben wird. Dieser Newsletter erscheint monatlich. Er informiert Sie über aktuelle polizeiliche Geschehnisse und sicherheitspolitische Themen, technische Neuerungen für den polizeidienstlichen Bereich, hier insbesondere die Einführung des digitalen BOS-Funks sowie über Inhalte und Neuigkeiten zum Europäischen Polizeikongress. Dieser Newsletter ist für Sie kostenlos, Sie können ihn an Interessierte weitergeben, aber auch abbestellen (hierzu nutzen Sie folgendes Stichwort: "Unsubscribe Polizei-Newsletter" an folgende E-Mail-Adresse [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de))

## THEMEN

1. TERMINE/VERANSTALTUNGEN
2. GEMEINSAME ÜBUNG VON BUNDESWEHR, THW UND FEUERWEHR
3. EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS
4. EUROPA-SCHLAGLICHTER
5. NEUES VOM BOS-DIGITALFUNK
6. NEUE POLIZEITECHNIK
7. HINWEISE
8. IMPRESSUM

### 1. TERMINE/VERANSTALTUNGEN

+++ Unter dem Titel "Innere Sicherheit im Europa der 25" wird im Februar 2005 der 8. Europäische Polizeikongress zum zweiten Mal in Berlin tagen. Weiteres Hauptthema wird die biometrische Erkennung sein. Nach Stationen in Wien, Tschechien und zuletzt Bonn, wird die internationale Veranstaltung erstmalig im neuen Berliner Congress Center (BCC) am Berliner Alexanderplatz stattfinden. "Wir haben aufgrund steigender Besucherzahlen, verstärktem Ausstellerinteresse und der Nähe zur Politik den Kongress nach Berlin verlagert, nachdem wir mehrere Jahre in der UN-Stadt Bonn zu Gast waren. Hier finden wir ein optimales Umfeld, dass den Gedanken der Multinationalität betont.", so Uwe Proll, Redaktionsdirektor des Behörden Spiegel und Veranstalter der Konferenz. Zu der Veranstaltung in 2005 werden etwa 900 Besucher aus 25 Nationen anwesend sein und sich mit Blick auf die EU-Erweiterung auf 25 Staaten und die damit verbundenen Sicherheitsprobleme beschäftigen. Mit neuen Themen, Ortswahl und als Treffpunkt der Entscheidungsträger der europäischen Sicherheitsbehörden unterstützt der Europäische Polizeikongress seine Rolle als Leitveranstaltung zum Thema Innere Sicherheit und Polizei in Deutschland. [www-euro-police.com](http://www-euro-police.com) +++

+++ Die Einführung eines digitalen Mobilfunksystems für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ist das Thema eines hochkarätig besetzten Symposiums, zu dem das Innenministerium und die Botschaft der Republik Finnland einladen. Das Symposium findet am 4. Mai 2004 im Gemeinschaftshaus der Nordischen Botschaften in Berlin statt. Eröffnet wird die Veranstaltung durch den finnischen Innenminister. Im Zentrum der Vorträge der finnischen Fachleute stehen Konzeption und Wirkbetrieb des bestehenden digitalen Sicherheitsnetzes in Finnland sowie betriebswirtschaftliche Aspekte des Projektes. Der Bundesinnenminister wird von deutscher Seite über Stand und Perspektiven des BOS-

Digitalfunk-Prozesses in Deutschland sprechen. Der Innenminister des Landes Brandenburg wird die Erwartungen und Ansprüche aus Landessicht darstellen. Darüber hinaus wird am Beispiel der Länder Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern der Vorbereitungsstand und die Einführungsstrategie der Länder diskutiert. Das Symposium wird abgeschlossen durch eine Praxis-Diskussion deutscher und finnischer BOS-Experten aus den Bereichen Polizei, Rettungswesen und Feuerwehr. Bei Rückfragen Fax: 030/50503300 +++

+++Auf der Kongressmesse Effizienter Staat wird die Behörden Spiegel-Gruppe ein Fachforum mit dem Titel "Digitaler BOS-Funk" durchführen. Die Veranstaltung (25. Mai, 11.00 bis 13.00 Uhr) wird von Gerd Lehmann, Ltd. Kriminaldirektor a.D. fachlich geleitet und moderiert. Die wesentlichen BOS-Technologieanbieter und potenziellen Netzbetreiber werden mit Kurzreferaten vertreten sein. Die Entwicklung des Kryptosystems für den BOS-Digitalfunk vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik wird hier vorgestellt. Anmeldungen und weitere Infos [www.effizienter-staat.de](http://www.effizienter-staat.de) +++

+++ Vom 27. bis zum 28. April findet im Kurhaus Wiesbaden ein Microsoft-Polizei-Kongress unter dem Motto "Polizei-Arbeitsplatz 2005; Teamarbeit und Effizienz an jedem Ort" statt. Letztes Jahr besuchten 200 Teilnehmer vornehmlich aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik die Veranstaltung, die diesmal wieder von einer Fachausstellung begleitet wird. Staatssekretär Harald Lemke, Chief Information Officer (CIO) des Landes Hessen, wird sprechen, weitere Programmpunkte: BKA - Bindeglied zwischen Ländern und Europa; IT-gestützte Fahndung und Vorgangsbearbeitung, mobile Lösungen und Konzepte sowie Wissensmanagement-Projekte bei der Polizei. Weitere Informationen unter [www.microsoft.com/Germany/oeffentliche-verwaltung](http://www.microsoft.com/Germany/oeffentliche-verwaltung) +++

+++ Vom 6. bis 11. Juni 2005 soll eine neue Messe, die INTERPOLICE, zeitgleich mit der INTERSCHUTZ 2005 in Hannover stattfinden. Die deutsche Messe AG kooperiert bei der INTERPOLICE 2005 mit der Firma Exhibition & Marketing Wehrstedt GmbH (EMW), die bisher Veranstalterin der GPEC, General Police Equipment Exhibition & Conference, Fachmesse für Polizei- und Spezialausrüstung, war. Diese Messe fand in den Jahren 2000 und 2002 in Münster statt. Nachdem sich die Messe Münster und die EMW getrennt haben, ist die Veranstaltung für den 8. bis 10. Juni 2004 auf dem Messegelände in Leipzig angekündigt. Die Nachfolgemesse in Münster (IPOMEX) hatte nur bescheidenen Zulauf (siehe unten). Die bevorstehende GPEC wird nach Auskunft der Messe Leipzig diesjährig als Test laufen. Industrievertreter gehen davon aus, dass die GPEC das letzte Mal stattfindet. +++

+++ Erstmals fand die IPOMEX (International Police Meeting and Exhibition) vom 30.03. bis zum 01.04. in der Halle Münsterland in Münster statt. Die als Messe gedachte polizeifachliche Veranstaltung - mit insgesamt 13 Fachvorträgen - fand seitens der Aussteller reges Interesse. Rechnet man die zahlreichen Verlage und Stände der NRW-Polizei sowie anderer Polizeiorganisationen mit, kommt man annähernd auf 100 Aus- und Unteraussteller. Das Besucherinteresse konzentrierte sich auf die Vormittage. Ob sich diese regionale Polizeimesse auf Dauer behaupten können, bleibt noch abzuwarten. Am gleichen Ort fand in der Vergangenheit die GEPEC statt, die nun als eigenständige Veranstaltung bereits Anfang Juni in Leipzig starten soll. So beklagten manche Aussteller in Münster die Teilung der Veranstaltung. +++

+++ Auf dem Symposium "Biometrie und Flughafensicherheit" Ende März trafen sich in der Bundesdruckerei in Berlin 100 Experten um sich mit biometrischen Applikationen zur Verbesserung der Sicherheit an Flughäfen zu beschäftigen. Dabei stand der präventive Nutzen biometrischer Verfahren im nicht-hoheitlichen Bereich zur Erhöhung der Sicherheit auf

Flughäfen im Vordergrund. Ein Kernpunkt dabei ist die Einführung eines standardisierten "Flughafenausweises" für Mitarbeiter der Flughafenbetreiber, der Fluggesellschaften und sonstige im Sicherheitsbereich eines Flughafen tätiger Unternehmen sowie eines neuartigen "Flugpasses" für Passagiere der gewerblichen Luftfahrt. Biometrische Merkmale kennzeichnen den Ausweis. Zur Verifikation werden die biometrischen Daten mit denen des Ausweisträgers überprüft, um festzustellen, ob die Person identisch ist. Für die Ankunfts- und Abflughallen werden Videoüberwachungsmaßnahmen vorgeschlagen, die mit biometrischen Gesichtserkennungssystemen ausgerüstet sind, die nur Bilder von mit Hausverbot belegten und/oder gesuchten Personen anzeigen, wenn diese einen der Kontrollpunkte passieren, also eine Identifikation gewährleisten. Einen Entwurf hat das Deutsche Forum Kriminalprävention auf dieser Veranstaltung vorgelegt. Auch ein technischer Vorschlag wurde gemacht: Aufgrund der fortgeschrittenen Reife werden "prozessorgestützte Smart-Cards mit RFID (Radio Frequency Identification-Technik) vorgeschlagen. Diese Ausweiskarten können berührungslos mit einem entsprechenden Laser erkannt werden. Einen Themenschwerpunkt wird die biometrische Verifikation und Identifikation auf dem 8. Europäischen Polizeikongress zum Thema "Polizeiliche Großlagen" in Berlin am 23. und 24. Februar 2005 bilden. [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com); [www.kriminalpraevention.de](http://www.kriminalpraevention.de) +++

## 2. GEMEINSAME ÜBUNG VON BUNDESWEHR, THW UND FEUERWEHR

+++ Der Frankfurter Flughafen, einer der größten Umschlagplätze in Europa, wurde vor kurzem das Ziel eines Terrorangriffs durch eine "schmutzige Bombe" - so das Übungsszenario. Eine Cargo-Maschine der Lufthansa wurde durch die Polizei, den Zoll, den BGS und die Feuerwehr untersucht, nachdem der BND fiktiv einen Hinweis durch eine Partnerbehörde erhielt. An Bord des Flugzeuges sollte sich radioaktives Material befinden. "Wir haben die Übung so realitätsnah wie möglich angelegt", sagte der Präsident des Zollkriminalamtes (ZKA), Karl-Heinz Matthias. Bisher haben Terrorzellen ihre Anschläge mit konventionellen Sprengstoffen durchgeführt, es sei jedoch durchaus denkbar, dass es künftig auch zum Einsatz von radioaktiven, chemischen oder auch biologischen Kampfmitteln kommen könnte. Die Übung wurde unter Leitung des ZKA, das für jedwede Art von illegalem Lufttransport zuständig ist, durchgeführt. +++

+++ Der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, kündigte Anfang April Anti-Terror-Übungen von Polizeibehörden, Feuerwehr, THW und der Bundeswehr an. Struck nannte vier mögliche Einsatzszenarien der Bundeswehr, die durch die Verfassung gedeckt wären: logistische Amtshilfe, Unterstützung ziviler Hilfsorganisationen bei Naturkatastrophen, ziviler Objektschutz und die Unterstützung der Polizei zur Abwehr drohender Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung (sprich: Terrorabwehr). Erstmals wird hiermit der Versuch unternommen, die Zuständigkeiten des BMI und des BMVg für ein spezifisches Ziel zu bündeln. Die für die Sicherheit zuständigen Behörden können auf diese Weise ein höheres Maß an Interoperabilität gewährleisten, verfügt die Bundeswehr doch als einziges Organ über eine funktionale Luftabwehr, die durch die Anschläge vom 11.9. und auch dem "harmlosen" zivilen Sportflugzeug in Frankfurt ein höheres Maß an Beachtung verdient. Bereits auf dem 7. Europäischen Polizeikongress in Bonn wurde trotz aller Bedenken bei der zivil-militärischen Zusammenarbeit für pragmatische Ansätze plädiert. Beiträge hierzu unter [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

+++ Dass Department of Homeland Security (DHS) hat bereits im Mai letzten Jahres in den Verwaltungsbezirken Washington und Illinois sowie den Städten Seattle und Chicago in Zusammenarbeit mit kanadischen Behörden grenzüberschreitend eine Katastrophenschutzübung mit beteiligten 8.000 Behördenmitarbeitern durchgeführt. Die

sogenannte Antiterrorübung "Top off 2" nahm eine Verseuchung durch radioaktives Material nach der Explosion von Autobomben an. Darüber hinaus seien - so der Übungsplan - Biowaffen im Raum Chicago zur Zündung gebracht worden. Die Übung machte deutlich, dass die Vielzahl konkurrierender Zuständigkeiten abgebaut werden müsse und zudem zur Erhöhung der Reaktionszeiten auf lokaler Ebene die dortigen Verwaltung finanzielle Mittel hierfür benötigen. Immerhin wurden durch die Übung begründet 700 Millionen Dollar später zur Verbesserung der Organisationsabläufe an die Verwaltungen der US-Ballungszentren überwiesen. +++

### 3. EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS

+++ Was ist der Unterschied zwischen einer Ratte und einem Hamster? Ganz einfach: die PR. Eine Situation ist für die Beteiligten nie so wie sie ist, sondern immer nur so wie sie wahrgenommen bzw. dargestellt wird. Dr. Jamie Shea, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im NATO-Hauptquartier und Sprecher des Bündnisses während der ersten Kosovo-Krise weiß wovon er spricht. Auf dem letzten Europäischen Polizeikongress fasste er für die internationale Zuhörerschaft seine Erfahrungen zusammen. Der nächste Behörden Spiegel veröffentlicht ein ausführliches Interview zu der Frage: Wie treten die Verantwortlichen von Sicherheitskräften in Krisensituationen der Öffentlichkeit gegenüber? Wie werden sie dem Umstand gerecht, dass man in solchen Situationen nie nur mit Massenpanik, allgemeiner Unsicherheit und wirtschaftlichem Chaos umgehen muss, sondern auch mit den Medien. Diese haben einen großen Vorteil gegenüber den Krisenbewältigern: Sie können alle ihre Kräfte auf eine Thema konzentrieren, wenn sie wollen - oder auch nicht. Die Einsatz- und Rettungskräfte vor Ort stecken in der Situation drin, so wie sie ist - egal, ob sie wollen oder nicht. Mehr in der Mai-Ausgabe des Behörden Spiegel. +++

+++ Der "V-Fall" verliert an Bedeutung - neue "Lagebilder" aber könnten veränderte Formen der Zusammenarbeit zwischen zivilen Sicherheitsbehörden und der Bundeswehr nötig machen. Das war das Fazit einer Podiumsdiskussion auf dem jüngsten Europäischen Polizeikongress in Bonn-Bad Godesberg. Das Gespräch stand - zumindest bei den deutschen Experten - unter den Eindrücken, die die derzeitigen Diskussion über die Reformen der Bundeswehr hinterließ. Wolfgang Weber, Leiter der im Bundesverwaltungsamt angesiedelten Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ), bemerkte zum Beispiel mit Blick auf die Veränderungen bei den Streitkräften: "Früher hatten wir eine kommode Situation - wir konnten uns auf die Bundeswehr stützen. Nun fallen Standorte weg, die Bundeswehr hat eine große Reform vor sich. Deshalb ergibt sich neuer Planungsbedarf angesichts schwindender Ressourcen." Alfred Broemme, Chef der Berliner Berufsfeuerwehr, kritisierte, dass bei der zivil-militärischen Zusammenarbeit zum Teil noch die notwendige Vernetzung fehle. Superintendent Harrison, Superintendent TAM (Terrorism and Allied Matters), Großbritannien, erklärte, wie im UK die Koordination von Armee und Polizei bei Gefahrenlagen geregelt ist: sehr pragmatisch nämlich, da jeweils die fernmündliche Zustimmung der zwei involvierten Ministerien - Inneres und Verteidigung - erforderlich ist. Harrison selbst gehört der Behörde der obersten "Chief Police Officers" an, die mit Antiterrorstrategien betraut ist. Das britische Anti-Katastrophen-System sei ein Checks-and-Balances-System, bei dem das Militär nur dann zu Hilfe gezogen werde, wenn es absolut notwendig sei, berichtete Harrison. [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com)+++

### 4. EUROPA-SCHLAGLICHTER

+++ Auf europäischer Ebene ist man nicht untätig, um den neuen Anforderungen an Sicherheit und polizeidienstliche Tätigkeit gerecht zu werden. Stichwortartig seien die wichtigsten Maßnahmen und Entscheidungen der letzten vier Wochen genannt:

- der niederländische Liberale Gijs de Vries wurde Anti-Terrorismus-Koordinator der EU, die Europäische Kommission legte einen Vorschlag zum Informationsaustausch und zum Europäischen Strafregister vor,
  - die Kommission verlangt von den Mitgliedstaaten schnelles Handeln, um die vollständige Umsetzung der 2001 gefällten Rahmenentscheidung über Geldwäsche und die Beschlagnahme umzusetzen.
  - Die Kommission legte eine Mitteilung mit Empfehlungen für wirksamere Strategien zur Kriminalprävention vor.
  - Der Europäische Gerichtshof bestätigte das Recht des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung OLAF auch gegenüber Abgeordneten des Europaparlaments Untersuchungen vorzunehmen.
  - EU-Kommissionsmitglied Margot Walström legte einen Bericht vor, der mehr und bessere Ausstattung von Sicherheitskräften für die Bekämpfung von Terrorismus und Naturkatastrophen verlangt.
- Diese und weitere europäische Sicherheitsthemen werden auf dem 8. Europäischen Polizeikongress am 23. und 24. Februar 2005 in Berlin vorgestellt und diskutiert. [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

## 5. NEUES VOM BOS-DIGITALFUNK

+++ Im Gegensatz zur Siemens AG, die ebenfalls bei den verschiedenen Technologien, die für BOS-Digitalfunk in Frage kommen, positioniert ist, hat die Deutsche Telekom AG nun für sich selbst eine Sprachlinie gefunden: Wir sind ein großer Konzern und daher in der Lage, Angebote auf Basis von zwei Technologien zu machen, nämlich einmal auf Tetra mit T-Systems (derzeit noch Motorola-Exklusivvertrag für die Infrastruktur) und T-Mobile mit GSM (vergleichbar mit Vodafone). Von Siemens ist bekannt, dass sie für die Infrastruktur der GSM-R Lösung von Vodafone, also BOS-GSM, verantwortlich zeichnen. In Österreich ist Siemens Anbieter von Tetra und in der Schweiz von Tetrapol. Egal also für welche technologische Basis sich der Auftraggeber bzw. die Netzbetreibergesellschaft entscheiden wird, Siemens ist allemal mit von der Partie. +++

+++ Sowohl Vodafone wie auch T-Mobile haben für ihr BOS-GSM das notwendige Software-Update, das die ASCII-Features für BOS schafft (also Direct Mode, Gruppenruf...), bereits fertig entwickelt und könnten dies jederzeit aufspielen. Hierzu werden allerdings noch umfangreiche Implementierungsmaßnahmen auf den Rechnern und Vermittlungsstellen notwendig. Unklar scheint in beiden Konzernen zu sein, ob man diese Maßnahme bereits vor der Ausschreibung realisiert oder sogar ggf. erst bei Auftragserteilung. Beide Konzerne setzen vehement auch bei ihren internen Planungen auf eine Netzrealisierung bundesweit zum Jahr 2006. Wenn auch auf GSM-Basis der schnellste Netzaufbau deswegen möglich ist, weil der Großteil der Infrastruktur und vor allem der Antennenstandort bereits steht, so ist auch dies jedoch nach Meinung von Netzexperten "sehr wagemutig".+++

+++ Die EADS Telecom setzt auf die Sprach-Integrations-Plattform @Core. Das auf IP-Technik aufbauende Leitstellensystem der nächsten Generation baut auf bewährter Technik auf, integriert aber auch zukünftige Techniken wie den Einsatzleitrechner der Firma ISE. Mobile Kräfte unterschiedlicher Organisationen können so unabhängig von ihrem eigenen Kommunikationssystem direkt oder in Vermittlung über die Leitstelle miteinander kommunizieren. [www.eads-telecom.de](http://www.eads-telecom.de) +++

+++ Auf unsere bereits seit längerem gestellte Frage, ob die Priorisierung der BOS-Teilnehmer im GSM-Netz und das damit verbundene "Wegdrücken" von Teilnehmern aus

dem Massenmarkt nicht rechtliche Voraussetzung erfordert, haben wir bisher leider keine befriedigende Antwort erhalten. In den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Mobilfunkanbieter Vodafone und T-Mobile ist keine Auskunft darüber zu finden, dass für den Fall der Nutzung durch staatliche Behörden vorhandene Gesprächskapazitäten für den Massenmarkt reduziert werden können, oder gar einzelne Gespräche unterdrückt werden können. Die Information, dass eine Netzerweiterung und auch schon die jetzt vorhandene Kapazität in jedem Fall ausreiche, scheint uns bei polizeilichen Großlagen nach Anschlägen, wie z. B. in Madrid, nicht voll befriedigend. In einer solchen Situation greift jeder Handy-Besitzer zu seinem Gerät. Hinzu kämen dann womöglich Tausende Sicherheits- und Rettungskräfte, die alle im GSM-Netz kommunizieren würden. Die BOS-Kräfte sollen die neue Technologie ja zudem auch für Datenübertragung nutzen. +++

+++ Nachdem auch T-Mobile seit dem 7. Europäischen Polizeikongress der Behörden Spiegel-Gruppe Ende Februar in Bonn öffentlich als Anbieter von BOS-GSM auftritt, hat es auch ein erstes Nachdenken bei E-Plus und O 2 gegeben. Zumindest in München scheint vor allem auch mit dem Hintergrund von British Telecom eine Bereitschaft zu existieren sich hier in den Markt einzubringen. Eine offizielle Stellungnahme für stattgefundene Strategie-Überlegungen war nicht zu erhalten. Eine Abstimmung mit den Anteilseignern sei vorher noch zu treffen. [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com)+++

+++ Thomas Ganswind, Mitglied des Vorstandes der Siemens AG, Vorsitzender des Bereichsvorstandes ICN bei Siemens, wird in Sachen Digitalem BOS-Funk skeptisch. Wie Ganswind auf der CeBIT gegenüber dem Polizei-Newsletter des Behörden Spiegel ausführte, könne "eine weitere Handhabung der Dinge durch Bund und Länder wie bisher dazu führen, dass am Ende des Tages die Zeit knapp wird". Ganswind weiter: "Wenn man die in der Vergangenheit definierten Spezifikationen beibehält, kann es keinen BOS-Funk auf GSM-Basis geben. Ein Betreibermodell, das nun eventuell von Bund und Ländern gewünscht wird, müsste diskutiert werden. Dazu müssen sich Bund und Länder rasch äußern. So wie es bisher läuft, werde ich - obwohl ich mit Herzblut hinter dem Digitalen Funk für die BOS stehe - immer skeptischer. Aus diesem Grund habe ich das für die BOS-Ausschreibung zuständige Personal bei Siemens auch personell reduziert." [www.siemens.com](http://www.siemens.com) +++

+++ Motorola erinnert noch einmal an die Historie der Diskussion um die Einführung des Digitalen BOS-Funks in Deutschland und verweist auf die Entscheidung zur Einführung einer Funktechnik für alle BOS nach einheitlichen Richtlinien durch die Innenministerkonferenz von 1976 und die Einigung der europäischen Innenminister auf eine europaweite Zusammenarbeit von 1990. Zu diesem Zeitpunkt gingen die Marktteilnehmer noch davon aus, dass es zügig voran gehen würde und nur ein System für die Entscheidung in Frage kommen könne, nämlich Tetra. Mittlerweile hat sich die Situation nach über einem Jahrzehnt der Diskussion geändert, es sind drei Systemtechniken im Wettbewerb, Tetra25, Tetrapol und GSM-BOS und die Entscheidung steht immer noch aus. Grund genug für Motorola auf eine Studie zu verweisen, die sich in Norwegen mit der Frage beschäftigt hat, ob GSM, GPRS oder die G3 Generation für die BOS in Frage kommen. Das Ergebnis der Studie: GSM und seine Nachfolgenerationen sind zwar der Weltmarkterfolg für Private und Business User - für die hoch professionellen Anforderungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aber eher ungeeignet. Hier biete Tetra Features, die für diesen Sektor unabdingbar seien. So untermauerte Motorola noch seinen seit über einem Jahrzehnt bestehenden Anspruch, dass nur Tetra alle Anforderungen erfüllt und der einzige von ETSI anerkannte Standard im Bereich PRM ist. [www.motorola.com](http://www.motorola.com) +++

+++ IBM hat seine Ansprüche in Sachen BOS-Ausschreibung angemeldet. IBM will als Systemintegrator mit Prozessortechnologie, Hardware, Display, GPS und die notwendigen Schnittstellen für die Middleware und Software ihre Kompetenz belegen. Gespräche führt IBM mit Vodafone, die BOS-GSM anbieten.+++

+++ Bei T-Systems können Streifenbeamte zukünftig aus ihrem Wagen heraus online Digital-Fotos oder Fingerabdrücke von verdächtigen Personen sofort mit Fahndungsinformationen in den Datenbanken der Polizei abgleichen. Dieses Verfahren könnte bisher zeitintensive Anfragen im Zentralarchiv ersetzen. Als Medium für den verschlüsselten Datentransport dient der Funk-Standard Tetra (Terrestrial Trunked Radio). [www.t-systems-tetrabos.de](http://www.t-systems-tetrabos.de) +++

+++ Die Kosten für Beschaffung, Aufbau und Betrieb eines digitalen BOS-Funknetzes werden nach Ansicht von Manfred Walter, Rohde & Schwarz, von der Politik immer noch zu hoch veranschlagt. Einige Einsparpotenziale seien von den Ländern noch nicht ausreichend analysiert. Insbesondere durch verschiedene Modelle von Eigenbetrieb und Eigeninstallation könnten die Kosten gesenkt werden. Natürlich hätten die Länder unterschiedliche Kapazitäten, so Walter, eine bundesweit durchgängige Lösung werde es aber ohnehin nicht geben. Wenn vorhandene BOS-Sendestandorte einbezogen würden, seien auch weit weniger zusätzlich erforderlich. Sein Unternehmen schlägt überdies die Einrichtung dezentraler Leitzentralen vor, die die Betriebssicherheit erhöhen würden. Rohde & Schwarz bietet für den BOS-Funk Hardware auf Basis des Tetra-Standards an. +++

+++ Wichtige Botschaft von Vodafone dabei: Neben der Einführung von UMTS ist derzeit der Gewinn des BOS-Digitalfunks die zweitwichtigste strategische Aufgabe des Konzerns in Deutschland. "Jetzt sind schnelle Entscheidungen bei Bund und Ländern gefragt. Unsere Lösung ist Dank erprobter GSM-Technologie mit 2,3 Mrd. Euro bei weitem günstiger als alle anderen Lösungen. Technologische Risiken wie bei der Lkw-Maut sind damit nicht vorhanden", so Friedrich Joussen, COO Vodafone D2 GmbH. [www.vodafone.com](http://www.vodafone.com) +++

+++ Es soll bei der einheitlichen Ausschreibung bleiben: "Die Zweiteilung ist vom Tisch", heißt es aus Kreisen der Innenministerkonferenz (IMK) zu den Plänen für den BOS-Digitalfunk. Vor allem der Bund, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein hatten eine zweigeteilte Ausschreibung forciert, konnten sich aber beim letzten Treffen in Hannover nicht gegen die Mehrheit der Länder durchsetzen. "Wie verlautet, sei diese Entscheidung aber auch das einzige, was dabei herausgekommen ist". In den entscheidenden Finanzfragen gebe es weiterhin keine Annäherung. Im BMI werde der vorgesehene Beginn des BOS-Netzaufbaus mittlerweile auf Anfang 2006 terminiert, heißt es. Bis zur Fußball-WM werde es also kaum brauchbare Ergebnisse geben können. +++

+++ Die BOS-Ausschreibung in Österreich hat wie bereits berichtet begonnen: Nach einer Präqualifikationsphase sind drei Anbieter aufgefordert worden bis zum 28. April ein Angebot abzugeben. Im Mai soll die Auswertung der Angebote stattfinden, parallel zu den Verhandlungen in Juni sollen die Konsortien Feststellungen zur Verfügung stellen. Im Juli will die Österreichische Regierung den Zuschlag erteilen. Zu den Bietern gehören die EADS Telecom, die Telekom Austria zusammen mit Alcatel und Motorola sowie das Konsortium Nokia, Frequentis und Austro Controll. Alle Bieter haben noch die Möglichkeit ihre Konsortien zu verändern. Nicht zum Zuge kommen werden die beiden vorgelegten GSM-Angebote, die von Siemens und T-Mobile sowie von der Österreichischen MobilCom ins Feld gebracht wurden. Das Wiener Innenministerium und das Bundesland Tirol sind Initiatoren der Ausschreibung, bei der es um den Netzbetrieb und -aufbau für ca. 25.000 Nutzer geht. Aufgabe des Auftragnehmers ist es nach der Ausschreibung Unterlagen selbst für die

Akquisition weiterer BOS-Organisationen anderer Länder zu sorgen. Nach den Erfahrungen mit den gescheiterten Projekt ADONIS geht man in Österreich davon aus, dass pro Teilnehmer und pro Jahr 1.000 Euro gerechnet wird. So stünden nach jetziger Rechnung 25 Mio. Euro für den gedachten 15-jährigen Betrieb zur Verfügung. Dr. Ing. Matthias Bierling, Geschäftsführer der EADS Telecom Deutschland GmbH: "Wir haben gute Chancen, da wir reichlich Erfahrung im Aufbau und Betrieb nationaler BOS-Netze haben. In Spanien sind wir nicht nur Lieferant, sondern auch Konsortialpartner in der Betreibergruppe des Netzes der Guardia Civil, dem Sirdee-Netz. Bei den fürchterlichen Anschlägen von Madrid war es das einzige Netz, das vor Ort für die Einsatzkräfte zur Verfügung stand, denn die GSM-Netze sind wegen Überlast alle zusammengebrochen." [www.eads-telecom.com](http://www.eads-telecom.com); [www.bmi.gv.at](http://www.bmi.gv.at) +++

+++ Sachsens Staatsregierung wehrt sich gegen den Vorwurf, den BOS-Digitalfunk zu zögerlich voran zu treiben. Tatsächlich habe Sachsen mit der Unterzeichnung der bundesweiten Dachvereinbarung und der Bereitstellung von bedarfsorientierten Projektmitteln (jeweils rund 450.000 Euro für 2004 und für 2005) seine Hausaufgaben erledigt. Der Großteil der entstehenden Kosten werde nach Angaben des sächsischen Innenministers erst in den Folgejahren zu tragen sein, so dass die gegenwärtig vom Finanzministerium angezeigten Einsparungen im Haushaltsjahr 2004 ohne Qualitätsverlust möglich seien. Es liege am Bund, den Erfolg des Projektes zu garantieren. +++

+++ Ein von Saab geführtes Konsortium, dem Nokia und Swedia angehören, hat die Ausschreibung der schwedischen Regierung für den Aufbau eines digitalen Bündelfunknetzes gewonnen. Bis 2009 soll das Netz mit dem Namen Rakel auf TETRA-Basis das flächenmäßig drittgrößte Land Europas versorgen. +++

## 6. NEUE POLIZEITECHNIK

+++ Der Bundesgrenzschutz hat ab sofort mit "PIKUS" ein neues Informationssystem für seine Einsatzleitstellen in Gebrauch. Das "Polizeiliche Informations-, Kommunikations- und Unterstützungssystem" soll die Ressourcenplanung der Grenzschützer effizienter gestalten. Hierfür kommen unter anderem digitale Karten und Satellitennavigation zum Einsatz. [www.bundesgrenzschutz.de](http://www.bundesgrenzschutz.de) +++

+++ In Zusammenarbeit mit der Führungsakademie Baden-Württemberg beabsichtigen die Partner die Wissensplattform "Polizei-Online" zu einem umfassenden System des Bildungs-, Informations- und Wissensmanagement für die Verwaltung des Landes Baden-Württemberg weiter zu entwickeln. Das Projekt setzt die seit 1978 begonnene Kooperation der Polizei mit der Deutschen Telekom fort. Es hat zunächst eine Laufzeit bis November 2006. Die Wissensplattform für die Polizeibeschäftigten erschließt einen umfassenden Zugang zu Informationen und Lehrinhalten über den jeweiligen Arbeitsplatz-PC. Im Vordergrund stehen dabei konkrete Arbeitshilfen, beispielsweise in Form von Fachliteratur, Checklisten und Merkblättern. Ein Nebeneffekt: Reduzierung der Reisekosten. +++

## 7. HINWEISE

### Polizei-Newsletter

Der Polizei-Newsletter, der monatliche, hochkonzentrierte Newsflash von Deutschlands ältester und größter unabhängiger Zeitung für Behörden. Für Behörden Spiegel-Abonnenten (Print-Ausgabe) und Teilnehmer des Europäischen Polizeikongresses ist Polizei-Newsletter kostenlos.

[Hinweis: Da zahlreiche unserer Empfänger (Sicherheits-) Schwierigkeiten mit dem Empfang von Anhängen und formatierten Mails haben, publizieren wir diesen Newsletter in unformatierter Form.]

? Haben Sie diesen Newsletter weitergeleitet bekommen und möchten ihn regelmäßig beziehen? Bitte Mail mit Ihrer E-Mail- sowie Ihrer vollständigen postalischen Adresse und dem Betreff "SUBSCRIBE Polizei-Newsletter" an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de)

? Sie möchten Behörden Spiegel (Print) und Newsletter beziehen: bitte Abonnement-Formular auf [www.behoerdenspiegel.de](http://www.behoerdenspiegel.de) ausfüllen und senden.

? Sie möchten Informationen zum 8. Europäischen Polizeikongress im Februar 2005

? Möchten Sie diesen Newsletter nicht weiter beziehen? Bitte Mail mit "UNSUBSCRIBE" POLIZEI-NEWSLETTER im Betreff an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de)

## 8. IMPRESSUM

Der Herausgeber von "Polizei-Newsletter" ist R. Uwe Proll, ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Am Buschhof 8, 53227 Bonn, Telefon: 0049-288-970970, Telefax: 0049-228-444296, E-Mail: [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Polizei-Newsletter". Die Rechte an Marken und Warzenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches der Herausgeber liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden. Verantwortlich für den Inhalt, wo nicht anders gekennzeichnet: Stephan Brüss, Behörden Spiegel (Anschrift wie Verlag).

Behörden Spiegel Polizei Online  
Der Polizei-Newsletter  
mit Nachrichten zum BOS Digitalfunk  
Ausgabe 2, 18. Mai 2004

Sie erhalten hiermit die zweite Ausgabe des Polizei Newsletters des Behörden Spiegel, heute mit folgenden Themen:

- IN EIGENER SACHE
- POLITIK
- LEUTE
- TECHNIK/AUSSTATTUNG
- BOS DIGITALFUNK
- FÜR SIE GELESEN
- IN AKTION
- VERANSTALTUNGEN
- TERMINE
- HINWEISE
- IMPRESSUM

#### IN EIGENER SACHE

Die Zeitung Behörden Spiegel, Deutschlands führende Zeitung für Staat und Behörden, widmet sich vermehrt polizeilichen Themen. Neben Beschaffung, speziell BOS-Digitalfunk, werden Polizeithemen verstärkt behandelt. Anregungen und Themenvorschläge an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de) +++

+++ Zur nächsten Branchenveranstaltung GPEC 2004 vom 8.-10. Juni in Leipzig wird der Behörden Spiegel einen Sonderteil veröffentlichen. Der Behörden Spiegel erreicht als teilbereichübergreifendes Medium die Sicherheitsbehörden, Feuerwehren, THW, weiße Dienste und zivile wie militärische Verwaltungen. Bei Interesse an diesem Sonderteil wenden Sie sich an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de) (per Mail) oder per Telefon.

+++ Der 8. Europäische Polizeikongress am 23. und 24. Februar 2005 steht unter dem Motto: "Sicherheit in Europa der 25." Zwei neue Fachforen werden auf dem Kongress angeboten: Polizeiliche Auslandseinsätze (Erfahrungsaustausch europäischer Polizeibehörden in Vorbereitung und Durchführung solcher Einsätze); Interdisziplinäre Großübungen (Themen: multinationale Kooperation, Koordination von polizeilicher Zusammenarbeit mit weißen Diensten, Verwaltungen und anderen Katastrophen- und Hilfsorganisationen, zivil-militärische Zusammenarbeit). Informationen zu den bisherigen Kongressen: [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com); mail to: [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de) +++

+++ Dieser Newsletter hat einen pdf-Anhang, das Fachforenprogramm der Kongressmesse Effizienter Staat (25./26. Mai 2004). Einige Foren beschäftigen sich mit Sicherheitsthemen (so auch mit BOS). Anmeldung kostenfrei für Behörden- und Polizeiangehörige jetzt noch möglich. Sie können das digitale Formular zurücksenden oder sich über [www.effizienter-staat.de](http://www.effizienter-staat.de) anmelden. +++

POLITIK

+++ Der Gesetzentwurf für einen nationalen biometrischen Ausweis (national biometric ID card) werde bis Mitte Mai vorliegen, kündigte der britische Innenminister David Blunkett in London an. Bis 2007 soll er eingeführt sein. Er werde auch für die 4,5 Millionen ausländischen Staatsbürger gelten, die im Vereinigten Königreich leben und voraussichtlich 4,5 Milliarden Euro kosten. Die Karte soll helfen Korruption, Kriminalität, Terrorismus und illegale Einwanderung zu bekämpfen. Laut Mitteilung eines Regierungssprechers werden die Ausweiskarten zunächst auf freiwilliger Basis ausgegeben. Das Parlament soll über eine Verpflichtung für alle Betroffenen erst entscheiden, "wenn und sofern" 80 % der Bevölkerung die Karte nach 2007 erworben haben. +++

+++ Ab dem 1.1.2005 soll eine Europäische Agentur für den Grenzschutz eingerichtet werden, die das Ziel hat, die Zusammenarbeit der Grenzschutzdirektionen der europäischen Staaten zu koordinieren und zu verbessern. Bereits 2002 wurde in Sevilla ein "Plan für den Grenzschutz an den Außengrenzen der EU" erstellt, um die Richtung für solch eine Agentur vorzugeben. Eine "Vorstufe" dieser Organisation findet sich in der bereits operierenden Einrichtung "Zentrum Landesgrenzen", die vor kurzem als Projekt zwischen den Ländern Deutschland, Italien, Großbritannien, Frankreich, Österreich und Polen erprobt wurde. Bei diesem Projekt übernahm das ZL die Koordination der einzelnen Teams, die getrennt voneinander über 300 Reisebusse kontrollierten und hierbei 24 illegale Einwanderer zurückweisen konnten. Die noch einzusetzende Agentur soll künftig für die europaweite Ausbildung der Grenzschützer zuständig sein, soll aber auch über ein eigenes Beschaffungsvolumen verfügen, um die Harmonisierung der Ausrüstung voranzutreiben. +++

+++ Seit dem 20.4.2004 existiert ein MoU (Memorandum of Understanding) zwischen dem deutschen Bundeskriminalamt und der polnischen Financial Intelligence Unit (FIU), das ein Kooperationsmodell der beiden Behörden zur Bekämpfung der internationalen Geldwäsche festlegt. Die zuvor bestehenden Schwierigkeiten - die FIU Polens hatte administrative, das BKA polizeiliche - wurden durch diese bilaterale Übereinkunft beseitigt. Informationsaustausch zwischen den Behörden ist jetzt möglich. Solch ein Modell ist bis heute einzigartig. Im Hinblick auf die vor kurzem erfolgte EU-Integration Polens ist diese Übereinkunft eine wichtige Maßnahme zur Bekämpfung von in Polen ansässigen Gruppierungen . +++

+++Die Ängste der Bevölkerung vor einer stärkeren Kriminalitätsbelastung nach der EU-Osterweiterung sind nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) begründet. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: "Durch die zu erwartende rapide Zunahme des grenzüberschreitenden Personen- und Fahrzeugverkehrs wird zwangsläufig die Kontrolldichte sinken. Die Maschen, durch die Straftäter schlüpfen können, sind seit dem 1. Mai größer." Schon der ersatzlose Wegfall der Datei "EU-Einreiseverbot gegen Drittstaatler", die rund 90.000 Personen betrifft, die wegen begangener Delikte mit einem Einreiseverbot belegt worden waren, zeige die qualitative und quantitative Veränderung durch die Grenzöffnung. Nach dem Wegfall der Zollkontrollen erwartet die GdP zudem eine Hochkonjunktur für den Zigaretten-, Drogen- und Menschenschmuggel. Freiberg: "Die besten Gesetze taugen nichts, wenn immer weniger Polizei die Einhaltung der Gesetze überwachen soll." +++

## LEUTE

+++ Dr. Klaus Hütten ist seit Mai neuer Director Sales in der e\*Message Wireless Information Services Deutschland GmbH (e\*Message) und zeichnet für den Vertrieb der Geschäftsbereiche BOS-Alarmierung, Business Paging (e\*Cityruf) und Projekte

verantwortlich. Zuletzt leitete er den Deutschland- und Europa-Vertrieb in der DeTeWe Funkwerk Köpenick GmbH. [www.emessage.de](http://www.emessage.de) +++

+++ Überraschend hat Bundesinnenminister Otto Schily den Abteilungsleiter 1 (Einsatz) des Grenzschutzpräsidiums Mitte, Jürgen Bischoff, kommissarisch mit der Führung des Grenzschutzpräsidiums Süd in München beauftragt. Der neue Chef der Behörde "befehligt" 8.000 Mitarbeiter und könnte durch das Bundeskabinett bestätigt werden. Jürgen Bischoff hat sich von Anbeginn seiner Karriere im Bundesgrenzschutz für die Übernahme schneller neuer Aufgaben prädestiniert. Im Oktober 1997 gab er das Kommando der GSG 9 ab. Er ging in der Phase des Regierungsumzugs in den Stab des Grenzschutzpräsidiums Ost in Berlin, 1998 wurde er dann Chef des Stabes der International Police Task Force in Sarajevo. Noch im selben Jahr hielt er auf dem Europäischen Polizeikongress der Behörden Spiegel-Gruppe in Berlin einen viel beachteten Vortrag über die schwierige Aufgabe des Personalmanagements einer multinationalen Polizeigroßbehörde im Kriseneinsatz. Danach ging er in den Stab des Grenzschutzpräsidiums Nord in Bad Bramstedt und kam an seinen Ausgangsort, dem Grenzschutzpräsidium West in Bonn, im Jahr 2000 zurück. Bereits ein Jahr später ging er zum Stab des Grenzschutzpräsidiums Mitte in Fulda (Kassel). Das einzige BGS-Präsidium, in dem er noch nicht gearbeitet hat, ist nun ausgerechnet das Grenzschutzpräsidium Süd, dem er nun vorsteht. +++

+++ Alexander Pick (44), Leitender Kriminaldirektor und bislang Prorektor, ist Neuer Rektor an der Fachhochschule für Polizei an der Fachhochschule Villingen-Schwenningen - Hochschule für Polizei. Pick trat 1978 als Kriminalanwärter in den Polizeidienst des Landes Baden-Württemberg. Nach seiner Ausbildung zum Kriminalbeamten beim Landeskriminalamt arbeitete er in den Bereichen Staatsschutz und Wirtschaftskriminalität. 1993 bis 1998 war Pick als Dozent für Kriminalistik bereits schon einmal an der Fachhochschule tätig. 1998 bis 2000 war er Referent für Innen- und Sicherheitspolitik im Staatsministerium Baden-Württemberg. Seit 2000 ist Pick erneut Dozent, seit 2002 Prorektor an der Fachhochschule. Die Fachhochschule bildet die Polizeibeamten des Landes für den gehobenen Polizeivollzugsdienst aus. Sie hat eine Kapazität von rund 1.300 Studienplätzen und beschäftigt 58 hauptamtliche Dozenten und 74 Verwaltungsmitarbeiter. +++

## TECHNIK/AUSSTATTUNG

+++ Um den Informationsaustausch bundesweit zu unterstützen, veranstaltet die Microsoft Deutschland GmbH jedes Jahr einen Kongress, der über die IT-gestützte Polizeiarbeit informiert. Auf dem Programm standen diesmal Projekte aus dem Bereich des BKA, Fahndung und Vorgangsbearbeitung, Mobility: Lösungen und Konzepte. Zu den Referenten gehören unter anderem Staatssekretär Harald Lemke, Chief Information Officer (CIO) des Landes Hessen, sowie IT-Verantwortliche aus dem BKA und den Landespolizeibehörden. 250 Interessierte besuchten den Kongress in Wiesbaden. [www.microsoft.com/germany/oeffentliche-verwaltung](http://www.microsoft.com/germany/oeffentliche-verwaltung) +++

+++ Motorola berichtet von einer Order der Londoner Polizei über 30.000 Tetra-Terminals (Terrestrial Trunked Radio) - der bislang größte Einzelauftrag für diesen Hersteller. Der Metropolitan Police Service nutzt über das digitale Tetra-Netzwerk des Betreibers Airwave. Das Produkt "MTH800" bietet auch im deutschen BOS-Funk verlangte Funktionen wie Gruppenruf und Push-to-Talk. [www.met.police.uk/www.motorola.de](http://www.met.police.uk/www.motorola.de) +++

+++ Die EADS hat Ende April beim österreichischen Innenministerium ein Angebot für den Aufbau und Betrieb eines landesweiten Digitalfunknetzes für Behörden und Organisationen

mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Österreich abgegeben. Der Konzern tritt hier gegen die Nokia/Deutsche Telekom und das Motorola-Konsortium an. Die GSM-Konsortien sind bei unseren Nachbarn bereits im Vorauswahlverfahren ausgeschieden. Nach Darstellung der EADS haben sich bereits alle an Österreich grenzenden Länder, die bereits mit einem landesweiten Digitalfunknetz ausgestattet sind - die Schweiz, die Slowakei und Tschechien -, für den dem EADS-Angebot zugrunde liegenden TETRAPOL-Standard entschieden. Die Fußball-EM 2008 wird in der Schweiz und in Österreich stattfinden. Um eine grenzüberschreitende Kommunikation der Einsatzkräfte zu ermöglichen, ist ein einheitlicher Digitalfunkstandard erstrebenswert. [www.eads-telecom.com](http://www.eads-telecom.com) +++

+++Eine neue Waffe gegen Kinderpornos ist auf dem Markt. Ein Computerprogramm sichtet jetzt automatisch beschlagnahmtes Material für Polizei. Das System namens MediAN (kurz für Medienanalyse) hilft der Münchner Polizei. Innerhalb eines Jahres explodierten die Fallzahlen in Deutschland um 72 Prozent. Allein in München stapeln sich 5.000 Videos, 10.000 CDs sowie 100 Computer und Festplatten, die bei Durchsuchungen von Wohnungen und Arbeitsplätzen sichergestellt wurden. Diese Bänder mussten sich die Beamten stets einzeln ansehen - eine zeitraubende Angelegenheit. In nur drei Monaten entwickelte die Firma Voxar eine Software, die die Filme selbstständig sichtet - rund um die Uhr. Die Sicherheit der Auswertung liegt bei 100 Prozent, die Zeitersparnis bei 95 Prozent. MediAN läuft seit 1. Dezember. [www.nynag.com](http://www.nynag.com)+++

+++Die Nachverfolgbarkeit eines Asservates ist sehr aufwendig. Gerade bei mehrjähriger Lagerung und bei der Vielzahl anfallender Asservate ist es eine Herausforderung, die Übersicht zu behalten. Hinzu kommt die Notwendigkeit, dass die Prozesse untereinander Sicherheitsmerkmale aufweisen. Um den komplexen Prozess der Asservatenverwaltung zu optimieren, hat die Firma ocb gemeinsam mit der Polizei Hamburg eine Software zur Asservatenverwaltung entwickelt - basierend auf dem ERP-Produkt Axapta. Die Ziele dieser speziellen Software sind die Reduzierung des Erfassungsaufwandes, die Unterstützung von Lagerhaltung und Inventur, die Anwenderunterstützung durch Führung täglicher "ToDo-Listen" und die Senkung des Aufwandes bei dem Transport durch elektronische Übernahme. Im täglichen Geschäftsablauf fallen häufig Übergabe-, Transport und Annahmewege an, die mit Hilfe dieser Software optimiert werden können. Auch die Methode der Dokumentation, die bislang aus der handschriftlichen Führung von Dokumenten bestand, ist durch die Software ocb-Asserva zu vereinfachen. Die Zugriffsrechte auf die Daten werden durch eine zentrale Benutzerverwaltung gesteuert und gewährleisten sowohl Datenschutz als auch polizeitaktische Sicherheit. Langfristig angedacht sind weiterhin die Aufnahme von Personendaten und die Integration von LIMS-Funktionalitäten (Labor-Informations- und Management-System) diskutiert. [www.ocb.com](http://www.ocb.com)+++

+++Das von rola entwickelte Polizei-Einsatzleitsystem PELIX wickelt alle komplexen Vorgänge im Zusammenhang mit der polizeilichen Einsatzleitung ab. In der Variante FELIX steht die Leitzentrale auch für die Feuerwehr zur Verfügung. Der Datenpflgeteil besteht aus einer Reihe von Einzelprogrammen, mit denen alle Komponenten, die für die Einsatzleitung relevant sind, definiert, verwaltet und zugeordnet werden können. Zur Einsatzmittelverwaltung gehören: Ressourcenverwaltung, Straßenkarten, Gebäudeübersicht, Einsatzmaterialverwaltung, Übersicht zur Art des Ereignisses, Definition der Gegenmaßnahmen und Planung von Veranstaltungen. Die eigentliche Einsatzleitung bearbeitet eingehende Meldungen aus unterschiedlichen Quellen wie Telefon, Funk Notrufsäulen, Alarmmeldeanlagen etc. und ausgehende Alarmierungen über Telefon. Nach Aufnahme des Melders und des Ereignisortes sowie der Ereignisart werden in Abhängigkeit von diesen Faktoren Erstmaßnahmen angestoßen und die entsprechenden Einsatzkräfte

benachrichtigt. Je nach Entwicklung der Ereignisse können weitere Maßnahmen durch die rückwärtige Einsatzleitung angestoßen werden. [www.rola.com](http://www.rola.com)+++

+++ Der Bundesgrenzschutz (BGS) unterzeichnete vor kurzem mit Eurocopter einen Vertrag über den Ankauf von 10 gebrauchten Transporthubschraubern des Typs AS 332 L Super Puma und deren Umrüstung auf L1-Standard. Die Maschinen kommen aus dem europäischen Offshore-Markt und werden zwischen 2004 und 2007 nach den technischen Bedürfnissen des BGS ausgerüstet. Vier der Helikopter sind für die Küstenwache und sechs für erweiterte Polizei- und Transportaufgaben vorgesehen. Die Maschinen erhalten eine neue blaue Lackierung. Dies berichtet der Behörden Spiegel in seiner Mai-Ausgabe auf Seite 26. Dort finden sich zahlreiche weitere Detailinformationen zur verabredeten Beschaffung. +++

## BOS DIGITALFUNK

+++ Für eine Trennung von Investitions- und Betriebsausschreibung beim BOS-Digitalfunk plädiert Uwe Jakob im Behörden Spiegel. Der Nokia-Manager berichtet von guten Erfahrungen, die in Finnland damit gemacht worden seien. Ein solches Beschaffungsmodell trage insbesondere der föderalen Struktur Deutschlands Rechnung und berge ein Einsparpotenzial von mehreren Hundert Millionen Euro. Zudem würden Risiken wie beim Toll Collect-Projekt vermieden, so Jakob. Das finnische Virve-Projekt garantiere dem Staat dagegen mehr Flexibilität und Einflussmöglichkeiten. +++

+++ Nur durch eine Vernetzung der Sicherheits- und Führungsstrukturen mittels neuer technologischer Möglichkeiten werde die asymmetrische Bedrohung des internationalen Terrorismus gezielt und wirkungsvoll bekämpft werden können, führt Arne Schönbohm, Leiter Public Affairs und Homeland Security und Mitglied der Geschäftsleitung der EADS Telecom Deutschland GmbH, in der Mai-Ausgabe des Behörden Spiegel aus. Professionelle Kommunikation sei - neben organisatorischen Veränderungen - die Basis jedes Zusammenwirkens der Sicherheitsbehörden, sei es im nationalen Bereich zwischen Polizei und Feuerwehr, sei es grenzüberschreitend im bi- oder multilateralen Zusammenwirken der Sicherheitsbehörden. Im Grunde keine Neuigkeit, aber: "Die Debatte über die Einführung des Digitalfunks zeigt, wie groß der Unterschied zwischen Erkenntnis und Umsetzung sein kann", stellt Schönbohm fest. [www.eads.net](http://www.eads.net) +++

+++ Bundesinnenminister Otto Schily rechnet mit einer Verschiebung bei der Einführung des Digitalfunks: "Ich fürchte, dass wir mit dem gesamten Ausschreibungsverfahren erst im Jahr 2006 zu Ende sind", sagte er in Berlin. Dies sei zumindest eine mögliche Entwicklung angesichts des föderalen Systems in Deutschland und der "Schrecknisse des europäischen Ausschreibungsrechts". Es sei "ein ziemliches Drama, das sich da abspielt". In der Tat ist ein Vergabenausschreibungsverfahren zur Ausschreibung über Rechtsberatung beim BMI angestoßen worden. Das wird 5 Wochen dauern, dann steht dem Beschwerdeführer der Weg +++

+++ Als "Trauerspiel" bezeichnet auch Bayerns Innenminister Günther Beckstein das Digitalfunk-Projekt. "So kann man den Föderalismus kaputt machen". Er beharre bei der zwischen Bund und Ländern strittigen Finanzierung darauf, dass der Bund zunächst 100 Prozent übernehme "oder mindestens die Hälfte". Bayern hat erst ab 2007 größere Mittel in seinen Haushalte eingestellt, nämlich 430 Millionen Euro. "Meine Prognose ist, dass es vor 2007 nicht mehr funktioniert", begründet dies Beckstein gegenüber dem Behörden Spiegel. Er sei strikt dagegen, dass eine neue Technologie gleichzeitig mit der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland 2006 eingeführt werde. +++

+++ "Flexible Übergangslösungen" für die Kommunen" bei der Einführung des Digitalfunks fordert Brandenburg. Sie würden viel später im Netz sein als der Bund. Auch für das Land gebe es keine akute Handlungsnot, da seine Analogtechnik relativ neu sei, so Hans-Jürgen Hohnen vom Potsdamer Innenministerium. Die Fußball-WM werde absehbar ohnehin ohne Digitalfunk stattfinden. Da auch Berlin aber zu den Frühstartern gehören werde, gelte es für eine Reihe von Jahren, technische Lösungen zu finden, Digital- und Analogfunk miteinander zu verbinden, so Hohnen. Mehr zum Thema in der Mai-Ausgabe des Behörden Spiegel auf Seite 12. +++

+++ Bei den Olympischen Spielen 2004 in Griechenland kommt TETRA zum Zuge. Die dortigen 22.000 Sicherheitskräfte aus Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten wollen mit dem neuen digitalen Funk den Ablauf der Spiele sicherstellen. In Anbetracht der international angespannten Sicherheitslage kommt darin ein großer Vertrauensbeweis der griechischen Sicherheitsbehörden, in die Technologiefirmen zum Ausdruck, die relativ kurz vor den Spielen die Umstellung erst abgeschlossen haben werden. Es dürfte auch für die deutschen Beobachter ein internationales Experiment werden. Der Geschäftsbereich Funk von Motorola liefert gemeinsam mit Science Applications International Corporation (SAIC), Siemens und dem griechischen Telekom-Netzbetreiber OTE ein TETRA-Digitalfunknetz für die Olympiade. Nokia liefert die Endgeräte, [www.athens2004.com/](http://www.athens2004.com/); [www.motorola.de](http://www.motorola.de); [www.nokia.de](http://www.nokia.de)

+++ "Ob die Einsatzregionen der Spielstätten Dortmund, Gelsenkirchen und Köln sowie mögliche Aufenthaltsorte ausländischer Nationalmannschaften (ca. ein halbes Dutzend werden erwartet; die Orte werden erst nach der Qualifikation gegen Ende 2005 bestimmt) ausgestattet werden können bzw. sollen (Insellösungen!), hängt vom Zeitpunkt der Verfügbarkeit der Systeme ab. Diese Entscheidung wird zu gegebener Zeit gemeinsam getroffen werden", so Hermann Böhm von der Projektgruppe Digitalfunk Polizei NRW im dortigen Innenministerium. NRW drängt nach wie vor Insellösungen während der Fußballweltmeisterschaft zu realisieren. Der Hinweis auf die Notwendigkeit einer gemeinsam zu treffenden Entscheidung zielt auf das wesentliche Gegenargument, damit sei eine Vorwegentscheidung für die Technologie des bundesweiten BOS-Digitalfunks getroffen. Also wird derzeit über mögliche Leasing- oder Leihmodelle diskutiert. Geräte und gegebenenfalls auch Infrastruktur könnte für den Zeitraum der Fußballweltmeisterschaft "geborgt" werden. +++

+++ Nach dem nun die Dachvereinbarung (DV) die ausschreibende Stelle und die Verteilung der Kosten der Projektorganisation, nämlich auf Länder und Bund, festgelegt hat, ist die Verteilung der Gesamtkosten des Projekts aber weiterhin offen. Fest steht nur: Die Kostenverteilung muss vor Abschluss der Rahmenvereinbarung (Rahmenvertrag mit dem in der Ausschreibung ermittelten Auftragnehmer) geregelt werden. Der Bund hat zugesichert, für alle Länder den selben Finanzierungsschlüssel ( bzgl. Bundesanteil) anzuwenden. Insbesondere die Vertreter Berlins und Nordrhein-Westfalens, beide stellten auch Haushaltsmittel ein, haben mit dem Wortlaut weniger Probleme, da ein hoher Anteil von Bundesbehörden in beiden Ländern existiert und beide davon ausgehen, dass der Bund einen größeren Anteil an den Gesamtkosten des Projekts in den jeweiligen Ländern tragen wird. Die Dachvereinbarung ist übrigens nachzulesen unter [www.lv.polizei.nrw.de](http://www.lv.polizei.nrw.de). Weiteres dazu gibt es natürlich in der Juni-Ausgabe des Behörden Spiegel. +++

+++ Auf dem 7. Deutschen Verwaltungskongress der Behörden Spiegel-Gruppe mit dem Titel "Effizienter Staat: Deutschland geht Online" wird es ein eigenes Fachforum zum Thema Digitaler BOS-Funk geben. Deutschland geht Online, wie die Veranstaltung im Untertitel

heißt, lässt zumindest hoffen: Die Polizei geht bald digital! Die bereits bei den ersten Beratungsaufträgen eingetretenen Rechtsverfahren (Vergabekammer), die weitere Perspektive der Ausschreibung und ein Blick auf die verschiedenen angebotenen Technologien verspricht ein interessantes Fachforum, das von Gerd Lehmann, Ltd. Polizeidirektor a.D., moderiert wird. Neben juristischen und organisatorischen Fragen werden auch die Aspekte der Sicherheit vorgestellt. In der sich anschließenden offenen Runde können sich alle Teilnehmer mit Fragen und eigenen Diskussionsbeiträgen beteiligen. Für Behörden- und Polizeiangehörige ist die Veranstaltung, wie übrigens auch die restlichen 20 weiteren Fachforen, gebührenfrei! Anmeldung direkt per E-Mail an; effizienter-staat@behoerderspiegel.de oder besser über das elektronische Anmeldeformular unter [www.effizienter-staat.de](http://www.effizienter-staat.de) +++

#### FÜR SIE GELESEN

+++Der Innenminister des Landes NRW, Fritz Behrens, macht in einer neuen Broschüre unter dem Titel "Echte Polizei" auf den Missbrauch des guten Namens "Polizei" und anderen dieser direkt zugeordneten Begriffen, wie "110" oder den Polizeilichen Dienstwappen aufmerksam. Im Fokus der Broschüre stehen zweifelhafte Verlage, die mit den oben genannten Schlagwörtern Anzeigenkunden werben und ihnen undurchsichtige Verträge vorlegen. Dem Behörden Spiegel sind solche Vorgehensweisen schon seit Jahrzehnten bekannt. Auch an der Peripherie manch seriöser Organisationen - wie bei örtlichen und Landesorganisationen einiger Gewerkschaften oder auch der International Police Association (IPA) - wird hauiert: Für Kinder im Verkehr, für AIDS-Infizierte, für den Frühjahrs-, Herbst- und Winterball der "Berliner Polizei". Die Polizei könnte und sollte sich deutlicher distanzieren als bisher geschehen. Da gibt die Broschüre nur einen kleinen Anstoß. [www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de) +++

+++Die "Bild" Zeitung berichtet in Ihrer Ausgabe vom 4. Mai, dass die Daten von 60.000 Verbrechern aus den Daten des Schengener Informationssystems gelöscht werden. Die Personengruppe war bis zum 1. Mai mit einem Ausreiseverbot belegt, darf sich seit diesem Datum aber über die europaweite Reisefreiheit freuen, die mit der EU-Osterweiterung einhergeht. Laut BILD fielen in den Personenkreis auch Mörder, Autoschieber, Zuhälter und Einbrecher.+++

#### IN AKTION

+++ Die Notfallübung "Joint Emergency Response Exercise 2004" (JERE 2004) erprobte großangelegt vor einigen Wochen auf dem Münchener Franz-Josef-Strauß-Flughafen die zivil-militärische Zusammenarbeit. Erstmals wurden Teile der Bundeswehr, hier Sanitätsdienst und Luftwaffe, aber auch die US-Air Force, in eine zivile Notfallübung an einem internationalen Flughafen in Deutschland eingebunden. 25 Länder nahmen mit insgesamt 450 Rettungskräften und 400 Beobachtern an dieser Großübung teil. Mit von der Partie waren zahlreiche Feuerwehren, die ADAC-Luftrettung, ein sogenanntes Lazarett-Flugzeug, Medical Evacuation der Bundeswehr, sowie Hubschrauber der US-Army. Zahlreiche Polizeibehörden waren intensiv in die Leitung und Koordination eingebunden. Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein verfolgte die nächtliche Übung vor Ort. Ausgangslage: nach 22 Uhr melden zeitgleich zwei Flugzeuge eine Notlandung an ... Mehr dazu im nächsten Behörden Spiegel. +++

+++ 10.000 Freiwillige nehmen an dem sechs Monate andauernden Testverfahren der britischen Regierung zur Anwendung biometrischer Technologie teil, das jetzt begonnen wurde. Träger des Vorhabens ist die britische Passbehörde UK Passport Service (UKPS).

Getestet werden die Registrierung und Wiedererkennung von Gesichtszügen, Iris und Fingerabdrücken. Die Ergebnisse dienen als eine der Grundlagen für das geplante nationale Personenkarten-System (national identity card scheme). Kernstück dieses Systems ist die nationale Personaldatenbank (national identity register database). Dort sollen die persönlichen Daten gemeinsam mit biometrischen Kennzeichen gespeichert werden, gleichgültig ob es eine identity card dazu geben wird oder nicht. Mit weiteren Tests werden derzeit die Sicherheitsanforderungen untersucht. [www.pm.gov.uk/output/page5560.asp](http://www.pm.gov.uk/output/page5560.asp) +++

+++ Derzeit werden auf dem Frankfurter Flughafen in zwei Pilotprojekten biometriegestützte Personenkontrollen getestet. Im Februar wurde das Projekt "Automatisierte und biometriegestützte Grenzkontrolle" (ABG) in Betrieb genommen, im März das Projekt BIOP II. Das AGB-Verfahren basiert auf der Iriserkennung. Diese Art der Grenzkontrolle wird vom Bundesgrenzschutz zunächst über einen Zeitraum von sechs Monaten erprobt. Fluggäste im Non-Schengen-Verkehr können sich auf freiwilliger Basis für das Testverfahren registrieren lassen. Im Gegensatz zum AGB-Verfahren ist das zweite Biometrie-Projekt - BIOP II - ein rein internes Projekt am Großflughafen Frankfurt und wird ohne Öffentlichkeit getestet. Hier geht es laut Fraport AG vor allem um Zugangskontrollen für Mitarbeiter, also die "innere Sicherheit" des Flughafens. Bei BIOP II wird die Funktionalität der drei biometrischen Merkmale - Gesichtserkennung, Iris und Fingerabdrücke - erprobt werden. Beteiligt an dem Projekt ist auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de); [www.fraport.de](http://www.fraport.de)+++

#### VERANSTALTUNGEN

+++ Es gibt seit dem 7. Europäischen Polizeikongress in Bonn, auf dem übrigens noch zwischen Vertretern des BMI und BMVg, der Landesinnenministerien sowie der Polizeigewerkschaften sachlich und pragmatisch diskutiert wurde, eine eben durch diese Veranstaltung mitinitiierte Diskussion um die zivil-militärische Zusammenarbeit. In der Auseinandersetzung heißt dies heute: Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Politisch ein heißes Eisen, doch auch hier gilt nach wie vor political correctness. Vorstellbar ist derzeit: Einsatz der Bundeswehr mit vielen Händen oder Spezialeinheiten, also bei Hochwasser oder großen Industriekatastrophen (zum Beispiel schweres Bergungsgerät oder ABC-Versorgung). Mehrfach geübte Praxis ist auch die Alarmbereitschaft von Jagdflugzeugen bei internationalen Konferenzen in Deutschland. Dass allerdings Kampftruppen innerhalb der Bundesrepublik eingesetzt werden, bedarf einer Vorstellung, die im demokratisch-politischen Spektrum derzeit nicht zu finden ist. Um so mehr verwundert es, dass auf der Fachmesse und Konferenz für Polizei- und Spezialausrüstung - GPEC 2004 vom 8. bis zum 10. Juni in Leipzig nun der "Infanterist der Zukunft - Ausrüstung und Fähigkeiten" vorgestellt werden soll. "Als Leitmesse... für Polizei, Zoll, Strafvollzug... wird ein Spektrum von Themen der inneren und äußeren Sicherheit behandelt." An dieser Stelle darf daher gefragt werden, was hat allen Ernstes der "Infanterist der Zukunft - Ausrüstung und Fähigkeiten" bei einer "General Police Equipment Exhibition & Conference" (eben GPEC) zu suchen. Soll da allen Ernstes gegen den Willen der Polizei der Einsatz von Kampfeinheiten der Bundeswehr im Inneren schmackhaft gemacht werden? Die Bundeswehr hingegen will keine Hilfs-Polizei sein. Veranstalter dieses Symposiums, für das am 10. Juni (9.15 Uhr bis 14.30 Uhr) 150,- Euro/100,- Euro verlangt werden, ist der Verlag für Wehrwirtschaft Report. +++

+++ Auf der 18. AFCEA Ausstellung, die am 12. und 13. Mai in der Stadthalle Bad Godesberg stattfand und mit insgesamt 2.000 Teilnehmern äußerst gut besucht war, wurden neue Technologien insbesondere aus dem Bereich des professionellen Funks präsentiert. Über 60 Aussteller informierten über Neuerungen, die primär für militärische Zwecke von

Relevanz waren, aber auch Sicherheitslösungen, die für den Polizeieinsatz in Frage kommen.  
Details unter [www.afcea.de](http://www.afcea.de)+++

## TERMINE

+++ 25.-26.05.2004: Effizienter Staat - 7. Deutscher Verwaltungskongress: Deutschland geht Online, Partner: BMI, BMWA, BMJ, BMGS, Bundeszentrale für politische Bildung, D21, DLR u.a., Berlin; [www.effizienter-staat.de](http://www.effizienter-staat.de) +++

+++ 03.11.2004: "Bundeskongress NKF", 04.11.2004: "e-nrw - E-Government unter Nutzung von Standards. Fachlösungen aus der Praxis in NRW", Düsseldorf, Rheinterrassen; [www.neues-kommunales-finanzmanagement.de/](http://www.neues-kommunales-finanzmanagement.de/), [www.e-nrw.info](http://www.e-nrw.info) +++

+++23.-24.11.2004: "3rd Congress On European Defence - Berliner Sicherheitskonferenz"; [www.european-defence.com/](http://www.european-defence.com/) +++

+++ 23.-24.02.2005: 8. Europäischer Polizeikongress: "Innere Sicherheit im Europa der 25", Berlin; [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

## HINWEISE

### Polizei-Newsletter

Der Polizei-Newsletter, der monatliche, hochkonzentrierte Newsflash von Deutschlands ältester und größter unabhängiger Zeitung für Behörden. Für Behörden Spiegel-Abonnenten (Print-Ausgabe) und Teilnehmer des Europäischen Polizeikongresses ist Polizei-Newsletter kostenlos.

[Hinweis: Da zahlreiche unserer Empfänger (Sicherheits-) Schwierigkeiten mit dem Empfang von Anhängen und formatierten Mails haben, publizieren wir diesen Newsletter in unformatierter Form.]

? Haben Sie diesen Newsletter weitergeleitet bekommen und möchten ihn regelmäßig beziehen? Bitte Mail mit Ihrer E-Mail- sowie Ihrer vollständigen postalischen Adresse und dem Betreff "SUBSCRIBE Polizei-Newsletter" an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de)

? Sie möchten Behörden Spiegel (Print) und Newsletter beziehen: bitte Abonnement-Formular auf [www.behoerdenspiegel.de](http://www.behoerdenspiegel.de) ausfüllen und senden.

? Sie möchten Informationen zum 8. Europäischen Polizeikongress im Februar 2005. Eine Programmvorschau wird ab dem 1. Juni unter [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) veröffentlicht werden.

? Möchten Sie diesen Newsletter nicht weiter beziehen? Bitte Mail mit "UNSUBSCRIBE" POLIZEI-NEWSLETTER im Betreff an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de)

## IMPRESSUM

Der Herausgeber von "Polizei-Newsletter" und verantwortlich für den Inhalt ist R. Uwe Proll, ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Am Buschhof 8, 53227 Bonn, Telefon: 0049-288-970970, Telefax: 0049-228-444296, E-Mail: [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Polizei-Newsletter". Die Rechte an Marken und Warzenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen

auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches der Herausgeber liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden. Zuständiger Redakteur für den "Polizei Newsletter": Stephan Brüss, Behörden Spiegel (Anschrift wie Verlag).

Sie erhalten hiermit die dritte Ausgabe des Polizei Newsletters des Behörden Spiegel, heute mit folgenden Themen:

- VERANSTALTUNGEN
- IN AKTION
- POLIZEITECHNIK
- BOS-DIGITALFUNK
- POLITIK
- LEUTE
- SZENE
- HINWEISE
- IMPRESSUM

#### VERANSTALTUNGEN

+++ Nach dem Umzug des Europäischen Polizeikongresses von Bonn nach Berlin steht nun fest: Am 23. und 24. Februar 2005 in der deutschen Hauptstadt im Schöneberger Rathaus wird sich der europäische Kongress mit dem Thema "Innere Sicherheit im Europa der 25" beschäftigen. Zu der öffentlichen Eröffnungsveranstaltung werden Vertreter von Bundesregierung, Parlament, Landesregierungen, den verschiedenen Polizeiorganisationen aus dem In- und vor allem Ausland sowie zahlreiche Medien erwartet. 1.000 Teilnehmer sind für den Eröffnungspart vorgesehen. Danach wird der Polizeikongress sich polizeifachlichen und -taktischen Themen widmen und in drei parallelen Plenen Ausstattungs- und technische Fragen erörtern. Der Programmwurf ist für die nächsten Wochen angekündigt. Soeben erschienen ist ein vierseitiger Informationsflyer für Aussteller, der neben einem einführenden Text auch die Auswertung einer Besucherbefragung der Europäischen Polizeikongresse zwischen 2001 und 2003 enthält und beim Kongressbüro unter der Telefon-Nr. 0228/970 970, Fax: 0228/970 97-28 oder unter der E-Mail-Adresse: polizei@behoerdenspiegel.de angefordert werden kann. +++

+++ Experten von Bund und Ländern sowie aus Dänemark, Skandinavien, den Niederlanden, Belgien, der Schweiz, Österreich, Luxemburg, Rumänien und Polen tagten im Mai im BKA in Wiesbaden zum Thema "überörtlich begangene Eigentums kriminalität durch osteuropäische Tätergruppierungen". Die Thematik wurde sowohl aus polizeifachlicher als auch aus juristischer Sicht beleuchtet. Neben dem Informationsaustausch zur nationalen und internationalen Lage sollten vor allem weitere Maßnahmen in den erkannten Kriminalitätsbereichen abgestimmt werden, so z.B. im Phänomenbereich der Raubüberfälle und Blitzeinbrüche in Juweliergeschäften. Darüber hinaus wurden neue Erscheinungsformen und Brennpunkte im Bereich der Eigentums kriminalität sowie mögliche Bekämpfungsansätze thematisiert. BKA-Präsident Jörg Ziercke betonte, "dass eine intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den zuständigen ausländischen Polizeibehörden von entscheidender Bedeutung ist." Dadurch gelang es beispielsweise Anfang März 2004 mutmaßliche Mitglieder der so genannten "Hammer-Bande" in Polen festzunehmen. Ein erklärtes Ziel der Tagung war vor diesem Hintergrund die Intensivierung der Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. +++

+++ Auf Einladung von Bundesinnenminister Otto Schily, dem afghanischen Innenminister Ahmad Jalali sowie den United Nations Assistance Mission for Afghanistan (UNAMA)

hatten sich Vertreter von über 30 Staaten und Organisationen als Gäste der Regierung Qatars im Rahmen der ersten Regionalen Polizeikonferenz Afghanistan in Doha getroffen, um Wege der Förderung der grenzüberschreitenden polizeilichen Kooperation sowie der weiteren materiellen und finanziellen Unterstützung Afghanistans zu finden. Deutschland wird, wie bereits in den vergangenen Jahren, einen erheblichen Beitrag zum Wiederaufbau der afghanischen Polizei leisten und in den nächsten vier Jahren knapp 60 Millionen \$ bereitstellen. Bereits seit dem Jahr 2002 organisiert und koordiniert die Bundesrepublik Deutschland als "lead nation" den Polizeiaufbau in Afghanistan. Sie trägt damit maßgeblich zum Neuaufbau des Landes und zur Stabilisierung der Inneren Sicherheit Afghanistans nach mehr als 20 Jahren Krieg und Bürgerkrieg bei. Seit April 2002 berät und unterstützt ein in Kabul eingerichtetes Projektbüro der deutschen Polizei die afghanische Regierung und die Sicherheitsbehörden beim Aufbau eines Polizeiwesens. +++

+++ Vom 8. bis 10. Juni öffneten sich in der Messe Leipzig die Pforten für die GPEC (General Police Equipment Exhibition & Conference). Nach Angaben des Veranstalters kamen zahlreiche Aussteller aus aller Welt. Am ersten Tag verzeichnete die Messe einen regen Besucheransturm, der am zweiten Tag abflachte und am dritten Tag (zu weiten Teilen ein Feiertag in Deutschland) versiegte. Leider waren entgegen dem Bemühen der Leipziger Messengesellschaft keine Pressevertreter und Berichterstatter der Fachmedien (mit auffälligen Ausnahmen) zugelassen. Vertreten waren Zeitschriften wie Jane's Defence Weekly, Soldat und Technik und der Wehrdienst Griephan. Am Rande der Messe wurden Gerüchte laut, dass die GPEC neben der Veranstaltung in Leipzig künftig auch in Hannover tagen will. Die Leipziger Messe dementiert dies jedoch gegenüber diesem Newsletter: Die GPEC finde laut Vereinbarung erst wieder vom 2.-4. Mai 2006 in Leipzig statt, nicht in Hannover. Die Exponate der Messe waren zumeist waffen- und schutztechnischer Natur. Das Gesamtaufgebot spiegelte dabei nicht den notwendigen Trend zu mehr Hightech und IT wieder. +++

## IN AKTION

+++ "Gewalttaten in und um Fußballstadien zu verhindern, hat bei der Organisation von Sportgroßveranstaltungen absolute Priorität. Die Innere Sicherheit müssen wir in enger internationaler Zusammenarbeit gewährleisten", so Bundesinnenminister Otto Schily. Deutschland wird 20 Sicherheitskräfte zur Unterstützung der Sicherheitsvorkehrungen bei der Fußball-Europameisterschaft im Juni nach Portugal entsenden. Bundesinnenminister Otto Schily hatte bereits im Februar dieses Jahres der portugiesischen Regierung die Unterstützung Deutschlands zugesagt. Die deutschen Beamten werden in beratender Funktion tätig sein, und von den eigentlichen Einsätzen unberührt bleiben. Die deutschen Polizeibehörden können auf den Erfahrungsschatz der letzten Fußball Europameisterschaft, die in Belgien und den Niederlanden stattfand, zurückgreifen. Entscheidender wird jedoch die Generierung neuer Erfahrungen im Hinblick auf die 2006 in Deutschland stattfindende Weltmeisterschaft sein. +++

+++ Die bayerische Polizei will die mögliche Anreise von Hooligans zu den einzelnen EM-Turnieren intensiv überwachen. Sie werde ferner die Fahrtstrecken permanent aufklären und anreisende Fußballfans bei Bedarf kontrollieren, so Innenminister Günther Beckstein. Seit Frühjahr 2004 hätten szenekundige Beamte der bayerischen Polizei gezielt Angehörige der gewaltbereiten Fanszene in München und Nürnberg angesprochen. In 30 Fällen seien bisher Meldeauflagen und Passbeschränkende Maßnahmen erlassen worden. +++

+++ Die Bedeutung der grenzüberschreitenden Kooperation der Polizei hat Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm unterstrichen: "Mit dem im Herbst 2003 eröffneten

Europäischen Zentrum haben wir an unserer Polizeifachhochschule einen Kristallisationspunkt für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Aus- und Fortbildungsfragen geschaffen, der sich schon hervorragend bewährt hat". Erstmals hätten jetzt auf der Grundlage einer Vereinbarung mit dem österreichischen Innenministerium auch acht Anwärter des gehobenen Dienstes am Ende ihres zweiten Hauptpraktikums in den Polizeidirektionen von Wien, Salzburg und Innsbruck hospitieren können. "Dies erweitert die erworbenen Fähigkeiten und verschafft Einblick in neue Sicht- und Vorgehensweisen etwa in der Kriminalitätsbekämpfung und -prävention", so Schönbohm. Intensiv kooperiert werde auch mit der polnischen Polizeischule in Slupsk, mit der rumänischen Polizeiakademie Alexandru Ioan Cuza in Bukarest und der Academia Ostropolitana in der slowakischen Hauptstadt Bratislava. +++

#### POLIZEITECHNIK

+++ In einer Woche, so das Grenzschutzpräsidium West, ist ein erstes Ergebnis der Untersuchungen bezüglich des Hubschraubers, der am 20. April beide Türen während eines Routinefluges verloren hatte, zu erwarten. Der Hubschrauber des Typs EC 135 musste auf einem Feld in der Nähe der Stadt Odendorf Sicherheitslanden, da der Hubschrauber bei 300 km/h Fluggeschwindigkeit beide Seitentüren verlor. Dies führte BGS intern zu einer neuen Vorschrift, die die Maximalgeschwindigkeit des Helikopters auf 250 km/h beschränkt. Die Höchstgeschwindigkeit von 324 km/h darf nicht mehr geflogen werden. Auch der Hersteller Eurocopter untersucht die Ursachen, kam aber in diesem Bestreben bisher nicht voran. +++

+++ Zwei Wissenschaftler des Cold Regions Research and Engineering Laboratory haben Software entwickelt, die in einer komplexen, städtischen Umgebung aus dem Knall eines abgefeuerten Schusses auf den Standort des Schützen zurückrechnen kann. Lanbo Liu und Donald Albert präsentierten ihre Ergebnisse Ende Mai auf dem Jahreskongress der Akustischen Gesellschaft der USA (Time reversal for source detection in urban environment). Die Wissenschaftler hatten in einem Modelldorf, dessen Häuser aus massivem Beton bestehen, neun Mikrofone aufgestellt und den Knall eines abgefeuerten Schusses aufgezeichnet. Ihre Software rechnete die Ausbreitung der reflektierten und gestreuten Wellen zurück (time-reversal) und fand so den Ausgangspunkt des Schalls. Nachdem sie die prinzipielle Brauchbarkeit gezeigt haben, wollen die Wissenschaftler das System soweit optimieren, dass es auch in Echtzeit eingesetzt werden kann. +++

#### BOS DIGITALFUNK

+++ Seit einigen Tagen hat das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Inneren eine Vorinformation zur Ausschreibung von "Planung, Aufbau und/oder Betrieb eines bundesweiten digitalen Funknetzes für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in der Bundesrepublik Deutschland" veröffentlicht. Danach soll dies ein Rahmenvertrag werden aus dem Bund und Länder modulare Leistungselemente abrufen können. Als voraussichtlicher Beginn des Verfahrens wird das 4. Quartal angegeben. Nach § 17 und 18 der VOL ist diese Ankündigung unverbindlich, soll aber allen Beteiligten ein klares Signal geben, dass Bund und Länder die Sache nun ernsthaft vorantreiben wollen. Die Veröffentlichung geht fast zeitgleich einher mit dem Rückzug eines Beschwerdeführers gegen die Vergabeentscheidung in Sachen Rechtsberatung für die Projektgruppe BOS-Digitalfunk im BMI. Ausführlich dazu der Behörden Spiegel in seiner neuesten Ausgabe in der Rubrik Sicherheit/Polizei auf Seite 6 oder unter [www.bescha.bund.de](http://www.bescha.bund.de). +++

+++ Auf der 3. Koordinierungskonferenz von Bund und Ländern in Berlin vorletzte Woche wurde nochmals zur Bedarfsermittlung aufgerufen. Einige Bundesländer würden ihre Bedarfe nur schleppend mitteilen oder hätten diese noch nicht vollständig ermittelt. Dabei geht es um Umfang der Netzinfrastruktur wie auch letztlich um Standorte zur Netzversorgung, beteiligte Personen und Endgerätebedarf. Zur Vorbereitung der Ausschreibung werden diese Informationen jedoch dringend benötigt. +++

+++ Wie der Behörden Spiegel in seiner soeben erschienenen Juni-Ausgabe berichtet, sind alle Beratungsverträge zur Vorbereitung der BOS-Digitalfunk-Ausschreibung mittlerweile vergeben worden. Danach übernimmt die Rechtsberatung EY LAW Luther Menold, die technische Beratung wird von P3 Ingenieurgesellschaft und Deloitte erledigt, die betriebswirtschaftliche Beratung ging an CSC Ploenzke und das Projekt Controlling macht EDS. Einzelheiten zu den durch Ausschreibung ermittelten Auftragnehmern im Behörden Spiegel, Ausgabe Juni. +++

+++ Wie in diesem Newsletter bereits mehrfach berichtet, können die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) nicht mehr bis zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland mit Digitalfunk ausgerüstet werden. Bundesinnenminister Otto Schily dazu: "Nach dem jetzigen Planungsstand ergibt sich [...] bedauerlicherweise, dass mit einer funktionsfähigen Inbetriebnahme von Teilnetzen zur Fußballweltmeisterschaft im Sommer 2006 nicht mehr zu rechnen ist." [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) +++

+++ Gesucht wurde das Orakel von Delphi und gefunden beim Vorstand der Deutschen Telekom: Der Konzern ist in der Lage und wird auch technisch wie organisatorisch zwei Lösungen für den BOS-Digitalfunk vorbereiten, nämlich Tetra und GSM. Aufgrund der Anforderungen der GAN-Liste empfiehlt der Konzern den BOS-Auftraggebern jedoch Tetra. Sozusagen als "Back up" wird die DTAG bei T-Mobile GSM-basierten Digitalfunk entwickeln und einsatzfertig vorhalten. Als Option soll parallel zu Tetra auch der spätere mögliche Einsatz GSM-basierter Dienste für Geschäftskunden im Bündelfunkbereich möglich sein. Klar geregelt sind die Zuständigkeiten: Vertriebs- und Marketingaktivitäten mit Blick auf die BOS-Ausschreibung werden alleinig von T-Systems, die sich bereits für eine Tetra-Motorola-Anwendung öffentlich ausgesprochen haben, gebündelt. [www.t-systems.com](http://www.t-systems.com); [www.t-mobile.com](http://www.t-mobile.com) +++

## POLITIK

+++ Bayerns Innenminister Beckstein hat angekündigt, dass die Grenzkontrollen zu Tschechien weiter durchgeführt würden, "und zwar ohne zeitliche Begrenzung". Die Entscheidung über den Abbau der Grenzkontrollen zu Tschechien und die anderen neuen EU-Mitglieder werde erst in einigen Jahren zu treffen sein. "Die Grenzkontrollen sind ein Sicherheitsfilter, der bis auf weiteres unverzichtbar ist. Die Bayerische Staatsregierung besteht darauf, dass die Kontrollen erst wegfallen, wenn dort sämtliche Standards des Schengener Abkommens dauerhaft und verlässlich eingehalten werden", so Beckstein. Ergänzt würden die Grenzkontrollen durch die Schleierfahndung auch im ostbayerischen Raum. Beckstein forderte eine sinnvolle Vernetzung bereits vorhandener nationaler und europäischer Dateien, um effektiv nach Straftätern fahnden zu können. "Das Ziel muss sein, einen europäischen Wissensverbund der Strafverfolgungs- und Polizeibehörden zu schaffen". Vernetzt werden sollten hierfür insbesondere die in den meisten EU-Staaten vorhandenen, bisher isoliert betriebenen nationalen Polizeiinformationssysteme und Erkenntnisdateien. +++

+++ Der BGS und die Polizei müssen nach Ansicht von Bundesinnenminister Otto Schily an den Grenzen zu den neuen EU-Mitgliedsländern enger zusammenarbeiten. Mehrfachkontrollen und Doppelarbeit müssten vermieden werden. Derzeit gebe es ein merkwürdiges Dickicht in den Aufgaben der Sicherheitsbehörden. Für die grüne Grenze sei im Moment der Bundesgrenzschutz zuständig, an den Grenzübergängen kontrolliere die Landespolizei, so Schily. Die Aufgaben müssten sehr genau überprüft werden, um Grenzkontrollen besser und effizienter zu machen. Mit dem bayerischen Innenminister Günther Beckstein habe er dazu bereits Lösungsansätze gefunden. Laut Schily soll der BGS, der neben den Grenzregionen auch an Bahnhöfen und Flughäfen zum Einsatz kommt, noch in dieser Legislaturperiode den Namen Bundespolizei erhalten. Schily appellierte an die neuen EU-Mitglieder, selbst mehr Geld in die Ausbildung der Sicherheitskräfte zu investieren. Das wichtigste Abwehrmittel gegen terroristische Bedrohungen sei polizeiliche Prävention. Die Länder sollten zur Weitergabe von Wissen verpflichtet werden, so der Minister. +++

+++ Nach der durch das BMI angestoßenen Diskussion über die mögliche Zusammenlegung der 16 LKA's und der 11 LfV's zu zentralen Bundesbehörden wurde nun Anfang Juni von den Unionsgeführten Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen, Sachsen und Saarland ein Positionspapier zum Thema Konsequenzen zur Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden nach den Anschlägen islamistischer Terroristen vorgelegt. Das anfangs beteiligte SPD-Bundesland Rheinland-Pfalz hat mittlerweile Abstand zu diesem Papier genommen. Darin wird eine Zentralisierung als der absolut falsche Ansatz bezeichnet, der die Schwächen des Verfassungsschutzes noch vergrößern würde. Die Stärken lägen gerade in der Dezentralisierung, nämlich der Kenntnis örtlicher Verhältnisse. Es müsse jedoch die Zusammenarbeit des Bundesamtes mit den Landesämtern erheblich verbessert werden, das Bundesamt, so der Direktor des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Lutz Irrgang (CDU) zur FAZ, müsse mitunter "zum Jagen getragen werden". So habe nach den Anschlägen in Madrid der hessische Verfassungsschutz bereits frühzeitig die Einschätzung gehabt, dass es sich um islamistische Anschläge handele, wo hingegen das Bundesamt ganze zwei Wochen für ein Lagebild gebraucht habe. Die Unionsregierten Länder geben damit den Ball nicht nur zurück, sondern bereiten durch ihren Vorschlag einer Neuorganisation auch der Regierungskoalition Ungemach. Danach nämlich soll es ein gemeinsam besetztes Lage- und Analysezentrum sowie eine gemeinsame Datei von BND, BKA, MAD und allen Verfassungsschutzbehörden geben. Nur so sei für alle beteiligten Sicherheitsexperten ein Höchstmaß an Information gesichert. +++

+++ Bundesinnenminister Otto Schily und seine Amtskollegen aus Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich haben in Brüssel im Chateau Val Duchesse eine Erklärung über die Vertiefung der polizeilichen Zusammenarbeit unterzeichnet. Durch einen Informationsverbund soll die polizeiliche Zusammenarbeit stark ausgeweitet werden, zur Übermittlung der Personendaten soll ein bloßer Verdacht einer terroristischen Bedrohung ausreichen. Zu Großveranstaltungen, wie z.B. Tagungen des Europäischen Rates und Sportevents, werden die beteiligten Staaten strategische, operative und taktische wie auch personenbezogene Daten austauschen. Die Vertragsparteien wollen die grenzüberschreitende Übermittlung und den Abgleich von DNA-Identifizierungsmustern unbekannter Täter systematisch und so schnell wie möglich durchführen. Auch der elektronische Abgleich von Fingerabdruckdaten soll deutlich beschleunigt werden. Die Verhandlungen zum Übereinkommensentwurf sollen noch im Jahr 2004 zum Abschluss gebracht werden, erklärte Schily. +++

+++ Die von BKA-Präsident Jörg Zierke geleitete Projektgruppe hat zum BKA-Umzug ein 30-seitiges Papier vorgelegt in dem die Bildung einer 500 Personen starken neuen Abteilung

mit dem Schwerpunkt "Islamistischer Terrorismus und Auslandskriminalität" am Standort Berlin vorgeschlagen wird. Durch freiwilligen Umzug von Wiesbaden und Meckenheim bei Bonn sowie durch Neueinstellungen und auch befristete Abordnungen sollen zwischen 2004 und 2008 die notwendigen Personalmaßnahmen realisiert werden. Der Behörden Spiegel berichtet in seiner aktuellen Ausgabe, dass von den 1.000 Mitarbeitern in Meckenheim 150 nach Berlin wechseln sollen. Die gleichen Bedingungen wie für die BND-Mitarbeiter, die von Pullach nach Berlin umziehen, sollen auch für die BKA-Beamten gelten. +++

## LEUTE

+++ Der Posten des ranghöchsten brandenburgischen Polizeibeamten wird nun doch neu besetzt. Innenminister Jörg Schönbohm führt am morgigen Mittwoch, dem 16.07, den neuen Inspekteur der brandenburgischen Polizei in sein Amt ein. Dazu werden auch Inspektoren und weitere hochrangige Polizeiführer aus der gesamten Bundesrepublik und Polen erwartet. Die Amtseinführung von Jürgen Jakobs, bisher Leiter des Einsatzreferates im Ministerium, findet um 12.00 Uhr in der Staatskanzlei, Brandenburgsaal, Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam statt. Der Inspektorsposten war bereits seit dem 1. Juli 2002 nicht besetzt, Jakobs hatte ihn seither kommissarisch wahrgenommen. Ebenfalls am Mittwoch will Schönbohm ein Fazit der heutigen Übung der brandenburgischen und polnischen Polizei ziehen. Beamte aus beiden Ländern üben heute gemeinsam das Vorgehen bei grenzüberschreitenden Geiselnahmen. Spezialkräfte aus weiteren europäischen Ländern beobachten die Übung im Rahmen einer Weiterbildung. Hintergrund ist unter anderem die Geiselnahme vom April 2002 im niedersächsischen Wrestedt, die nach einer langen Irrfahrt durch mehrere Bundesländer und Polen in der Ukraine endete. +++

## SZENE

+++ In der nächsten Ausgabe des Behörden Spiegel (Juli) wird sich die Redaktion der Monatszeitschrift mit den verschiedenen Initiativen zu europäischen Polizeien, Grenzschutzkorps, Nachrichtendiensten und einer gemeinsamen Katastrophenschutztruppe beschäftigen. Ein Vorschlag jagte in den letzten Monaten den nächsten, was allerdings noch nichts über die Realisierungschancen aussagt. Besonders im Bereich des Grenzschutzes gab es Vorschläge zu einem Europäischen Grenzschutzkorps und nun wird wohl Realität eine Europäische Grenzschutzagentur. Auch ein Europäischer Katastrophenschutzkongress und ein Europäischer Geheimdienst werden ins Spiel gebracht. Mehr dazu in der Juli-Ausgabe. ++++

+++ Der Thüringer Minister für Soziales, Familie und Gesundheit, Klaus Zeh, will am Mittwoch, dem 16. Juni 2004 um 11.00 Uhr an der Einweihung des ersten kindgerechten Vernehmungszimmers in der Thüringer Polizei teilnehmen. Das Projekt wurde durch die Thüringer Landespolizei, die Kriminalpolizeiinspektion Saalfeld in Zusammenarbeit mit der Stiftung "Hänsel und Gretel" aus Karlsruhe sowie dem Weißen Ring geplant und umgesetzt. Die Gesamtkosten des Projektes betragen rund 25.000 Euro. "Hänsel und Gretel" hat bisher bundesweit zehn kindgerechte Videovernehmungszimmer eingerichtet. "Der Umgang mit Kindern, die Opfer von Straftaten geworden sind, muss behutsam, einfühlsam, kurz: kindgerecht gestaltet sein, weil nur so weiterer Schaden durch das Ermittlungs- und Strafverfahren vermieden werden kann", so Zeh. +++

+++ Zufrieden mit der Resonanz auf das Angebot der nordrhein-westfälischen Polizei, Strafanzeigen online zu erstatten, zeigt sich Innenminister Fritz Behrens. Umfragen hätten gezeigt, dass jede dritte Online-Anzeige ohne Hilfe des Internets nicht gestellt worden wäre. Insgesamt seien seit der landesweiten Freischaltung Mitte März 3.346 Straftaten online

angezeigt sowie 863 allgemeine E-mail-Anfragen gestellt worden. "Durch dieses für die Bürger sehr bequeme und schnelle Verfahren erfährt die Polizei von mehr Straftaten - mit steigender Tendenz", so Behrens, die Zahlen in der Kriminalstatistik erhöhen sich dadurch. Die befürchteten technischen Fehler seien bislang ausgeblieben: "Das System funktioniert gut. Individuelle Bedienfehler sind natürlich nie zu vermeiden. Im Zweifel sollte telefonisch Kontakt mit der Polizei aufgenommen werden", erklärte Behrens. Es sei insbesondere wichtig, die Online-Anzeige genau auszufüllen und telefonisch erreichbar zu sein, so der Minister. +++

## HINWEISE

### Polizei-Newsletter

Der Polizei-Newsletter, der monatliche, hochkonzentrierte Newsflash von Deutschlands ältester und größter unabhängiger Zeitung für Behörden. Für Behörden Spiegel-Abonnenten (Print-Ausgabe) und Teilnehmer des Europäischen Polizeikongresses ist Polizei-Newsletter kostenlos.

[Hinweis: Da zahlreiche unserer Empfänger (Sicherheits-) Schwierigkeiten mit dem Empfang von Anhängen und formatierten Mails haben, publizieren wir diesen Newsletter in unformatierter Form.]

? Haben Sie diesen Newsletter weitergeleitet bekommen und möchten ihn regelmäßig beziehen? Bitte Mail mit Ihrer E-Mail- sowie Ihrer vollständigen postalischen Adresse und dem Betreff "SUBSCRIBE Polizei-Newsletter" an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de)

? Sie möchten Behörden Spiegel (Print) und Newsletter beziehen: bitte Abonnement-Formular auf [www.behoerdenspiegel.de](http://www.behoerdenspiegel.de) ausfüllen und senden.

? Sie möchten Informationen zum 8. Europäischen Polizeikongress im Februar 2005. Eine Programmvorschau und Anmeldemöglichkeit wird ab August unter [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) angeboten.

? Möchten Sie diesen Newsletter nicht weiter beziehen? Bitte Mail mit "UNSUBSCRIBE" POLIZEI-NEWSLETTER im Betreff an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de)

## IMPRESSUM

Der Herausgeber von "Polizei-Newsletter" ist R. Uwe Proll, ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Am Buschhof 8, 53227 Bonn, Telefon: 0049-288-970970, Telefax: 0049-228-444296, E-Mail: [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Polizei-Newsletter". Die Rechte an Marken und Warzenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches der Herausgeber liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden. Verantwortlich für den Inhalt, wo nicht anders gekennzeichnet: Stephan Brüss, Behörden Spiegel (Anschrift wie Verlag).

Behörden Spiegel Polizei-Online  
Der Polizei-Newsletter  
Ausgabe 4, 16. Juli 2004

Sie erhalten hiermit die vierte Ausgabe des Polizei Newsletters des Behörden Spiegel zu Fragen von Ausstattung, Ausbildung, Technik und BOS-Funk, heute mit folgenden Themen:

- VORAB
- IN EIGENER SACHE
- POLITIK
- EUROPA
- IN AKTION
- BOS-DIGITALFUNK
- E-CRIME
- TECHNOLOGIEN
- LEUTE
- SZENE
- SOFTWARE
- AUSSCHREIBUNG
- VERANSTALTUNGEN
- HINWEISE
- IMPRESSUM

#### VORAB

+++ Leser dieses Polizei-Newsletters des Behörden Spiegel bitten wir zu beachten, dass es sich um eine individuelle Informationsdienstleistung für Bezieher der Zeitschrift Behörden Spiegel handelt. Da die aufwendig recherchierten Inhalte exklusiv für Sie bestimmt sind, bedarf eine Weitergabe bzw. massenhafte Weiterverbreitung der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers und des Verlages. Solche Vereinbarungen sind möglich. Auch die Weitergabe von einzelnen Meldungen aus diesem Newsletter bedürfen der Zustimmung und stellen ohne Quellenangabe einen Verstoß gegen das Urheberrecht dar. Etliche Behörden, Firmen und Organisationen haben hierzu eine Erlaubnis eingeholt. Sollten Sie nicht dazu gehören, wenden Sie sich per Mail an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de) +++

#### IN EIGENER SACHE

+++ Der 8. Europäische Polizeikongress, der am 23. und 24. Februar im Schöneberger Rathaus wieder in Berlin stattfinden wird, hat schon heute großes Interesse bei Polizeien, Politik und Industrie gefunden. Zu der europäisch orientierten Veranstaltung werden sich über 1.000 Teilnehmer im Schöneberger Rathaus einfinden. Der Kongress glänzt mit einem hochkarätig besetzten Hauptprogramm und sechs themenspezifischen Plenen, die internationale wie nationale Interessen berücksichtigen. Eine erste Programmversion findet sich unter [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) Für Aussteller gibt es einen 4-seitigen Info-Flyer mit Buchungsmöglichkeit. Mail to: [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de); Stichwort: Bitte Aussteller-Flyer. +++

#### POLITIK I

+++ Die Innenministerkonferenz in Kiel hat beschlossen, dass alle

verfügbaren nationalen und internationalen Erkenntnisse über Täter und deren Vorgehensweise aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus und Extremismus unter Beteiligung der Länder zentral ausgewertet werden können. Wie der derzeitige Vorsitzende, Schleswig-Holsteins Innenminister Klaus Buß, sagte, hält die IMK neben der Prüfung der Voraussetzungen für die Einrichtung gemeinsamer Dateien von Polizei und Verfassungsschutz, insbesondere einer Indexdatei, die weitere organisatorische Verbesserung der Zusammenarbeit, insbesondere gemeinsame Lageanalysen, die gegenseitige Entsendung von Verbindungsbeamten und die Unterstützung bei Einsatzmaßnahmen für erforderlich. Das BMI wurde gebeten, in einer Arbeitsgruppe unter Einbeziehung von Facharbeitskreisen der IMK Einzelheiten zu prüfen. Ferner soll den Verfassungsschutzbehörden ermöglicht werden, gemeinsame Dateien ohne die bisherigen Einschränkungen zu führen. Das BMI wurde gebeten, die entsprechende Novellierung des § 6 BVerfSchG zu initiieren. Berlin und Rheinland-Pfalz fordern allerdings in einer Protokollnotiz, gemeinsame Dateien auf tatsächliche oder potenzielle terroristische Gewalttäter zu beschränken. Im Bereich der Organisierten Kriminalität müssten laut IMK zügig Vertragsverhandlungen zwischen EUROPOL und den Balkanstaaten aufgenommen werden, um die Übermittlung von Erkenntnissen der internationalen Polizeimissionen zu regeln. Die Innenminister sprachen sich schließlich dafür aus, dass eine Gleichstellung der DNA-Analyse im nicht codierenden Bereich mit den sonstigen erkennungsdienstlichen Maßnahmen empfohlen wird. Keine Einigung gab es beim Bleiberecht für afghanische Flüchtlinge und für Minderheitenangehörige aus dem Kosovo. +++

## POLITIK II

+++ Zwei Grundmodelle stehen für die künftige Polizeiorganisation in  
+++ Bayern  
in der engeren Wahl, eine Vorentscheidung ist bislang nicht gefallen. "Um die Grundentscheidung vorbereiten zu können, welches Modell realisiert werden soll, sind wir in eine vertiefende Diskussion mit den Führungskräften der Bayerischen Polizei, den Berufsvertretungen und dem Hauptpersonalrat eingetreten. Erst wenn diese Phase beendet ist, können wir die Modelle fachlich abschließend bewerten. Wir müssen insgesamt billiger und besser werden. Wir brauchen mehr Polizei auf der Straße, weniger an den Schreibtischen", so Bayerns Innenminister Günther Beckstein. Dem Minister zufolge ist zum einen eine Straffung des jetzigen vierstufigen Aufbaus mit Innenministerium, Präsidien, Direktionen und Inspektionen bzw. Stationen vorstellbar. Dabei könnten die Präsidien Ober-, Mittel- und Unterfranken zu einem Präsidium Franken sowie die Präsidien Oberbayern und Schwaben zu einem Präsidium Oberbayern/Schwaben zusammengeführt werden. Die Zusammenlegung von Direktionen könnte mit der Zielsetzung erfolgen, jeweils eine Personalstärke von 800 bis 1.200 zu erreichen. Das andere Modell zielt auf eine völlige Neustrukturierung der Bayerischen Polizei mit einem dreistufigen Aufbau Innenministerium - Schutzbereich (Arbeitstitel) - Inspektionen bzw. Stationen ab. Bayernweit würden ca. 12 Schutzbereiche entstehen. +++

## POLITIK III

+++ Auch im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen stehen Fragen der  
+++ inneren  
Organisation der Polizei auf der Tagesordnung. Seit April laufen Diskussionen, initiiert durch NRW-Innenminister Dr. Fritz Behrens, mit dem Titel "Andere Führungsstrukturen". Die ersten Probeläufe haben in Aachen und Köln stattgefunden. Über den Gesamtprozess "Reform der Organisation" möchte heute, am 16. Juli ab 10.00 Uhr in der Stadthalle Kamen (Rathausplatz 2/4) die Gewerkschaft der Polizei mit Polizeipräsidenten, Landräten und Vertretern des

Innenministeriums sowie weiteren Führungskräfte der NRW-Polizei diskutieren. Die gegenüber der Reform grundsätzlich kritisch eingestellte GdP möchte vor allen Dingen den Aufwand der Reform kritisch hinterfragen. [www.gdp.de](http://www.gdp.de) +++

#### POLITIK IV

+++ Gegenwärtig wird über eine Länderinitiative diskutiert, einen  
+++ speziellen  
Stalking-Straftatbestand zu schaffen. Das Bundesjustizministerium wird diese Vorschläge prüfen. "Ich möchte aber darauf hinweisen, dass Stalking-Opfer auch nach geltendem Recht geschützt sind", sagte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries. Viele Stalking-Handlungen erfüllen Straftatbestände wie die Beleidigung, Nötigung, Körperverletzung, Sachbeschädigung oder den Hausfriedensbruch. Dieser strafrechtliche Schutz wird durch das Gewaltschutzgesetz, das seit Januar 2002 gilt, ergänzt. Danach kann das Opfer vor dem Zivilgericht eine Schutzanordnung erwirken, beispielsweise ein Kontakt- oder Näherungsverbot. Diese Schutzanordnung kann zivilrechtlich mit Ordnungsgeld oder Ordnungshaft vollstreckt werden. Bei einem Verstoß gegen die Schutzanordnung macht sich der Täter außerdem strafbar: Es drohen Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe. Damit ist sichergestellt, dass auch Nachstellungen, die nicht von den Straftatbeständen des Strafgesetzbuchs erfasst sein sollten, strafrechtlich geahndet werden können.  
+++

#### EUROPA

+++ Der Europäische Rat, d.h. die Regierungschefs der EU-Staaten, fällte  
+++ auf  
seine Tagung in Brüssel etliche Beschlüsse zur Verstärkung des Kampfes gegen den Terrorismus und organisierte Kriminalität. Sie reichen von allgemeinen Erklärungen, schlichter Feststellung des aktuellen Sachstands bis hin zu relativ konkreten Schritten und Maßnahmen. Die wichtigsten Punkte seien kurz genannt:

- die Verabschiedung der Verordnung über die Einführung neuer Funktionen für das Schengener Informationssystem,
- die Entscheidung des Rates zur Einführung des Visa-Informationssystems VIS,
- die Vereinbarung zwischen Interpol und Eurojust über Abstimmung der Arbeit,
- zweimal jährliche Überprüfung des Aktionsfahrplans des Rates zur Terrorismusbekämpfung,
- die Eingliederung einer nachrichtendienstlichen Kapazität für alle Aspekte der terroristischen Bedrohung in das Ratssekretariat,
- die Wiedereinsetzung der Task-force "Terrorismusbekämpfung" bei Europol,
- Schritte zur Förderung der Übermittlung kriminalpolizeilicher und operativer Erkenntnisse an Europol,
- fortan regelmäßiges Treffen der Leiter der Sicherheitsdienste der Mitgliedstaaten im Rahmen der Gruppe für Terrorismusbekämpfung,
- Verstärkung der operativen Fähigkeiten der Task force der Polizeichefs,

- zügige Vorlage von Vorschlägen der EU-Kommission über Vorschläge über die Informationspolitik im Bereich der Strafverfolgung,
- bis Juni 2005 Einigung im Rat über Initiativen zum Informationsaustausch und Zusammenarbeit in Bezug auf terroristische Straftaten,
- bis Jahresende Ausarbeitung einer Gesamtstrategie zur Verstärkung des Schutzes kritischer Infrastrukturen,
- engstmögliche Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und anderen Partnern. +++

+++ Justiz- und Innenkommissar António Vitorino verstärkt den Druck auf die EU-Mitgliedstaaten, den europäischen Haftbefehl in nationales Recht umzusetzen. Angesprochen sind vor allem Deutschland, Griechenland, Italien, Tschechien, Estland, Malta und die Slowakei. Deadline war der 30. Juni. Durch den Haftbefehl tritt ein zügiges Überstellen Verdächtiger an die Stelle umständlicher bilateraler Auslieferungsverfahren. Dies ist auch ohne Anhörung eines Gerichts möglich. Der erste Fall der Anwendung des EU-Haftbefehls betraf einen Schweden, der wegen Alkohol am Steuer und Drogenkonsum in Spanien festgenommen worden war. In einem anderen Fall ging es darum, einen terrorverdächtigen Basken an Spanien auszuliefern. Die Auslieferung kam jedoch wegen Kompetenzstreitigkeiten nicht zustande. +++

+++ In Zukunft sollen die zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten Zugang zu den Daten über schwere Verbrechen erhalten, die bei anderen Mitgliedstaaten vorliegen. Dies sieht ein Vorschlag der EU-Kommission über den Informationsaustausch zur Bekämpfung terroristischer Straftaten vor, den die Regierungen im Grundsatz gutgeheißen haben. Die Kommission will bis Jahresende Vorschläge zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Datenaustausches über Tatverdächtige vorlegen. +++

#### IN AKTION

+++ Der Bundesgrenzschutz nimmt in diesem Jahr erstmals mit 142 Beamten aus allen Tätigkeitsbereichen an einer gemeinsamen Übung europäischer Polizeieinheiten im Ausbildungszentrum der französischen Gendarmerie in St. Astier bei Bordeaux teil. Ziel der knapp zweiwöchigen Übung ist die Darstellung und das Kennen lernen der Einsatztaktiken unterschiedlicher europäischer Polizeieinheiten im Hinblick auf künftige gemeinsame Einsatzanlässe. Beteiligt sind neben dem Bundesgrenzschutz Polizeikräfte aus Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, den Niederlanden, Spanien, Rumänien und der Türkei. [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) +++

+++ Gemeinsam mit den Landespolizeien Sachsens und Brandenburgs, dem Zoll sowie der tschechischen und polnischen Polizei hat der Bundesgrenzschutz in den vergangenen Wochen verstärkte Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen an den Schengen-Grenzen durchgeführt. Unter den 26 erlassenen Haftbefehlen gab es drei Schleusungsversuche und über 15 Fälle von Urkundenfälschung. Hervorzuheben ist die Festnahme eines wegen Steuerhinterziehung mit internationalem Haftbefehl gesuchten amerikanischen Staatsangehörigen, der von Zürich nach Deutschland reisen wollte. Er steht im Verdacht 70 Mio. US \$ Steuern hinterzogen zu haben. Deutsche Grenzschützer führen seit 2003 mit

tschechischen, und seit 1998 mit polnischen Kollegen gemeinsame Streifen durch. [www.bundesgrenzschutz.de](http://www.bundesgrenzschutz.de) +++

+++18 Fachbeamte des Bundeskriminalamtes haben im Rahmen der  
+++zweimonatigen

Unterstützungsmaßnahme an der Polizeiakademie in Al Ain (in den Vereinigten Arabischen Emiraten) 220 irakische Polizisten ausgebildet. Dabei stand die Tatortarbeit und Spurensicherung im Vordergrund der Ausbildung. Da im Irak zurzeit ein großes Bedürfnis nach ausgebildeten Polizisten herrsche, werde man diese Maßnahmen fortführen, so Bundesinnenminister Otto Schily nach Abschluss des ersten Lehrganges. Auf dem 8. Europäischen Polizeikongress wird sich ein eigenes Plenum mit Bedingungen, Ausbildung und Ausstattung von polizeilichen Auslandseinsätzen beschäftigen. [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

#### BOS-DIGITALFUNK

+++ Die sogenannte Adonis-Nachfolge zum Aufbau des "Digitalfunks BOS Austria" geht an ein Konsortium bestehend aus dem ehemaligen staatlichen Telefonmonopolisten Telekom Austria sowie an Motorola und Alcatel. Die beiden Techniklieferanten hätten in der Neuausschreibung sich als Best- und vor allem als Billigstanbieter erwiesen. Die Neuausschreibung war fällig geworden, nachdem das Konsortium master-talk (Siemens, Wiener Stadtwerke und Raiffeisen) sich nach technischen Schwierigkeiten mit dem Wiener Innenministerium öffentlich zerstritten hatte. Herausragendstes Merkmal: Seinerzeit sollten 310 Mio. Euro investiert werden. Das Konsortium Alcatel/Motorola und Telekom Austria wollen nun mit 133 Mio. Euro auskommen. Zwar soll das Netz statt wie ursprünglich geplant nicht 2005, sondern erst 2009 in Betrieb gehen, doch sind die Gesamtkosten um 55 Prozent gesunken. Entscheidend sei, so das Innenministerium, das zweite Ausleseverfahren vor allem durch das Thema "Kapitalbereitstellung" geprägt gewesen. Das teuerste Bieterkonsortium waren die erst im Oktober letzten Jahres gestarteten Firmen Nokia, T-Systems, Frequentis und Austo Control. Das Wiener Innenministerium sah beim dritten auf der Short-List stehenden Anbieter neben dem Preis vor allem die Frage nach dem Netzbetrieb nicht ausreichend geklärt: EADS Telecom ging trotz eigener hoher Erwartungen leer aus. Die EADS, die auch an Österreich den Eurofighter verkauft hat, wollte in Kompensation Subaufträge an Unternehmen der Alpenrepublik beim Aufbau des Funknetzes geben. Einer der Hauptlieferanten für EADS hätte Siemens sein sollen, in Österreich ein Unternehmen mit staatlicher Beteiligung. Die Bundesländer werden nun in zeitlicher von ihnen selbst geregelter Abfolge mit dem Aufbau des Tetra-Netzes beginnen. Dafür müssen die Länder Standorte suchen und kaufen. Sollten sie diese selbst bezahlen, würde die Benutzung für die "Blaulichtorganisationen" gratis erfolgen, so heißt es in Wien. Ob die Länder auch die Anschaffungskosten für die Endgeräte (700 bis 1.000 Euro) übernehmen, sei derzeit noch in Verhandlung. Wie Behörden Spiegel Online aus der Alpenrepublik erfuhr, wurde der Zuschlag in einer morgendlichen Sitzung von zwei Werktagen nach Ablauf der Nachfrist für die Abgabe der Bewerbungsunterlagen erteilt. Die drei Konsortien hatten jeweils etwa 200 Seiten eingereicht - "eine erstaunliche Geschwindigkeit, vorsichtig gesagt", so ein Insider. Die angebotenen Preise von EADS und des Gewinnerkonsortiums um Motorola hätten extrem nah beieinander gelegen, auch der Praxistest in Hall in Tirol habe gleichwertige Ergebnisse erbracht. Österreichischen Parlamentskreisen zufolge hatte die EADS denn auch eine Klage gegen die Vergabeentscheidung eingereicht, diese aber dann aus politischen Erwägungen wieder zurückgezogen. Pikant überdies: Österreichs Nachbarn Tschechien und die Schweiz haben sich für Tetrapol entschieden.

Zusammen mit der Schweiz führt Österreich aber 2008 die nächste Fußball-EM durch. Ärgerlich für EADS: auch Polen hat sich für Tetra gegen Tetrapol entschieden. Mehr dazu und zu den möglichen Lehren für Deutschland im nächsten Behörden Spiegel, August-Ausgabe, zumal das "Preiswertangebot" in Österreich eine Hilfe für die weitaus größere Ausschreibung in Deutschland sein soll.

[www.bmi.gv.at](http://www.bmi.gv.at) +++

+++ "Wir haben daher mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Sicherheitskräfte zur Fußball-WM 2006 aller Voraussicht nach nicht mit modernen digitalen Funkgeräten (wie etwa Tetrapol) ausgestattet werden können", so Arne Schönbohm von der EADS Telecom. Schönbohm verweist dabei auf das griechische Beispiel, das im auffälligen Kontrast zur deutschen Situation stehe. Dort habe man für die Olympischen Spiele in Athen mit Unterstützung aus sieben Ländern und einer eigens gegründeten Sicherheitsabteilung sowie der Polizeieinheit "Olympic Games Security Devision" ein interessantes Konzept entwickelt und vor allem einen Sicherheitsetat von 650 Mio. Euro zur Verfügung. Damit würden nicht nur automatische Fahrzeuglokalisierungen und Zugangskontrollen bezahlt, sondern eben auch eine zeitgerechte Einführung des digitalen Bündelfunks für dieses Sport-Event. Voraussichtlich erst Anfang 2006 könne dann eine Auftragsvergabe erfolgen. "10 Jahre von der Idee bis zur Auftragsvergabe - zum Vergleich: dies ist der Zeitraum, den die Amerikaner gebraucht haben, um den ersten Menschen auf den Mond zu bringen - von der Idee bis zur Landung", so Schönbohm weiter. Des Weiteren plädiert er für einen durchgängigen "Systemverbund für Innere und Äußere Sicherheit", der sich letztlich idealiter auf Bundesebene in einem "nationalen Sicherheitszentrum" gebündelt wieder finden sollte. Hierüber könnten dann beim "Homeland Security-Fall"

ggf. nicht nur Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz, sondern auch beteiligte Einheiten der Bundeswehr gesteuert werden. [www.eads-telecom.de](http://www.eads-telecom.de)

+++

+++ Die bevorstehende Ausschreibung zum digitalen BOS-Funk wird eine Gratwanderung zwischen Gleichbehandlung und Transparenz, schreibt der Behörden Spiegel in seiner Juli-Ausgabe, und weist auf die Problematik hin, dass durch die beiden Tetra-Piloten in Berlin/Brandenburg und Aachen mit einem bzw. mehreren Anbietern der Tetra 25-Technologie bereits Vorabsprachen, Tests und gemeinsame Entwicklungen durchgeführt wurden. Um die Gleichbehandlung der Bewerberkonsortien zu erreichen, müssten dem Transparenzgebot folgend alle bisher stattgefundenen gemeinsamen Entwicklungen, Absprachen und Tests in den Ausschreibungsunterlagen selbst detailliert dokumentiert werden. Nur durch eine solche Transparenz im Rahmen der Ausschreibung sei die Gleichbehandlung der Bewerber zu gewährleisten.

Ein zu erwartender Vergabe-Drahtseilakt. Der Behörden Spiegel beschäftigt sich in diesem Artikel darüber hinaus auch noch mit den Beratern, die derzeit für die Vorbereitung der BOS-Ausschreibung tätig sind. Behörden Spiegel-Juli Seite 10. +++

+++ Bundesinnenminister Otto Schily hält es trotz eigener gegenteiliger Aussagen doch noch für möglich, dass zumindest in Nordrhein-Westfalen der BOS-Digitalfunk zur Fußball-WM 2006 in größerem Maßstab zum Einsatz kommt. So Schily auf einer Pressekonferenz in Berlin. Der Tetra-Pilotversuch im Raum Aachen sei sehr erfolgreich gewesen, die Geräte würden selbstverständlich weiter benutzt. "Inwieweit sich dieser Raum noch ausdehnen lässt", sei Sache seines Düsseldorfer Innenministerkollegen Fritz Behrens. Natürlich sei dafür Voraussetzung, die Kompatibilität des Digitalfunks herzustellen. Wichtigstes Ziel bei der Einführung der neuen Technologie sei, "zusammen zu bleiben", so

Schily, unbedingt zu verhindern sei ein "Patchworksystem" mit unterschiedlichen Standards in Deutschland:

"Nicht einmal Tetra, einmal Tetrapol und dann womöglich noch ein Angebot eines bestehenden Netzes", also des BOS-GSM-Standards. Schily äußerte sich allerdings zuversichtlich, "dass wir auch mit dem Analogfunk die Sicherheitsaufgaben ordnungsgemäß erfüllen werden können". Der Minister lobte NRW, das ihn bei der zügigen Einführung immer unterstützt habe, "aber es gibt eben andere Länder, die auf der Bremse stehen". Auch die Überlegung einer zweiteiligen Ausschreibung von Netz und Betrieb sei daran gescheitert, dass einige Länder sich den Betrieb nicht zugetraut hätten. Zur umstrittenen Finanzierung sagte der Minister, er sei "immer für eine faire Kostenteilung eingetreten". Die Verzögerung des Digitalfunks berge auch wirtschaftliche Nachteile, so Schily, "weil noch in den Analogfunk investiert werden muss".  
+++

#### E-CRIME

+++ Das Internet boomt. Ständig steigende Nutzerzahlen, Angebote und Informationen. Also auch eine ständig steigende Kriminalitätsrate. Kürzlich traf es drei Wettbüros, die ausschließlich Online-Geschäfte tätigten und zur Fußball EM eine lukrative Zeit vor sich sahen. Die drei Betreiber, unter anderem mybet.com erhielten nahezu zeitgleich eine erpresserische E-Mail, in der mit so genannten "Distributed-Denial-of-Service"-Attacks gedroht wurde, sofern man nicht umgehend eine Zahlung von 15.000 Dollar veranlasse. Diese Art von Angriffen basiert auf vorher in PC's rund um den Globus eingeschleusten Trojanern oder Viren, die auf Befehl eines Angreifers hin zeitgleich eine bestimmte Internetadresse anwählen und somit den Server wegen Überlastung lahm legen. Bei mybet.com hielt man die Forderung zunächst für einen Scherz, zumindest bis das Trojanernetz die Homepage 16 Stunden lang komplett lähmte. Einen wirksamen Schutz gibt es für diese Art von Angriffen nur in sehr beschränkter Form. Trojanernetze mit mehr als 50.000 infizierten Systemen sind aufgrund der produzierten Datenmenge, die schnell in den Terrabit-Bereich (= 130.000.000 Megabit) fallen kann, fähig, nahezu jeden Server zu überfordern.  
+++

+++ Einen international operierenden Geldkarten-Fälscherring hat die  
+++ Polizei  
im baden-württembergischen Offenburg nach umfangreichen Ermittlungen hinter Schloss und Riegel gebracht. Vier Personen, die durch Manipulationen an Geldautomaten Daten von Bankkunden ausspähten und per E-Mail oder SMS nach Osteuropa übermittelten, seien in den vergangenen Monaten bereits rechtskräftig verurteilt und aus Deutschland ausgewiesen worden. Vier Täter saßen in Untersuchungshaft, drei seien im elsässischen Colmar festgenommen worden. Zwei weitere Männer würden noch mit Haftbefehl gesucht. Die Täter hatten auf dem Karten-Einsteckschlitz der Geldautomaten von Banken ein Lesegerät angebracht, das die Daten der Scheckkarten kopierte. Zusätzlich filmte eine Minikamera die Eingabe der PIN-Nummern. Die so ausspionierten Daten wurden auf Blanko-Karten überspielt. Die meisten deutschen Kartenbesitzer hätten den Betrug erst bemerkt, als ihre Konten von Geldautomaten in Rumänien aus bereits abgeräumt worden seien, hieß es. Seit Spätherbst 2003 seien 21 Geschädigte um insgesamt 15.000 Euro betrogen worden.  
+++

#### TECHNOLOGIEN

+++ Auch Cisco Systems möchte Kommunen den Zugang zu städtischer LAN-

+++ und

W-LAN-Technologie erleichtern. Dazu wurde eine nach dem IEEE-Standard 802.11b/g zertifizierte "Wireless Mobile Interface Card" vorgestellt, die drahtlosen Zugang selbst von fahrenden PKWs aus ermöglichen soll. Besonders städtische Feuerwehren, Polizei-Einsatzwagen und nicht-private Rettungsdienste, sowie Stadtwerke und der öffentliche Nahverkehr sollen an dieser Karte, dem Router 3.200 Wireless bzw. dem Mobile Access Router des TK-Anbieters interessiert werden. [www.cisco.com](http://www.cisco.com) +++

+++ Die Stadt New York möchte mit einem Wireless Metropolitan Area  
+++ Network

(WNAN) künftig möglichst das ganze Stadtgebiet mit W-LAN-Services versorgen. Dazu hat die Stadtverwaltung ein Pilotprojekt aufgesetzt, bei dem sich Anbieterfirmen beteiligen sollen. In einem abgesicherten Bereich des Funknetzwerks könnten auch Polizei, Feuerwehr und andere städtische Dienste mobile Breitbanddienste nutzen, so die Planung. Anbieter wie IBM, EDS, Hewlett-Packard sowie Lockheed Martin, Northrop Grumman und Raytheon zeigten sich bereits interessiert. [www.nyc.gov/](http://www.nyc.gov/) +++

+++ In Berlin wird ein neues Informationssystem für die Polizei entwickelt. "POLIKS" (Polizeiliches Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung) soll ab Januar kommenden Jahres tägliche Arbeitsprozesse von rund 5.000 Berliner Polizisten unterstützen. Die nächste angepeilte Ausbaustufe sind 9.000 Arbeitsplätze bis 2007. Insgesamt gibt es ca. 26.000 Polizisten in der Bundeshauptstadt. Das auf rund 70 Mio. Euro Kosten veranschlagte System soll u.a. die Anzeigenaufnahme und Bearbeitung beschleunigen und vereinfachen sowie schnelleren Zugang zu internationalen Wissensdatenbanken verschaffen - vergleiche INPOL. Es verwendet u.a. die Microsoft-Produkte Windows Server 2003, Microsoft Operations Manager 2000/2005 (MOM) sowie Systems Management Server 2003. [www.berlin.de/polizei/](http://www.berlin.de/polizei/) ; [www.microsoft.de](http://www.microsoft.de) +++

## LEUTE

+++ Es liegt jetzt an den Niederlanden, die am 1. Juli die  
+++ Präsidentschaft  
in der EU übernehmen, die Nachfolge von Europol-Chef Jürgen Storbeck zu regeln, die sich wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich, Italien und Deutschland hinauszögern. Die Regierung in Den Haag kündigte an, sich wegen der verstärkten Bedeutung, die Interpol im Kampf gegen den Terrorismus erhalten soll, um eine schnelle Lösung zu bemühen. Paris möchte Jacques Franquet, den Direktor für technische internationale Zusammenarbeit der französischen Polizei auf diesem Posten sehen. Rom wünscht sich Emanuele Marotta, Dirigente Superiore der Staatspolizei und Berlin möchte, dass Jürgen Storbeck das Amt fortführt. Übergangsweise werden die Amtsgeschäfte derzeit von seinem spanischen Stellvertreter Mariano Simancas geführt. In den Haag wird nicht ausgeschlossen dass eines der neuen Mitgliedsländer den neuen Europol-Direktor stellen wird. Er ist einstimmig durch den Rat der Innen- und Justizminister zu bestimmen. Dessen nächste Sitzung ist auf den 19. Juli angesetzt. [www.europol.net](http://www.europol.net) +++

## SZENE

+++Zu Beginn des Jahres 2005 werden die Beamten Nordrhein-Westfalens mit einer neuen Dienstwaffe ausgestattet. Ziel ist es im kommenden Jahr 10.000 bis 15.000 Dienstwaffen an die Beamten zu verteilen. Die Ausschreibung für die neue Dienstwaffe ist angelaufen und sieht vor, dass die Pistole über ein

"Double Action Only" System verfügen muss, dass ein gleichmäßiges Abzugsgewicht bei jedem Schuss vorsieht. Des Weiteren ist die einfache Zerlegbarkeit und vereinfachtes Inventarmanagement Voraussetzung für die neue Dienstwaffe. Bisher im Einsatz ist die Sig-Sauer P6 (9 mm). Gute Aussichten auf eine Beschaffung hat nach Ansicht von Technik-Experten die Heckler & Koch. Nach Angaben des Innenministeriums sind derzeit noch drei Waffentypen im Schuss- und Tragetest. Eine Entscheidung wird zum 1. September bekannt gegeben. Probleme gab es in der Vergangenheit mit der im Einsatz befindlichen Waffe, die - bis seriell der Sicherungsmechanismus verändert wurde - beim Hinfallen einen Schuss freigeben konnte.

[www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de) +++

+++ Die deutschen Polizeien können künftig auf eine interoperable Kommunikationsplattform, das System EPOST810, zurückgreifen, um sichere interne Kommunikation zu gewährleisten. Es ersetzt die ländereigenen Insellösungen, etwa das nordrhein-westfälische X-400, welche zuvor umständlich und kosteneffizient durch das BKA kompatibel zu machen war. In den nächsten Monaten soll das System, dass in Brandenburg erfolgreich getestet wurde, in den bundesweiten Betrieb genommen werden. Neben der erhöhten Interoperabilität und der Sicherheitsoptimierung verspricht man sich eine Kostenersparnis von bundesweit etwa einer Mrd. Euro durch das webbasierende Kommunikationsprogramm. +++

+++Die von Bundesinnenminister Otto Schily in dieser Legislaturperiode geplante Umbenennung des BGS in "Bundespolizei" sei laut Staatssekretär Lutz Diwell eher ein Nebenaspekt, da der BGS schon jetzt "die Polizei des Bundes genannt werde". Man müsse versuchen "das irgendwo mit Unterzubringen". Der BGS stehe nicht vor einer erneuten Umstrukturierung und es sei auch nicht eine Einbeziehung des BKA in eine gemeinsame Organisation geplant. Dies stehe nicht auf der politischen Agenda, so Diwell in der so eben erschienenen Juli-Ausgabe des Behörden Spiegel. +++

+++ Zufrieden mit der Resonanz auf das Angebot der  
+++ nordrhein-westfälischen  
Polizei, Strafanzeigen online zu erstatten, zeigt sich Innenminister Fritz Behrens. Umfragen hätten gezeigt, dass jede dritte Online-Anzeige ohne Hilfe des Internets nicht gestellt worden wäre. Insgesamt seien seit der landesweiten Freischaltung Mitte März 3.346 Straftaten online angezeigt sowie 863 allgemeine E-Mail-Anfragen gestellt worden. "Durch dieses für die Bürger sehr bequeme und schnelle Verfahren erfährt die Polizei von mehr Straftaten - mit steigender Tendenz", so Behrens, die Zahlen in der Kriminalstatistik erhöhen sich dadurch. Die befürchteten technischen Fehler seien bislang ausgeblieben: "Das System funktioniert gut. Individuelle Bedienfehler sind natürlich nie zu vermeiden. Im Zweifel sollte telefonisch Kontakt mit der Polizei aufgenommen werden", erklärte Behrens. Es sei insbesondere wichtig, die Online-Anzeige genau auszufüllen und telefonisch erreichbar zu sein, so der Minister. [www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de) +++

## SOFTWARE

+++Der mobile Bruder der Ordnungswidrigkeiten-Software "SC-OWI" erfreut  
+++sich  
zunehmender Beliebtheit. Das "SC-Mobil" genannte Produkt weist einen neuen Weg in der Erfassung mit dem Handcomputer auf. Angefangen hat alles mit den Klagen kommunaler Kunden. Sie berichteten immer wieder, dass sie mit ihrer mobilen Erfassung nicht zufrieden sind. In Zusammenarbeit mit dem ebenfalls praxiserfahrenen und kompetenten Partner Peter Höhr Verkehrsmesstechnik GmbH

entwickelte die Softcon IT-Service GmbH eine Software für eine breite Palette an mobilen Endgeräten, die auf einer Windows CE.NET Plattform basieren. Die Software ist unabhängig vom eingesetzten Ordnungswidrigkeitenverfahren und besitzt eine offene Schnittstelle, die im Rahmen des Customizing einfach angepasst werden kann. Das Besondere an diesem Produkt ist die intelligente "Selbstlernfähigkeit", die Eingabevorschläge aus dem Erfahrungsschatz früher erfasster Daten bzw. Tatbeständen anbietet. So werden z. B. bei Tatorten mit Parkuhr nach kurzer Lernzeit als Vorschlag nur noch Tatbestandsnummern angeboten, die Parkverstöße an Parkuhren zum Gegenstand haben. Diese Vereinfachung überträgt sich übrigens im Amt dank moderner Servertechnik auf alle Geräte und fördert somit das "kollektive Lernen". [www.softcon.de](http://www.softcon.de) +++

#### AUSSCHREIBUNG

+++Die Zentralen Polizeitechnischen Dienste Nordrhein-Westfalen beabsichtigen, die folgende Leistungen auf der Basis der Vertragsbedingungen des Landes NRW zu vergeben. Lieferung von Hemden und Blusen, EU-weite Ausschreibung - offenes Verfahren, Lieferung von insgesamt 52.000 Hemden und Blusen sowie Abschluss Sukzessivliefervertrag, Anforderungsfrist: 09.08.2004, Angebotsfrist: 09.08.2004, Zuschlagsfrist: 03.09.2004. [www.zpd.nrw.de](http://www.zpd.nrw.de) +++

+++ Die norddeutschen Bundesländer Niedersachsen, Freie und Hansestadt Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern sowie Freie Hansestadt Bremen haben jetzt ein Verwaltungsabkommen über die Kooperation bei der Beschaffung von Dienstkleidung für die Polizei unterzeichnet. "Wir erwarten für alle Länder einen nachhaltigen Spareffekt. Darüber hinaus wird unser Logistikzentrum in Hann. Münden gestärkt", so Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann. Die Kooperation soll so vollzogen werden, dass die beteiligten Länder jeweils ihre eigene Organisation für den Einkauf, die Lagerung und Verteilung der Dienstkleidung für den Polizeivollzugsdienst auflösen und diese Aufgabe dem Logistik Zentrum Niedersachsen (LZN) übertragen. Das LZN, als Landesbetrieb organisiert, beschafft für die übrigen Länder die Dienstkleidungsstücke und versendet sie an die bestellenden Polizeivollzugsbeamten wie ein Versandhaus. Die norddeutschen Bundesländer hatten bereits seit dem Jahre 2001 versucht, eine solche Kooperation herzustellen. Aufgrund wettbewerbsrechtlicher Probleme verzögerte sich das weitere Verfahren. Erst im Februar 2004 erteilte das Bundeskartellamt vor dem Hintergrund des ab Mai 2004 geltenden neuen EU-Rechts eine entsprechende Duldungserklärung. Beschaffung ist ein zentrales Thema des Europäischen Polizeikongresses. [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

#### VERANSTALTUNGEN

+++ 03.11.2004: "Bundeskongress NKF", 04.11.2004: "e-nrw - E-Government unter Nutzung von Standards. Fachlösungen aus der Praxis in NRW", Düsseldorf, Rheinterrassen; [www.neues-kommunales-finanzmanagement.de/](http://www.neues-kommunales-finanzmanagement.de/), [www.e-nrw.info](http://www.e-nrw.info) +++

+++22.-24.11.2004: "3rd Congress On European Defence - Dritte Berliner Sicherheitskonferenz"; [www.european-defence.com/](http://www.european-defence.com/) +++

+++ 23.-24.02.2005: 8. Europäischer Polizeikongress: "Innere Sicherheit  
+++ im  
Europa der 25", Berlin; [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

+++ 31.05.-01.06.2005: Effizienter Staat - 8. Deutscher Verwaltungskongress:  
TRANSFORMATION - Staat und Gesellschaft, Berlin; [www.effizienter-staat.de](http://www.effizienter-staat.de)  
+++

#### HINWEISE

##### Polizei-Newsletter

Der Polizei-Newsletter, der monatliche, hochkonzentrierte Newsflash von Deutschlands ältester und größter unabhängiger Zeitung für Behörden. Für Behörden Spiegel-Abonnenten (Print-Ausgabe) und Teilnehmer des Europäischen Polizeikongresses ist Polizei-Newsletter kostenlos.  
[Hinweis: Da zahlreiche unserer Empfänger (Sicherheits-) Schwierigkeiten mit dem Empfang von Anhängen und formatierten Mails haben, publizieren wir diesen Newsletter in unformatierter Form.]

? Haben Sie diesen Newsletter weitergeleitet bekommen und möchten ihn regelmäßig beziehen? Bitte Mail mit Ihrer E-Mail- sowie Ihrer vollständigen postalischen Adresse und dem Betreff "SUBSCRIBE Polizei-Newsletter" an [polizei@behoerderspiegel.de](mailto:polizei@behoerderspiegel.de)

? Sie möchten Behörden Spiegel (Print) und Newsletter beziehen: bitte Abonnement-Formular auf [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de) ausfüllen und senden.

? Sie möchten Informationen zum 8. Europäischen Polizeikongress im Februar 2005. Eine Programmvorschau und Anmelde-möglichkeit wird ab August unter [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) angeboten.

? Möchten Sie diesen Newsletter nicht weiter beziehen? Bitte Mail mit "UNSUBSCRIBE" POLIZEI-NEWSLETTER im Betreff an [polizei@behoerderspiegel.de](mailto:polizei@behoerderspiegel.de)

#### IMPRESSUM

Der Herausgeber von "Polizei-Newsletter" ist R. Uwe Proll, ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Am Buschhof 8, 53227 Bonn, Telefon: 0049-288-970970, Telefax: 0049-228-9709775, E-Mail: [polizei@behoerderspiegel.de](mailto:polizei@behoerderspiegel.de) . Registergericht: AG Bonn HRB 3815.  
UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Polizei-Newsletter". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches der Herausgeber liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.  
Verantwortlicher Redakteur, wo nicht anders gekennzeichnet: Stephan Brüss, Behörden Spiegel (Anschrift wie Verlag).

Behörden Spiegel Polizei-Online  
Der Polizei-Newsletter  
Ausgabe 5, 17. August 2004

Sie erhalten hiermit die fünfte Ausgabe des Polizei Newsletters des Behörden Spiegel exklusiv für Bezieher des Behörden Spiegel und Teilnehmer des Europäischen Polizeikongresses. Heute mit folgenden Themen:

1. LEUTE
2. BIOMETRIE
3. BESCHAFFUNG
4. E-CRIME
5. IN AKTION
6. SZENE
7. POLITIK
8. SICHERE OLYMPISCHE SPIELE - SCHWERPUNKTTHEMA (I - III)
9. FÜR SIE GELESEN
10. BOS-FUNK
11. VERANSTALTUNGEN
12. HINWEISE
13. IMPRESSUM

#### 1. LEUTE

+++ Seit dem 7. Juli hat das Land Baden-Württemberg einen neuen Innenminister. Der vorher als Politischer Staatssekretär tätige Heribert Rech übernahm das Amt von Dr. Thomas Schäuble. Das Amt des politischen Staatssekretärs bleibt bis auf weiteres unbesetzt. +++

+++ Auch nach dem Treffen der europäischen Innen- und Justizminister ist noch kein Nachfolger für Europol-Direktor Jürgen Storbeck gefunden. Man einigte sich zwar in Sachen grenzüberschreitende Kooperation, konnte sich aber nicht auf die Personalie einigen. Europol bleibt nun so lange führungslos, bis die Minister einen neuen Kandidaten nominieren. +++

+++ Prof. Dr. Jürgen Stock, der bisher die Abteilung Kriminalistisches Institut im BKA geleitet hat, wird künftig das Amt des zweiten Vizepräsidenten des BKA neben Präsident Jörg Ziercke und Vizepräsident Bernhard Falk bekleiden. Er tritt die Nachfolge des ehemaligen Vizepräsidenten Rudolf Atzbach an, der seit dem 1. Mai dieses Jahres Vizepräsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe ist, das wiederum einen noch unbesetzten Präsidentenposten hat. +++

#### 2. BIOMETRIE

+++ Der sechsmonatige Probetrieb am Frankfurter Flughafen zur "Automatisierten und Biometriegestützten Grenzkontrolle" wird durch Bundesinnenminister Otto Schily positiv bewertet und um ein Jahr verlängert, wodurch eine "weitere technische Verfeinerung" der Systeme in Bezug auf die nutzerspezifischen Eigenschaften erfolgen soll. Seit der Minister das System am 12. Februar 2004 in Betrieb genommen hatte, fanden sich mehr als 8.600 freiwillige Tester, die ihre biometrischen Daten für diesen Feldversuch zur Verfügung stellten. Mittlerweile wird das System etwa einhundertmal täglich genutzt, um in nicht dem Schengener Abkommen angehörige Staaten einzureisen. Weitere Informationen hierzu in der aktuellen Ausgabe des Behörden Spiegel und unter [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) +++

### 3. BESCHAFFUNG

+++ Das Land Hessen beschafft nach Informationen des Behörden Spiegel 40 Motorräder des japanischen Herstellers Yamaha (Typ FJR 1300). Die 144 PS starke Touring-Maschine kostet laut Liste 14.995 Euro. [www.yamaha-motor.de](http://www.yamaha-motor.de)  
+++

+++ Die EADS erhielt vergangenen Donnerstag einen Großauftrag aus Rumänien, der im Rahmen des Kanzlerbesuchs unterzeichnet wurde. Die rumänischen Grenzschrützer werden künftig von der EADS mit Überwachungssystemen (z. B. Infrarotkameras), einer Führungs- und Kontrollsoftware sowie einer Kommunikations- und IT-Infrastruktur ausgestattet. Darüber hinaus verantwortet die EADS die technische Integration der Systeme auf Plattformen wie Hubschraubern, Schiffen und Grenzkontrollfahrzeugen sowie die individuelle Ausrüstung der Grenzpolizisten. Kooperationspartner sind Siemens und rumänische Unternehmen. [www.eads-telecom.de](http://www.eads-telecom.de) +++

+++ Beim Bundesgrenzschutz fliegt die Hubschrauberstaffel künftig in blau. Neue und generalüberholte Helikopter werden jetzt generell in "kobaltblau" ausgeliefert. Betroffen sind vor allem die Eurocopter-Modelle EC 135 und EC 155 (leichte und mittlere Transporthubschrauber), die im Rahmen des Modernisierungsprozesses neu beschafft wurden. [www.bundesgrenzschutz.de](http://www.bundesgrenzschutz.de) +++

+++ 5er BMWs sind als Polizeieinsatzfahrzeuge eher selten. Nun überzeugt der bayerische Hersteller in seiner neuen 5er-Modellreihe mit durchdachten Details für den "Arbeitsplatz" Streifenwagen. Es findet sich beispielsweise in der Rücklehne des Rücksitzes eine Vorrichtung zur Lagerung von Maschinenpistolen, die elektromagnetisch verschlossen ist und sich vom Fahrersitz her öffnen lässt. Hervorzuheben ist außerdem die verschlüsselte Übertragung von Telefonaten, die der Bordcomputer codiert. Ein Ersatz für die Modelle T4 (VW Bus) und Transit (Ford-Transporter) sind sie wegen fehlender Sitz- und Tischfläche für die Aufnahme von Verkehrsunfällen dennoch nicht. [www.bmw.de](http://www.bmw.de)  
+++

### 4. E-CRIME

+++ Ein Mitglied des Chaos Computer Clubs (CCC) hat gravierende Sicherheitslücken im Online-Kundenverwaltungssystem der T-Com gefunden. Hans Enert, Sprecher des Bonner Unternehmens, sagte dazu, dass "nur etwa 120.000 der 250.000 online geführten personenbezogenen Daten betroffen" seien. Das Clubmitglied hatte sich über einfachste Handgriffe Zugriff auf die online hinterlegten und zu Verwaltungszwecken gedachten Kundendaten beschaffen und mit vollen Mitarbeiterrechten Korrekturen durchführen können. Dies sei so ungemein einfach gewesen, dass keine Hackerkenntnisse und Tools vonnöten gewesen seien, so der CCC. In zahlreichen Briefwechseln mit der Telekom schilderte der Hacker die Problemlage. Reaktion der Telekom: Er solle sich bedeckt halten, er habe sich schließlich illegal eingehackt und somit strafbar gemacht. +++

+++ In Hongkong ging kürzlich der bislang größte Prozess wegen Raubkopien von Ton- und Bildträgern zu Ende. Tsoi Chung-Wang und seine Ehefrau wurden zu jeweils sechseinhalb Jahren Haft verurteilt - das bislang härteste Urteil

gegen Filmpiraten. Seitens der Industrie wurde der Gerichtsentscheid als wegweisend begrüßt. Bei Chung-Wang waren insgesamt 22,4 Millionen (!) kopierte Bild- und Tonträger gefunden worden, er erwirtschaftete damit jährlich etwa 32 Millionen Euro. Dem Prozess gingen 6 Jahre Ermittlungen voraus. Der Absatz an legalen DVDs in Deutschland hat sich im vergangenen Halbjahr laut GfK um 38 % erhöht. +++

+++ Die Frankfurter Polizei die Staatsanwaltschaft haben Anfang August  
+++ einen  
Rechner an der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität vom Netz genommen, auf dem Raubkopien aktueller Filme gespeichert waren. Auf dem System war auch eine Kopie des gerade in den Kinos angelaufenen Films "I Robot" verfügbar. Insgesamt 200 Filme und Spiele waren auf dem Uni-Rechner gespeichert. Über eine Standleitung des Universitäts-Rechenzentrums war das Angebot ans Internet angebunden. Personen, die Zugang zu dem Rechner hatten, konnten noch nicht ausfindig gemacht werden. +++

## 5. IN AKTION

+++ Eine große Katastrophenschutzübung fand kürzlich in Köln statt. Simuliert wurde die Entgleisung eines ICE am Köln/Bonner Flughafen, in dessen Zufahrtstunnel. Mit Nebelmaschinen wurde starke Brand- und Rauchentwicklung in einem mit 300 Personen besetzten Zug dargestellt, um Feuerwehr und Polizei bis an ihre Belastbarkeitsgrenze zu führen. Die schwierigste Aufgabe, 30 verletzte Personen aus dem Zug zu bergen, wurde innerhalb der vorgegebenen Zeit erfüllt. Sprecher der Bahn und der Kölner Polizei zeigten sich zufrieden mit dem Einsatz. +++

+++ Die AKNZ (Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Katastrophenschutz) in Bad Neuenahr-Ahrweiler ließ 200 künftige Führungskräfte der Polizei eine Übung durchführen, in der die Koordination der BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) und die Ergreifung der richtigen Maßnahmen im Vordergrund standen. Die Übung, in der es eine große Zahl von "Verletzten" zu versorgen galt, sollte die Teilnehmer gezielt auf Schwachstellen in organisatorischen Abläufen aufmerksam machen. +++

+++ Im Zusammenhang mit einer polizeilichen Großaktion, in die 280 Bundesgrenzschützer involviert waren, wurden 21 Wohnungen durchsucht. Haftbefehle gegen 4 algerische und ägyptische Haupttäter wurden vollstreckt, die im Verdacht des Menschenschleusens stehen. Weitere 11 Personen wurden festgenommen und umfangreiches Beweismaterial beschlagnahmt. Gegen die Verdächtigen im Alter von 16 bis 56 Jahren wird schon seit August 2003 ermittelt. +++

## 6. SZENE

+++ Die Vorbereitungen laufen, zahlreiche VIPs und Hauptredner haben  
+++ ihre  
Teilnahme an der ältesten europäischen Polizeiveranstaltung, dem Europäischen Polizeikongress, bereits zugesagt. Eine persönliche Einladung geht jedem Teilnehmer der vorherigen zwei Kongresse noch in diesem Monat zu. Themenvorschläge und Firmen, die sich beteiligen möchten, wenden sich per Mail: [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de) +++

+++ Auf eine Initiative der Behörden Spiegel-Gruppe mit Unterstützung

+++ von

IBM Deutschland und Siebel Systems hin findet ein "Führungskräfte Forum Sicherheit" zu den Themen "Multimediale Erkenntnisdateien, Moderne Zentralregister und Analyse von Massendaten" statt, und zwar am 20. September 2004 in der Landesvertretung Brandenburg in Berlin. Die letzte Innenministerkonferenz (IMK) in Kiel beschloss den Aufbau eines Lage- und Analysezentrams sowie einer zentralen Erkenntnisdatei. Das Forum soll zur Meinungsbildung beitragen, welche Ansätze zu solchen zentralen Dateien und ihrer Nutzung auf nationaler Ebene und insbesondere auch auf internationaler Ebene bestehen und was daraus gelernt werden kann. Für alle Beteiligten, die die Entscheidung bei Bund und Ländern vorbereiten, aber auch für politische Entscheidungsträger sowie spätere Nutzer einer solchen Datei, werden im Rahmen dieser Initiativveranstaltung interessante Informationen in komprimierter Form gegeben. Eine Question&Answers-Runde findet ebenfalls unter Beteiligung aller Teilnehmer statt. Das eintägige Forum (Seminar) ist für Angehörige des Öffentlichen Dienstes kostenfrei. Berücksichtigt werden nur Anmeldungen aus den Bereichen Innenverwaltungen von Bund und Ländern, Polizei und den weiteren Bereichen der öffentlichen Sicherheit. Besonders sind neben den Diensten auch die Kriminal- und Verfassungsschutzämter der Länder und des Bundes eingeladen. Heiner Wegesin, Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Brandenburg, wird die neuen Ansätze zur multimedialen Erkenntnisdatei und Lagebewertungen vortragen. Die grenzüberschreitenden Sicherheitsarchitekturen und Schnittstellen im Immigrations- und Visa-Bereich werden von Andreas Pohler, Homeland Security Competence Center IBM, dargelegt. Angefragt sind Vertreter des Canada Immigration Service (CIS) und der Führerscheinbehörde in England (DVLA UK). Das vorläufige Programm finden Sie auch auf unserer Homepage, wo Sie sich auch bereits jetzt einen Platz in diesem Führungskräfteforum reservieren können.  
[www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de) +++

+++ Ende September wird die Bundesdruckerei 125 Jahre alt. Einst als Reichsdruckerei 1879 in Berlin gegründet, hat sich das Unternehmen von einer staatlichen Wertdruckerei zu einem Anbieter hochmoderner Sicherheitslösungen entwickelt. Jährlich produziert das im Jahr 2000 privatisierte Unternehmen 460 Mio. Geldscheine; 2,4 Mrd. Briefmarken; 7,2 Mio. Personalausweise; 5,5 Mio. Reisepässe; 3,1 Mio. EU-Kartenführerscheine; 90 Mio. Steuerzeichen und Dienstausweise. In den Mittelpunkt sind digitale Informationsträger und Lösungen mit biometrischen Merkmalen gerückt. In Zusammenarbeit mit der Bundesdruckerei veröffentlicht der Behörden Spiegel in seiner Oktober-Ausgabe (Redaktionsschluss 18.09.) einen Sonderteil zum Jubiläum mit einem Rückblick, aber auch einer Darstellung der digitalen Zukunft der Sicherheitsprodukte: Banknoten und Ausweise mit RFID-Chip... Firmen, die sich beteiligen möchten, und auch Themenvorschläge per Mail an [verlag@behoerderspiegel.de](mailto:verlag@behoerderspiegel.de) +++

+++ Vom 25. bis 26. August 2004 führt die Deutsche Gesellschaft für Kriminalistik e.V. (DGfK) ihre erste Jahrestagung durch. Tagungsort wird die Polizei-Führungsakademie in Münster sein. Im Mittelpunkt der Tagung werden aktuelle Probleme im Zusammenhang mit der Thematik Todesermittlungen stehen. Neben der kriminalistischen Sichtweise sollen in diese Diskussionen auch juristische und gerichtsmedizinische Perspektiven einfließen. Zudem werden sich die Teilnehmer mit aktuellen Aspekten der Telekommunikationsüberwachung, der Ermittlung von Branddelikten und des kriminalistischen Denkens befassen. Als Referenten konnten Wissenschaftler, Praktiker aus Polizeibehörden, Richter und Hochschullehrer gewonnen werden. Die vor einem Jahr gegründete Gesellschaft ist unabhängig und fühlt sich der fachlichen Entwicklung und Förderung der Kriminalistik als Wissenschaftsdisziplin verpflichtet. Die DGfK wendet sich mit ihren

Aktivitäten nicht nur an Angehörige der Strafverfolgungsbehörden. Sie steht auch all jenen offen, die sich mit angewandter Kriminalistik befassen, in der kriminalistischen Aus- und Weiterbildung sowie kriminalistischer Forschung tätig sind. Am Rande der Jahrestagung findet die Mitgliederversammlung der DGfK statt. Weiterführende Informationen über die Gesellschaft, das Programm der Jahrestagung und Anmeldeformulare erhalten Interessenten auf der Homepage der DGfK unter [www.kriminalistik.info](http://www.kriminalistik.info). +++

## 7. POLITIK

+++ Das Koblenzer Oberverwaltungsgericht hat entschieden, dass  
+++ Polizisten  
keinen schulterlangen Pferdeschwanz tragen dürfen - es stoße bei weiten Teilen der Bevölkerung auf geringe Akzeptanz und sei deswegen zu unterlassen. Für einige Beamte steht nun also ein Besuch beim Friseur an.  
+++

+++ "Es ist zu wünschen und auch zu hoffen, dass das Gesetz noch vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 verabschiedet wird", so Norbert Reckers, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup. Das Gesetzgebungsverfahren über die Einrichtung der künftigen "Deutschen Hochschule der Polizei" soll auf Wunsch der Innenministerkonferenz eingeleitet werden. Die neue Institution soll den für Hochschulen international üblichen Ansprüchen genügen. "Dies ist nicht nur im Hinblick auf Aufgabe und Qualifikation des Führungsnachwuchses notwendig", so Reckers, "sondern steht auch für den Stellenwert der gesamten Polizei in der Gesellschaft". Spätestens zum Wintersemester 2007, parallel zum allgemeinen Hochschulkalender, soll die Hochschule ihren Betrieb aufnehmen. Wichtige Neuerungen sind auch, dass die DPolH ihre Stellen wird frei ausschreiben können, und nicht mehr Personal aus den Innenministerien abgeordnet wird. Das Projekt soll kostenneutral sein, wie die konkrete Ausgestaltung aussehen werde, sei noch unklar, so Norbert Reckers. Mehr dazu in der September-Ausgabe des Behörden Spiegel.  
+++

## 8.I. SICHERHEIT FÜR OLYMPIA: INFORMATIOSTECHNOLOGIE

+++ Regierung und Polizei der hellenischen Republik haben alles getan,  
+++ um  
die Kritik an sicherheitstechnischen Verspätungen und Unzulänglichkeiten bei der Vorbereitung der Olympischen Spiele zu widerlegen. Vom 1. Juli bis 10. August fand die Abnahme der Sicherheitseinrichtungen statt. Eleftherios Ikonomou, Sprecher von Sicherheitsminister Voulgarakis im Gespräch mit dem Behörden Spiegel in Athen: "Nach Installation der Kontrolltechnik für die einzelnen olympischen Einrichtungen hat man diese formell übergeben. Sie werden mit den dafür vorgesehenen Geräten "gescannt", und zwar durch besonders dafür geschulte Experten, die an der weiteren Nutzung und Wartung beteiligt sein werden. Wenn wir uns sicher sind, dass alles in Ordnung ist, wird die Anlage "locked down", d.h. versiegelt und von uns übernommen. Danach liegt die Verantwortung bei uns und unserem Personal." +++

+++ Während kritische Stimmen, u.a. Amnesty International, mehr und mehr  
+++ den  
größten elektronischen "Überwachungsapparat" brandmarken, der je für Olympische Spiele eingerichtet wurde, denkt die griechische Polizei bereits an

die Zeit nach Olympia: "Nach den Spielen werden wir über eine fortschrittliche Infrastruktur verfügen, die in vielerlei Hinsicht der anderer europäischer Polizeiorganisationen überlegen sein wird", heißt es in einer Mitteilung des griechischen Ministeriums für Öffentliche Ordnung. Von besonderer Bedeutung sei das dem modernsten Stand der Technik entsprechende Kommunikationssystem TETRA. "Wenn Olympia vorbei ist, wird unser Land eine erfahrene und gut trainierte Polizei einsetzen können, die mit der modernsten Technik und Informationstechnologie ausgestattet ist", sieht Sicherheitsminister Voulgarakis in die Zukunft. +++

+++ Auf griechischen Flughäfen ist es bislang nicht zu biometrischen Personenkontrollen gekommen. Die sozialistische Vorgängerin der jetzigen konservativen Regierung von Konstantin Karamanlis unter Costas Simitis hatte ein solches Vorgehen in einem Pilotversuch testen wollen. Das griechische Amt für Datenschutz hatte dies jedoch mit Hinweis auf den Persönlichkeitsschutz verhindert, auch in den Fällen, in denen die Betroffenen zustimmten. Allerdings wird das "Deutsche Haus", in dem das deutsche Nationale Olympische Komitee in Athen seinen Sitz hat, u.a. biometrisch gesichert. 4.500 Personen sind davon betroffen. Lieferant der Technologie ist die NEC Deutschland GmbH. +++

+++ Die Olympischen Spielen in Athen sind die mit dem bisher  
+++ umfangreichsten  
und modernsten elektronischen Sicherheitssystem. Noch überwiegt bei Beobachtern die Skepsis, ob das System in der gewünschten Weise funktionieren wird. Zwischen der griechischen Regierung und dem Lieferanten der IT für die Sicherheits-Infrastruktur SAIC (s.u.) gab es einen langen und quälenden Disput, welches Profil dieses System, das Athen für 325 Mio. Dollar bereits eingekauft hatte, letztendlich haben sollte. Es hatte bereits im Mai einsatzbereit sein sollen. Damit das System überhaupt zum Einsatz kommt, einigte man sich erst am 16. Juli auf eine abgespeckte Version ("Ein Chevrolet statt des versprochenen Cadillac", wie in der amerikanischen Presse kommentiert wurde) und beeilte sich zu versichern, dass dies keine Absenkung des Sicherheitslevels bedeute. Die griechische Tageszeitung Ta Nea, die der Opposition nahe steht, meldete Anfang August, dass das elektronische Sicherheitssystem C4I, das von dem SAIC-Konsortium eingesetzt wird (s.u.) noch nicht offiziell abgenommen worden sei und auch während der Spiele nur zur Hälfte funktionieren werde. +++

+++ Das in San Diego beheimatete Unternehmen SAIC (Science Applications International Corporation) erhielt von der griechischen Regierung den Auftrag, die IT-Komponenten für die Sicherheitsinfrastruktur zu liefern. Damit ausgestattet sind die verschiedenen olympischen Lokalitäten sowie die Sicherheitskommandozentralen, von denen aus das olympische Geschehen verfolgt wird. SAIC hatte die Winterspiele in Salt Lake City mit einem ähnlichen System ausgestattet und ist das größte mitarbeitereigene Forschungs- und Technologieunternehmen der USA. Es bietet IT-Lösungen und -Systeme für private Firmen, öffentliche Einrichtungen und Versorgungsunternehmen an. SAIC rangiert auf Platz 289 der Fortune 500-Liste der stärksten amerikanischen Unternehmen. David Tubbs, SAIC-Vizepräsident und Verantwortlicher für Olympia, war Chef des Utah Olympic Public Safety Command (Olympia-Kommandostelle für Öffentliche Sicherheit des US-Staates Utah) während der Winterspiele in Salt Lake City. Zuvor arbeitete er 24 Jahre beim FBI, u.a. Mitte der 90er Jahre als Direktor für Terrorismusbekämpfung. +++

+++ Für die Olympischen Spiele hat sich SAIC mit mehreren international bedeutsamen Unternehmen der Branche zu einem Konsortium zusammengetan:

Siemens als wichtigster Partner, Nokia, AMS, E Team sowie den griechischen Firmen ALTEC, DIEKAT und Pouliadis-PC Systems. Das SAIC-Konsortium entwickelte für die griechische Regierung und ihre Sicherheitskräfte das System C4 I (Command, Control, Communications, Computer and Intelligence), das in der Lage ist, per Internet und über Telcos stattfindende Telekommunikation zu "filtern", d.h. Hinweise, "Reizworte", Namen usw. festzuhalten sowie Informationen zu sortieren, zu analysieren, zusammenzuführen, auszugliedern und weiterzugeben, um zentral und dezentral schnell reagieren zu können. Das System setzt sich aus 30 Subsystemen zusammen. Die zugehörigen Infrarot- und hochauflösenden Sicherheitskameras befinden sich an zentralen Stellen in und um Athen, auf 4.000 Fahrzeugen, 12 Patrouillenbooten, drei Hubschraubern und einem Zeppelin über der Stadt. Bei der Beobachtung und Lenkung des Verkehrs bringt Siemens u.a. sein Verkehrsmanagementsystem zum Einsatz. +++

+++ Vier TETRA-Funkgeräte seien den griechischen Sicherheitskräften gestohlen worden, meldete die griechische Tageszeitung Eleftherotypia am 11. August. TETRA (Terrestrial Trunked Radio) ist als Teil des C4 I-Systems das einheitliche Funksystem der griechischen Sicherheitsbehörden. 30.000 TETRA-Handgeräte befinden sich in Griechenland im Einsatz. +++

## 8.II. SICHERHEIT FÜR OLYMPIA: AUSLÄNDISCHE UNTERSTÜTZUNG

+++ "Griechenland hat alles Menschenmögliche getan, um für die Olympischen Spiele ein sicheres Umfeld zu schaffen", erklärte der niederländische Justizminister nach dem von ihm geleiteten jüngsten Treffen der EU-Innen- und Justizminister in Brüssel. Der griechische Justizminister Anastassis Papaligouras hatte über die Vorbereitungen seines Landes zu dem internationalen Sportereignis berichtet. Er informierte seine EU-Kollegen über Gesetzesänderungen in Griechenland, insbesondere die Einführung des europäischen Haftbefehls. Die europäische Rechtskultur verlange einen intensiven Informationsaustausch. Dabei sei sorgfältig zwischen gerichtlicher (judicial) und polizeilicher Information zu unterscheiden. Der gleichfalls anwesende Minister für Öffentliche Ordnung, Giorgios Voulgarakis, teilte mit, dass die griechischen Behörden es nicht für notwendig ansähen, den Schengen-Vertrag anlässlich der bevorstehenden Spiele außer Kraft zu setzen. +++

+++ Nur Weniges ist Eleftherios Ikonou, Sprecher des Ministeriums für Öffentliche Ordnung, zu entlocken, was das Auftreten ausländischer Sicherheitsbeamter betrifft: "An den Olympischen Spielen werden sich 202 Länder beteiligen. Jedes von ihnen hat seine Sicherheitsvorstellungen. Und natürlich wollen alle helfen, dass wir eine ungestörte Olympiade erleben." Wie das im Einzelnen aussieht, war immer wieder Gegenstand zäher Verhandlungen. Beobachter der Szene ahnten bereits, worum es ging, als sich der amerikanische Botschafter in Griechenland, Thomas Miller, am 7. Juli in Hania auf der Insel Kreta zu Wort meldete. Er betonte, dass die griechische und die amerikanische Regierung in der Sicherheitsfrage ausgezeichnet zusammengearbeiteten und Griechenland alle notwendigen Schritte unternommen habe. Er sagte es nicht öffentlich: Aber gemeint war die Möglichkeit für amerikanische Soldaten, auf der Insel sein zu dürfen, wenn dort die 200 Spitzensportler der USA für die bevorstehenden Wettkämpfe trainieren. +++

+++ In Athen wird vor allem befürchtet, dass verdeckt oder offen auftretendes amerikanisches Sicherheitspersonal bei kleineren Zwischenfällen wie Straßenprotesten, anarchistischen Molotow-Cocktails oder Motorrädern auf

Bürgersteigen, die Staus ausweichen, unverhältnismäßig heftig reagiert. Die kalifornische Tageszeitung "Sign On San Diego" berichtet, dass der amerikanische Fernsehsender NBC seinen Mitarbeitern, die während der Spiele vor Ort im Einsatz sind, rät, keine Schuhe oder T-Shirts mit Symbolen oder Logos zu tragen, die sie als US-Bürger ausweisen. Einige amerikanische Zeitungen hätten für ihre Olympia-Reporter Lebensversicherungen unterzeichnet und ihnen Gasmasken mit auf den Weg gegeben. +++

+++ "Achten Sie auf Olympia-Besucher, die Ski-Masken tragen oder  
+++ besonders  
stark schwitzen, weil sie möglicherweise unter ihren auffällig großen Mänteln Explosivmaterial an ihrem Körper befestigt haben könnten!" Auch sei es klug während des Flugs auf Mitreisende zu achten, die sich besonders lang in der Bordtoilette aufhielten. Solche und ähnliche Ratschläge erhalten Bürger Südkoreas, die sich auf den Weg nach Athen begeben, von ihrem staatlichen Nachrichtendienst. Die gut gemeinten Hinweise enthält eine von diesem herausgegebene Broschüre mit dem Titel "Was Sie über Terroranschläge wissen müssen - Die Olympischen Spiele in Athen 2004: Jubel, Ruhm und Sicherheit". "Tipps für Reisende zu den Olympischen Spielen 2004 in Athen" bietet die Deutsche Botschaft in Athen auf ihrer Website an:  
[www.athen.diplo.de](http://www.athen.diplo.de) +++

+++ "Nur derzeitige und frühere Staatsoberhäupter, die zu den  
+++ Olympischen  
Spielen nach Griechenland reisen, dürfen dies mit eigener bewaffneter Begleitung tun", erklärte der griechische Minister für Öffentliche Ordnung, Giorgios Vulgarakis, am 22. Juli vor dem Ausschuss für institutionelle Fragen und Transparenz des griechischen Parlaments. Athleten und ihre Teams hätten durchaus ihre Sicherheitsbegleitung. Diese sei jedoch unbewaffnet. Kategorisch verneinte er die Präsenz ausländischer Streitkräfte: "Es wird keine fremden Soldaten auf griechischem Boden geben. Weder amerikanische, französische, portugiesische noch irgendwelche Scharfschützen auf den Dächern." Im übrigen würden Vertreter der griechischen Datenschutzbehörde im Einsatzzentrum des elektronischen Überwachungssystems für die Spiele anwesend sein. +++

+++ Die Londoner Tageszeitung Times spricht in einer Reportage über die Olympischen Spiele von einer "informellen Vereinbarung" mit den griechischen Behörden, dass bewaffnete Mitglieder der britischen, amerikanischen und israelischen Streitkräfte sich während der Spiele in Griechenland aufhalten werden. Ihre Waffen würden per Diplomatengepäck nach Athen gelangen. Die griechische Zeitung Ta Nea berichtet, dass das 130-köpfige Team britischer Sicherheitsbeamte von Scotland Yard gestellt werde. +++

+++ Der Rat der Ständigen Vertreter der NATO beschloss am 22. Juli, dass  
+++ für  
die Olympischen Spiele eine Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung aufgestellt werde, falls dies die griechische Regierung als notwendig erachte. Diese Einheit werde in Deutschland stationiert werden, meldete daraufhin die griechische Botschaft in Washington unter Berufung auf gut informierte diplomatische Quellen. Die multinationale Einheit werde in der Lage sein, auf Athener Wunsch sofort auf griechischem Territorium einzugreifen. +++

+++ Mit Blick auf den Überfall palästinensischer Terroristen auf die israelische Olympiamannschaft 1972 in München erklärte Assaf Hafez, Sicherheitsberater des israelischen Teams für Athen und ehemals Polizist: "Jedes Olympia-Team wurde seit München durch den Sicherheitsdienst Shin Beth geschützt. Und ich glaube, das ist gut so." Für Deutschland relevante

Lokalitäten, die in Athen als sensibel gelten, sind die Aufenthaltsbereiche der Athleten, die deutsche Botschaft, das Olympische Informationszentrum und das "Deutsche Haus" des NOK. +++

#### 8.III. SICHERHEIT FÜR OLYMPIA : HÄFEN UND GEWÄSSER

+++ "Die griechische Hafenz Polizei hat dieselben Aufgaben wie die Polizei  
+++ in  
den übrigen Teilen des Landes. Sie ist organisatorisch getrennt, hat einen militärischen Aufbau und verfügt über eigene operationelle Mittel."  
Commodore Nikolaos Voulgaris vom Ministerium für die Handelsmarine ist für die Sicherheit im Piräus, dem Hafen der griechischen Hauptstadt, verantwortlich, wie auch für die beiden Olympia-Häfen Floisvos und Faliro. Die Hafenz Polizei untersteht seinem Ministerium in der Grigori-Lambraki-Straße nahe dem Yachthafen Limani Zeas. Feuerwehr, "normale" Polizei und Geheimdienst sind dem Ministerium für Öffentliche Ordnung zugeordnet. "Es ist selbstverständlich", versichert Voulgaris dem Behörden Spiegel, "dass die Ressorts und auch die Sicherheitsorganisationen eng zusammenarbeiten, vor allem für die Olympischen Spiele." Die oberste Verantwortung liegt beim Ministerium für Öffentliche Ordnung. In jedem der drei Häfen gibt es ein Kontrollzentrum. +++

+++ Kompliziert ist die Überwachung der Seegrenzen während der  
+++ Olympischen  
Spiele: "Da haben wir eine lange Erfahrung. Wir leben schon immer mit der Tatsache, dass wir eine Küstenlinie von 9.000 Meilen und 6.000 Inseln haben", erläutert Commodore Voulgaris. Deshalb werden sich an der Kontrolle der Seegrenzen während der Spiele auch die Luftwaffe und die Kriegsmarine beteiligen. Die NATO überwacht das Seegebiet außerhalb der griechischen Hoheitsgewässer. Zum Schutz des Piräus ist eine große Zahl von Tauchern unterwegs, um mit entsprechenden Geräten und Sensoren die Schiffe von unten zu kontrollieren. Im Hafenbecken liegt zwischen den Hotel-Kreuzfahrtschiffen ein Marineschiff vor Anker. "Zugleich wird ein materielles Netzsystem aufgebaut. Das Metallnetz wird bis zum Meeresgrund heruntergelassen, wenn Gefahr droht, und kann jede Unterwasserbewegung stoppen." +++

+++ Mitarbeiter des amerikanischen Polizeidienstes FBI beteiligen sich  
+++ an  
der Überwachung der Kais des Hafens Piräus. Sie sind in der ehemaligen amerikanischen Militärbasis in Eleusis nördlich des Piräus stationiert, meldet die Athener Tageszeitung Eleftherotypia. +++

#### 9. FÜR SIE GELESEN

+++ Die "New York Times" meldet Gefahr durch Helikopteranschläge auf New Yorker Ziele. Zahlreiche Touristenhubschrauber fliegen täglich über die Hudson-Skyline. Pakistan habe dem FBI entsprechende Informationen zukommen lassen, die in den USA als authentisch eingestuft wurden. So fielen den Ermittlern bei einer kürzlich durchgeführten Razzia drei Rechner, 50 Disketten und über 500 Bilder potenziell gefährdeter Gebäude in die Hände. Diese Erkenntnisse führten zur Festnahme mutmaßlicher Terroristen in Großbritannien und den USA. Die Sicherheitsvorkehrungen am Kapitol waren in den vergangenen Wochen drastisch verschärft worden. Auf Helikopterplätzen werden künftig die Kontrollen denen der Flughäfen angepasst. +++

+++ Mit Blick auf die alle staatlichen Behörden immer mehr  
+++ beanspruchenden  
Sicherheitsfragen hat der Behörden Spiegel seine Berichterstattung über  
Security-Themen, Katastrophenschutz und Polizei deutlich verstärkt. Als nicht  
regelmäßige Rubrik erscheint in der August-Ausgabe erstmals das Kapitel  
"Beschaffung Sicherheit". Neben den bisher schon festen Seiten zum  
THW/Katastrophenschutz sowie der bereits seit Monaten laufenden  
Berichterstattung zur Sicherheit um die Olympischen Spiele in Athen wird der  
Behörden Spiegel in den nächsten Monaten seine Berichterstattung zum BOS-  
Digitalfunk sowie zu den Vorbereitungen zur WM 2006 intensivieren. Mit Blick  
auf den 8. Europäischen Polizeikongress (23./24.02.2005, Berlin) werden vor  
allem intelligente, IT-gestützte und biometrische Verfahren Gegenstand der  
Berichterstattung werden. [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

## 10. BOS-FUNK

+++ Nach Informationen der chinesischen Botschaft in Berlin erkundigen  
+++ sich  
derzeit Vertreter der chinesischen Polizei über die Möglichkeiten, wie schnell  
die für einen BOS-Betrieb notwendigen ASCII-Features auf dem GSM-Netz  
freigeschaltet werden können. Hintergrund: 2008 sind in China Olympische  
Spiele und die chinesischen Sicherheitsbehörden überlegen, ob sie statt eines  
Ausbaus des TETRA-Netzes eine schnellere Lösung für die Polizei auf GSM-Basis  
realisieren können. +++

+++ Die FDP-Bundestagsfraktion hatte Ende Juni eine Kleine Anfrage an  
+++ die  
Bundesregierung bzw. das BMI in Sachen BOS-Digitalfunk gestellt. Auf die  
verschiedenen Fragen gab es nun eine schriftliche Antwort des BMI, in der auf  
die "nationale Komplexität" des BOS-Digitalfunk-Projekts hingewiesen wird. Die  
vielfältigen taktischen Anforderungen sowie die verschiedenen Ebenen von Bund,  
Ländern und Gemeinden beeinflussten das Verfahren. Auch bedürften die  
Migration und das parallele Arbeiten im analogen wie im digitalen Netz  
umfänglicher Vorbereitungen. Bund und Länder entwickelten derzeit zur Klärung  
der Grundsatzfragen ein so genanntes Präferenzmodell (einen Vertragsentwurf),  
welches als Grundlage der späteren Ausschreibung dienen sollte. Auf der  
Anbieterseite wird befürchtet, dass man aufgrund der Erfahrungen aus dem Maut-  
und Herkules-Verfahren versuchen wird, das gesamte unternehmerische Risiko im  
Rahmen dieses Präferenzmodells auf die Bieterseite zu schieben. Weitere  
Angaben wollte das BMI in dieser Sache mit Hinweis auf das bevorstehende  
Vergabeverfahren jedoch nicht machen.  
Gegenstand der Ausschreibung selbst sollte ein Rahmenvertrag werden, aus dem  
Bund und Länder als Bedarfsträger einzeln Abrufe tätigen könnten. Über die  
Haushaltsvorsorge in den Ländern sei im BMI - zumindest offiziell - nichts  
bekannt. Allerdings berichtete der Behörden Spiegel bereits, dass die Länder  
Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg teilweise  
ab 2004, einige ab 2005 und 2006, Mittel in erheblichem Umfang in ihre  
Haushalte eingestellt haben. Das BMI hat im Parlament als Anhang zu seiner  
schriftlichen Antwort eine Zusammenstellung zu ausgewählten BOS-Digitalfunk-  
Projekten in Europa mitgeliefert. Diese synoptische Übersicht der Länder  
Finnland, Großbritannien, Österreich, Schweden und Tschechische Republik  
finden Sie mit allen Details in der August-Ausgabe des Behörden Spiegel  
abgedruckt. +++

+++ Der TETRAPOL-Anbieter EADS Telecom prädestiniert sich als Anbieter  
+++ auch

temporärer Funklösungen für so genannte Hot-Spots, also vorübergehende Ereignisse mit besonders hohen Sicherheitsanforderungen. Vor einiger Zeit bereits wurde dies beim Wintersport in Thüringen belegt, und nun gerade erst bei dem CHIO, dem wohl internationalsten Reitturnier, in Aachen. Dort versorgte ein temporäres digitales Netz 18 unterschiedliche Nutzergruppen: Security, Organisationskräfte, Stewards, Fahrdienst und Leitung. Wie Gisela Piltz, FDP-Bundestagsabgeordnete und für ihre Fraktion zuständig für Katastrophenschutz, dem Behörden Spiegel sagte, seien für die WM 2006 mit TETRAPOL-Hot-Spots die Kernproblemzonen rund um die Stadien durchaus zu sichern (siehe hierzu August-Ausgabe des Behörden Spiegel, S. 48). Bevor es also überhaupt zu einer großen Ausschreibung für das nationale BOS-Digitalfunksystem kommen wird, ist mit einem harten Wettbewerb der einzelnen Anbieter für temporäre und regional begrenzte Lösungen zur WM 2006 zu rechnen. Hier rechnen sich die Konzerne nicht nur ein Geschäft aus, sondern hoffen Pflöcke in den jeweiligen Bundesländern für ihre Technologie setzen zu können. Erwartet werden solche Angebote von Motorola, T-Systems und Vodafone. Zurückhaltung herrscht diesbezüglich bei T-Online. Interessant zu beobachten sein dürfte auch, wie der so genannte "Geleitzug" der Länder hier zusammenbleibt. +++

+++ In einem Exklusiv-Interview mit dem technischen Geschäftsführer von T-Mobile Deutschland, Joachim Horn, erläutert dieser die Gründe für die Aufstellung zum Thema GSM/BOS: "Der Konzern hat großes Interesse daran, den Auftrag "digitaler BOS-Funk" zu gewinnen. Unser Vorteil ist es, dass die Deutsche Telekom mit GSM von T-Mobile und Tetra von T-Systems als einzige zwei Technologien anbieten kann. Der Kunde hat somit die Möglichkeit zu sagen, was aus seiner Sicht für ihn die bessere Technik ist, und wir können diese dann als Konzern Deutsche Telekom AG liefern." Darüber hinaus sieht Horn die Vorteile eines GSM/BOS-Digitalfunknetzes u.a. im schnellen Netzaufbau, weil auf bestehende Infrastrukturen zurückgegriffen würde. Auf die Frage, ob bis zur WM 2006 ein Aufbau möglich sei, antwortet Horn: "Das halte ich grundsätzlich nicht für ausgeschlossen. Bildlich gesprochen glaube ich aber eher, dass der Zug gerade aus dem Bahnhof fährt." Die zehn interessantesten Antworten auf die zehn Behörden Spiegel-Fragen finden Sie in der letzte Woche erschienenen August-Ausgabe von Deutschlands größter und ältester Zeitschrift für den Öffentlichen Dienst, dem Behörden Spiegel, auf S. 43. +++

## 11. VERANSTALTUNGEN

+++ 20.09.2004: "Multimediale Erkenntnisdateien, Moderne Zentralregister  
+++ und  
Analyse von Massendaten", Landesvertretung Brandenburg in Berlin, .  
[www.behoerdenspiegel.de](http://www.behoerdenspiegel.de)

+++ 03.11.2004: "Bundeskongress NKF", 04.11.2004: "e-nrw - E-Government unter Nutzung von Standards. Fachlösungen aus der Praxis in NRW", Düsseldorf, Rheinterrassen; [www.neues-kommunales-finanzmanagement.de/](http://www.neues-kommunales-finanzmanagement.de/),  
[www.e-nrw.info](http://www.e-nrw.info) +++

+++22.-24.11.2004: 3rd Congress On European Defence - Dritte Berliner Sicherheitskonferenz: "Europe's Role in a new Security System"; [www.european-defence.com/](http://www.european-defence.com/) +++

+++ 23.-24.02.2005: 8. Europäischer Polizeikongress: "Innere Sicherheit  
+++ im  
Europa der 25", Berlin; [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

+++ 31.05.-01.06.2005: Effizienter Staat - 8. Deutscher Verwaltungskongress:  
TRANSFORMATION - Staat und Gesellschaft, Berlin; [www.effizienter-staat.de](http://www.effizienter-staat.de)  
+++

## 12. HINWEISE

### Polizei-Newsletter

Der Polizei-Newsletter, der monatliche, hochkonzentrierte Newsflash von Deutschlands ältester und größter unabhängiger Zeitung für Behörden. Für Behörden Spiegel-Abonnenten (Print-Ausgabe) und Teilnehmer des Europäischen Polizeikongresses ist der Polizei-Newsletter kostenlos.  
[Hinweis: Da zahlreiche unserer Empfänger (Sicherheits-) Schwierigkeiten mit dem Empfang von Anhängen und formatierten Mails haben, publizieren wir diesen Newsletter in unformatierter Form.]

? Haben Sie diesen Newsletter weitergeleitet bekommen und möchten ihn regelmäßig beziehen? Bitte eine Mail mit Ihrer E-Mail- sowie Ihrer vollständigen postalischen Adresse und dem Betreff "SUBSCRIBE Polizei-Newsletter" an [polizei@behoerderspiegel.de](mailto:polizei@behoerderspiegel.de).

? Sie möchten Behörden Spiegel (Print) und Newsletter beziehen: Bitte Abonnement-Formular auf [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de) ausfüllen und senden.

? Sie möchten Informationen zum 8. Europäischen Polizeikongress im Februar 2005: Eine Programmvorschau und Anmelde-möglichkeit ist unter [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) verfügbar.

? Möchten Sie diesen Newsletter nicht weiter beziehen? Bitte Mail mit "UNSUBSCRIBE POLIZEI-NEWSLETTER" im Betreff an [polizei@behoerderspiegel.de](mailto:polizei@behoerderspiegel.de).

## 13. IMPRESSUM

Redaktion: Stefan Brüss (Redaktionsleitung). Beiträge von Achim A. Deckert, Franz Drey, Matthias Köhler, R. Uwe Proll. Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt von "Polizei-Newsletter" ist R. Uwe Proll. ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Am Buschhof 8, 53227 Bonn, Telefon: 0049-288-970970, Telefax: 0049-228-9709775, E-Mail: [polizei@behoerderspiegel.de](mailto:polizei@behoerderspiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815.  
UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Polizei-Newsletter". Die Rechte an Marken und Warzenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches der Herausgeber liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Behörden Spiegel Polizei-Online  
Der Polizei-Newsletter  
Ausgabe 6, 16. September 2004

Sie erhalten hiermit die sechste Ausgabe des Polizei-Newsletters des Behörden Spiegel, der auch Veranstalter des Europäischen Polizeikongresses ist, heute mit folgenden Themen:

- VORAB
- LEUTE
- BIOMETRIE
- E-CRIME
- POLITIK
- SZENE
- INNERE SICHERHEIT
- BESCHAFFUNG
- FÜR SIE GELESEN
- KATASTROPHENSCHUTZ
- BOS-FUNK
- VERANSTALTUNGEN UND TERMINE
- HINWEISE
- IMPRESSUM

#### VORAB

+++ Leser des Polizei-Newsletters des Behörden Spiegel sollten sich den 23. und 24. Februar 2005 vormerken, denn dann wird in Berlin der 8. Europäische Polizeikongress tagen. Thema: Innere Sicherheit im Europa der 25. Zahlreiche Redner haben Ihre Teilnahme bereits zugesagt, der neueste Zugewinn ist der Innenminister Lettlands, der am Innenministerforum des ersten Tages teilnehmen wird. An dieser Stelle werden Sie weiterhin über die Programmvorbereitungen auf dem laufenden gehalten. [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

#### LEUTE

+++ Der neue Direktor des brandenburgischen Landeskriminalamtes, Dieter Büddefeld, hat seinen Dienst angetreten. Der 44 Jahre alte Leitende Kriminaldirektor kommt aus dem Bundeskriminalamt. Der Entscheidung war ein umfassendes Auswahlverfahren vorausgegangen, in dem sich Büddefeld gegen mehrere Mitbewerber durchsetzte. Der in Wetzlar geborene Büddefeld ist Nachfolger von Axel Lüdders, der bereits am 25. August seine Arbeit als Leiter der Polizeiabteilung im schleswig-holsteinischen Innenministerium aufgenommen hat. Lüdders kam 1991 nach Brandenburg und leitete zunächst den Aufbaustab für die Errichtung eines Landeskriminalamtes, dessen erster Direktor er 1992 wurde. Büddefeld leitete unter anderem den BKA-Einsatz im Zusammenhang mit der Entführung von Deutschen in der algerischen Wüste im Frühjahr 2003. +++

+++ Stefan Feller (46), Leitender Polizeidirektor aus  
+++ Nordrhein-Westfalen,  
hat die Leitung des Polizeistabes beim Ratssekretariat der Europäischen Union in Brüssel übernommen. Feller hatte sich gegen 22 internationale Kandidaten durchgesetzt. Seit März 2002 war er Leiter der internationalen Polizei in der serbischen Krisenprovinz Kosovo. Als Chef von mehr als 3.500 Polizisten der zivilen Interimsverwaltung der Vereinten Nationen (UNMIK) war er dort auch für den Aufbau einer demokratischen, multiethnischen kosovarischen Polizei verantwortlich. Zuvor war Feller im Einsatzreferat des nordrhein-westfälischen

Innenministeriums tätig. Sein neuer Wirkungsbereich, der Polizeistab des Rates der EU, gehört zur Direktion für Zivile Krisenbewältigung. Der Stab befasst sich mit allen polizeilichen Aspekten der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dazu gehört insbesondere die Planung und Durchführung von internationalen Friedensmissionen unter Leitung der EU. +++

## BIOMETRIE

+++ Bei einer Forderung an die 27 Visa-Waiver-Staaten blieben die Vereinigten Staaten hart: Schon ab dem 26. Oktober 2004 müssen Reisepässe, die für das Visa-freie Reisen genutzt werden sollen, maschinell lesbar sein. Was sich ab 1. Oktober zudem ändern wird: Visa-Waiver-Reisende müssen bei der Einreise in die USA zwei digitale Fingerabdrücke und ein digitales Foto registrieren lassen. Das Stichwort hierfür ist US-VISIT, was für "US Visitor and Immigrant Status Indicator Technology" steht. Damit soll die Sicherheit an den US-Grenzen gestärkt und gesichert werden, dass die Einreisenden nicht unter falschen Identitäten in das Land einreisen.  
[www.dhs.gov/dhspublic/display?content=736](http://www.dhs.gov/dhspublic/display?content=736) +++

+++ Unterdes macht sich der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar  
+++ weiter  
dafür stark, nicht unhinterfragt weiter Personendaten von Europäern an die Amerikaner weiterzugegeben. In Eingaben an die EU-Kommission bat Schaar zu prüfen, welche dieser schon heute permanent übermittelten Daten tatsächlich der Terrorismusbekämpfung dienen. +++

+++ Die Bundesdruckerei wird 125 Jahre alt. Der Traditionsbetrieb hat  
+++ sich  
neben der Produktion von Geldscheinen, Steuerzeichen, Briefmarken und Ausweisen in die Zukunft orientiert und wird zusätzlich Chiptechnologie- und Biometriehersteller. Hierüber gibt es nach der Laudatio von Bundesinnenminister Otto Schily am 22. September im Ritz Carlton am Potsdamer Platz in Berlin mehr. Der Behörden Spiegel und der Polizei-Newsletter werden berichten. +++

## E-CRIME

+++ Angaben der Staatsanwaltschaft Cottbus zufolge hat sich die Internet-Kriminalität in Deutschland in den letzten drei Jahren mehr als verdreifacht. 2001 gab es unter 500 Ermittlungsverfahren, für das laufende Jahr rechnet die einzige in Deutschland tätige "Schwerpunktstaatsanwaltschaft" mit mehr als 2.000 Verfahren. Zu diesen gehören unter anderem Betrug bei eBay-Auktionen, Kinderpornographie und die Verbreitung von Raubkopien. Die Staatsanwaltschaft gibt Fälle außerhalb Brandenburgs an die zuständigen Staatsanwaltschaften weiter. +++

+++ Ab dem kommenden Jahr sollen E-Mails verstärkt überwacht werden.  
+++ 2003  
lag die Anzahl der überwachten E-Mails laut RegTP noch bei weniger als 200. Für das erhöhte Überwachungsvolumen müssen die Provider mit erhöhten Kosten rechnen, da angenommen wird, dass eine aktive Überwachungstechnik eine um 10 bis 15% erhöhte Netzlast bedeutet. +++

+++ Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) stuft  
+++ den

Internet-Explorer des Marktführers Microsoft als unsicher ein und empfiehlt den Einsatz alternativer Browser wie Opera, Mozilla oder Netscape. Michael Dickopf, Sprecher des BSI, sagte der "Berliner Zeitung" weiter, dass derjenige, der den Einsatz des Microsoft-Produkts meidet, weniger gefährdet sei, als Nutzer anderer Browser, da Viren und Würmer auf das Programm des Marktführers zugeschnitten seien. Im BSI begrüße man die Vielfalt verschiedener Browser. +++

## POLITIK

+++ Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist über Äußerungen aus dem nordrhein-westfälischen Innenministerium verärgert, die NRW's Schutzwesten als unsicher beschreiben. Die Besorgnis führte MdL Horst Engel herbei, der Mängel an den Westen, die durch Materialermüdung entstehen, kritisierte. Frank Richter, stv. Landesvorsitzender der GdP, widerspricht den Ausführungen des FDP-Politikers und rügt die unnötige Verunsicherung der Polizeibeamten. [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)+++

+++ Die Organisation der bayerischen Polizei soll im Rahmen des Projekts Verwaltung 21 schlagkräftiger werden. Auf Empfehlung von Innenminister Günther Beckstein hat das Kabinett beschlossen, der CSU-Landtagsfraktion eine Neustrukturierung der bayerischen Landespolizei von vier auf drei Stufen vorzuschlagen, bei der die bisherigen Führungsebenen "Polizeipräsidium" und "Polizeidirektion" zu einer neuen Ebene verschmolzen werden. Diese wird bayernweit in zehn Schutzbereichen alle bisherigen Aufgaben von Präsidien und Direktionen wahrnehmen. Innenminister Beckstein:

"Mit dieser an der Spitze ansetzenden Neuorganisation wollen wir die Verwaltungsabläufe deutlich verkürzen und die Verwaltungsarbeit auch bei der Polizei zurückschneiden. Wir wollen weniger Polizei in der Verwaltung und mehr im Einsatz vor allem auf der Straße zugunsten der Sicherheit des Bürgers." Ein Effizienzgewinn von rund 600 Stellen wird für möglich gehalten. Die Umsetzung soll eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Innenministerium, Finanzressort und Staatskanzlei bis Anfang Oktober näher untersuchen. +++

+++ Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein weist anlässlich der

+++ Kritik

der Polizeigewerkschaften zur geplanten Polizeiorganisationsreform darauf hin, dass Bayern mit rund 32.500 derzeit die höchste Zahl von Polizeibeamten aufweise, die es jemals gegeben habe. Im Zuge der Wochenarbeitszeitverlängerung auf 42 Stunden sei seit 1. September die Arbeitskapazität nochmals um ca. 5 Prozent erweitert worden. Dass ein Teil dieses Kapazitätsgewinns in den nächsten Jahren eingezogen werden müsse, sei wesentlicher Bestandteil der im Ministerrat beschlossenen Arbeitszeitverlängerung. Ob und ggf. wie viele Stellen darüber hinaus im Zuge der Polizeiorganisationsreform einzusparen seien, sei im Wege von Verhandlungen zu klären. Beckstein bleibt bei seiner Aussage, dass die Polizei in Bayern billiger und besser werden müsse. +++

+++ Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann und der EU-Kommissar für Inneres und Justiz, Antonio Vitorino, haben in Brüssel den Informationsaustausch unter den Sicherheitsbehörden als Schlüsselproblem zur erfolgreichen Bekämpfung des Terrorismus bewertet. Schünemann wies in diesem Zusammenhang auf die niedersächsische Bundesratsinitiative zur Erstellung einer Anti-Terror-Datei hin. Vitorino bezeichnete diese Initiative als den richtigen Weg. Schünemann überreichte Vitorino ferner den Abschlussbericht zum niedersächsischen Projekt "VictAS" (Victim Assistance and Support). Mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union und des Weißen Rings hatten

die Polizeidirektionen Hannover und Braunschweig eine Sachstandserhebung zum Schutz von Verbrechenopfern erstellt und im Februar diesen Jahres eine internationale Konferenz mit Experten von Polizei, Justiz, Opferhilfeeinrichtungen und Wissenschaft aus 23 europäischen Nationen durchgeführt. +++

+++ Der IMK-Vorsitzende, Schleswig-Holsteins Innenminister Klaus Buß, hat sich während eines zweitägigen Besuchs einen Eindruck von der Arbeit der internationalen Polizei-Organisation Interpol in Lyon (Frankreich) verschafft. Gemeinsam mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, traf Buß zu Gesprächen mit dem Interpol-Chef, dem amerikanischen Generalsekretär Ronald K. Noble, zusammen. Neben Informationen über die Behörde, der weltweit 181 Mitgliedstaaten angehören, standen aktuelle Fragen der Sicherheit und insbesondere der terroristischen Bedrohung im Mittelpunkt. Nach seiner Rückkehr betonte Buß die Notwendigkeit, die Kooperation aller europäischen Sicherheitsbehörden noch weiter zu verbessern: "Das Wissen und die Möglichkeiten von Interpol können auch in Schleswig-Holstein stärker genutzt werden". Buß kündigte außerdem an, das Thema "Gezielte Angriffe auf die elektronische Infrastruktur moderner Gesellschaften über das Internet" über den Arbeitskreis II "Innere Sicherheit" in der IMK zu diskutieren. +++

+++ In Österreich sprachen sich 62% der Mitarbeiter von Polizeien für eine Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie aus, so die dortige Polizeigewerkschaft. Die Zusammenlegung findet im Juni 2005 statt. 94% sprachen sich hingegen gegen veränderbare Dienstzeitregelungen aus. +++

## SZENE

+++ Der Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK), die Polizei-Führungsakademie nun tatsächlich in die "Deutsche Hochschule der Polizei" (DPolH) zu überführen, stößt auf breite Zustimmung. Die Gewerkschaften gehen freilich bereits einen Schritt weiter und haben dabei die Bundeswehr im Visier. Diese betreibt neben ihrer Führungsakademie in Hamburg zusätzlich zwei Universitäten. Der DPolG-Vorsitzende Wolfgang Speck hält Ähnliches - also ein allgemeines Hochschulstudium sowie einen zweijährigen fachbezogenen Lehrgang für "Generalstäbler" - für denkbar: "Die Bundeswehr hat uns da einiges voraus, das wird die Zukunft auch bringen". In einer immer größeren Europäischen Union würden andere Organisationseinheiten zwingend, so Wolfgang Speck. Auch EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer sieht darin ein Zukunftsmodell: "Das wäre das Prinzip, das wir uns vorstellen könnten". Mehr dazu in der September-Ausgabe des Behörden Spiegel auf Seite 9. +++

+++ Hamburgs Polizisten wehren sich gegen Sparpläne. Rund 4.500 Polizisten und Feuerwehrleute demonstrierten gegen die Politik des Senats, manche darunter in Uniform. Auch Polizisten aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen waren dazu nach Hamburg gekommen. Nach dem Willen des Senats sollen 151 Stellen bei der Polizei gestrichen werden. Außerdem wird die freie Heilfürsorge abgeschafft, die Beamten müssen sich zukünftig mit 1,4 Prozent ihres Grundgehalts an ihren Krankheitskosten beteiligen. +++

+++ Der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Walter Zuber, hat in Bad Marienberg 279 Polizeianwärter vereidigt. Die Anwärter sind bei einem der fünf Polizeipräsidien des Landes eingestellt worden, werden dort auch ihre Praktika

während des Studiums absolvieren und im Anschluss an die Ausbildung eingesetzt. "So haben Sie von Beginn an eine klare Perspektive, wo Sie Ihren Polizeidienst verrichten werden", betonte Zuber. Der Minister hob auch hervor, dass in diesem Jahr die Einstellungsquote im rheinland-pfälzischen Polizeidienst um 50 erhöht worden sei. Haushaltsrechtlich sei sichergestellt, dass alle Anwärter bei erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung in den Landesdienst übernommen würden. In diesem Jahr seien neben dem so genannten Bewährungsaufstieg wieder mehr als 1.000 Beförderungen bei der Polizei ausgesprochen worden. Die Fußball-WM 2006 stelle für die Polizei eine große Herausforderung dar. Der Schwerpunkt der Einsatzmaßnahmen in Rheinland-Pfalz werde am Spielort Kaiserslautern liegen. +++

+++ Die Farbe der Polizeiuniform ist für Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Dr. Gottfried Timm "kein vordringliches Thema". Zwar hätten viele Bundesländer (Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein und weitere) sowie der Bund bereits angekündigt, auf "Blau" umsteigen zu wollen, für Timm gibt es dennoch keine Eile. "Nicht dem Minister, sondern dem Bürger und dem Polizisten soll die Uniform gefallen", so Timm. Deshalb beabsichtigt der Innenminister, seine Entscheidung vom Votum der Bürger und der Polizisten abhängig zu machen. Er hoffe, dass in den nächsten Wochen viele Meinungsäußerungen zu dieser Frage im Ministerium eingingen. Timm wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass für die Einheitlichkeit der Polizeiuniform auf Deutschlands Straßen nicht nur die Farbe, sondern ebenso das Schnittmuster entscheidend sei. "Ich hoffe, dass die Innenministerkonferenz die Kraft hat, die Einheitlichkeit der Polizeibekleidung in Form und Farbe zu wahren". +++

+++ Bremens Innensenator Thomas Röwekamp erwägt für das Land Bremen die schrittweise Einführung blauer Uniformen bei der Polizei: "Mehrere Gründe sprechen dafür, dass die Polizei auch bei uns in den kommenden Jahren von grün-beige zu blau-weiß wechseln wird". In Hamburg werden die Uniformfarben im kommenden Jahr komplett von "grün" auf "blau" umgestellt; auch das Nachbarland Niedersachsen hat angekündigt, die blauen Uniformen schrittweise einführen zu wollen. "Durch die Entscheidung Niedersachsens, die leider nicht mit Bremen abgestimmt war, würden Bremen und Bremerhaven in den nächsten Jahren in eine Insellage geraten, die von uns nicht gewollt sein kann", so Röwekamp. Der Uniformwechsel könne über die Kleidergeld-Konten der Beamten binnen weniger Jahre kostenneutral verwirklicht werden. Der Innensenator verwies in diesem Zusammenhang auch auf das Verwaltungsabkommen über die Kooperation bei der Beschaffung von Dienstkleidung der Polizeien. "Synergieeffekte und Einkaufsvorteile werden sich nur einstellen, wenn wir auch einheitliche Dienstkleidung in den Ländern Bremen und Niedersachsen erhalten", so Röwekamp. +++

+++ Die Berliner Polizei ist für erstklassiges Immobilienmanagement ausgezeichnet worden. Polizeipräsident Dieter Glietsch erhielt von der Zertifizierung Bau e.V., getragen von dem Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB), das Zertifikat für die erfolgreiche Einführung eines Qualitätsmanagementsystems nach der internationalen Norm DIN EN ISO 9001:2000. Prof. Richard Dellen, Vorstandmitglied der ZDB, würdigte bei der offiziellen Zertifikatsübergabe im Polizeipräsidium am Flughafen Tempelhof die unternehmerische Arbeit der Immobilienspezialisten der hauptstädtischen Polizeibeamten als beispielhaft für eine erfolgreiche Verwaltungsreform im Land Berlin und beim Bund. Eine kritische Analyse der bisherigen Nutzung der Facility-Management-Software BuiSy hatte für das Referat Immobilienwirtschaft im Präsidium ergeben, dass der Nutzen aus den bis dato aufwändigen Datenerfassungen zur Bedienung des Basismoduls "Flächen- und Raummanagement" nicht im Verhältnis zum Aufwand stand. Dann habe jedoch die Einführung des

Qualitätsmanagement-Moduls den Fokus auf die Notwendigkeit der softwaretechnischen Unterstützung der strategischen und kernprozessunterstützenden Prozesse gelenkt, so Kai Kummert, Leiter des Referats Immobilienmanagement gegenüber dem Behörden Spiegel. Mehr zum Thema in der September Ausgabe des Behörden Spiegel. [www.polizei.berlin.de](http://www.polizei.berlin.de) +++

+++ "Korruption hat in Nordrhein-Westfalen keine Chance. Dafür sorgt +++ nicht zuletzt die neue Sondereinheit des Landeskriminalamtes." Diese erste Erfolgsbilanz der Spezialtruppe zieht Innenminister Dr. Fritz Behrens. Das Dezernat mit Experten aus der Korruptionsbekämpfung hat im April 2004 seine Arbeit aufgenommen und präsentierte jetzt erste Zahlen: Über 180 Hinweise gingen bisher ein, davon stufen die Ermittler rund 90 - also etwa die Hälfte - als hinreichend strafrechtlich relevant ein. Etwa zehn Prozent der gemeldeten Tipps könnten nach Einschätzung der Experten zu umfangreichen Korruptions- und/oder Umweltstrafverfahren führen. "Wer einen Hinweis auf Korruption hat, kann sich vertrauensvoll an das Bürgertelefon des Landeskriminalamtes wenden", appelliert Behrens. Über 150 - also die überwiegende Mehrheit - der Hinweise seien bisher über die eingängige Nummer "0800-korrupt" (also: 0800-5677878) beim LKA angekommen. Schriftliche Mitteilungen oder E-Mails seien dort ebenfalls willkommen. Auch anonyme Hinweise - bisher 28 - würden ernst genommen. Behrens setzt überdies auf das neue Korruptionsbekämpfungsgesetz. Die Regierungsfractionen wollen es in einer der ersten Landtagssitzungen nach der Sommerpause einbringen. Das vollständige Lagebild Korruption 2003: [www.lka.nrw.de](http://www.lka.nrw.de) +++

+++ Bereits am Januar 2005 wollen die Versicherer terroristische Risiken +++ im Luftverkehr nicht mehr absichern, wodurch erneut die Diskussion um staatliche Garantien für die europäischen Luftfahrtgesellschaften geführt werden muss. In den USA existiert eine solche Staatshaftung bereits und aller Voraussicht nach wird es auch in Europa dazu kommen, dass es eine staatliche Garantie für dieses Einzelrisiko geben wird. Äußerungen des Versicherungsmanagers der Deutschen Lufthansa, wonach gegebenenfalls bei Nichteintreten einer Staatshaftung der Flugverkehr eingestellt werden müsse, wollte Lufthansa-Sprecher Thomas Ellerbeck nicht bestätigen. +++

+++ Die Personenschutzkommandos für den Bundeskanzler sollen nach den Eierwürfen deutlich verstärkt werden. Strengere Raumüberprüfung vorab, Raumsicherungsmaßnahmen während öffentlicher Auftritte, mobil einzusetzende Klarsichtschutzfenster bzw. -wände (gegebenenfalls aus schusssicherem Glas), bessere Sicherung der zurückzulegenden Wegstrecken und Verstärkung des Personenschutzkommandos sind vorgesehen. +++

+++ Die Internetwache der brandenburgischen Polizei stößt laut Innenministerium nach 18 Monaten Betrieb auf großes Interesse, und das auch international. So habe sich jetzt das österreichische Innenministerium nach den Erfahrungen erkundigt. Die Polizei der Alpenrepublik wolle sich bei der eigenen Einführung der Online-Anzeige die Brandenburger Erfahrungen zunutze machen. Auch die niederländische Polizei zeige Interesse. Außerdem hätten sich Mitte vergangener Woche Fachleute aus ostdeutschen Bundesländern und Hessen die Idee und die bislang gesammelten Erfahrungen erläutern lassen. Bis Ende vergangenen Monats seien insgesamt 4.881 Mail-Eingänge bei der Brandenburger Internetwache registriert worden. +++

INNERE SICHERHEIT

+++ "Innere Sicherheit im Europa der 25" lautet der Titel des 8. Europäischen Polizeikongresses, der am 23. und 24. Februar 2005 im Berliner Congress Center stattfinden wird. Höchste Aufmerksamkeit muss dem auf der Tagung stattfindenden Ministerforum geschenkt werden. In dem drei Stunden andauernden Forum werden Europas Innenminister in einer großen Diskussionsrunde über die Grenzsicherung nach der EU-Erweiterung und künftige polizeiliche Kooperationsmodelle sprechen und anschließend auf Publikumsfragen eingehen. Neben dem politisch gehaltenen Hauptprogramm finden sechs themenspezifische Fachforen statt, in denen unter anderem die technische Ausstattung für Polizeien diskutiert wird. Anmeldung und Informationen unter: [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

+++ Der Vorsitzende der GdP, Konrad Freiberg, sieht die Innere  
+++ Sicherheit  
USA-freundlicher Länder gefährdeter, als dies der Öffentlichkeit preisgegeben wird. Man nehme Hinweise des Bundesnachrichtendienstes nicht ernst genug und der Terrorismus nehme immer größere Dimensionen an. Der GdP-Vorsitzende erachtet die technische Ausstattung deutscher Polizeien als unzureichend, es dürfe kein Informations- und Ausstattungsvorteil der Terroristen gegenüber den Behörden entstehen. +++

+++ Im Kampf gegen den islamistischen Terror hat der  
+++ baden-württembergische  
Innenminister Heribert Rech (CDU) ein "innerdeutsches Europol" gefordert. In diesem neuen "Lage- und Analysezentrum" mit Sitz in Berlin sollten die Daten aller sicherheitsrelevanten Kräfte miteinander vernetzt werden und die Erkenntnisse für alle Bundesländer nutzbar sein. "Das Lagezentrum soll Servicezentrum, initiiierende Koordinationsstelle und Denkfabrik unter Beteiligung aller Bundesländer in einem sein", so Rech. Als Begründung für seine Initiative verwies er auf die Bedrohungslage: "Sie ist so, dass die Grenzen zwischen Verfassungsschutz und Polizei keine Rolle mehr spielen dürfen." Rech erklärte, die Grenzen zwischen Äußerer und Innerer Sicherheit seien auch nicht mehr so definierbar, wie dies früher einmal der Fall war: "Da müssen wir schon umdenken." Nach seinen Worten sollte die mit einer "Initiierungsbefugnis" ausgestattete zentrale Stelle Erkenntnisse aus allen Bundesländern sammeln, auswerten, koordinieren, selber aber nicht operativ arbeiten. +++

#### BESCHAFFUNG

+++ Die Ausrüstung der brandenburgischen Polizei mit persönlichen Schutzwesten steht vor dem Abschluss. Die letzten der fast 8.000 Westen werden derzeit an die Polizeibeamten übergeben. Damit sind jetzt alle Polizisten, die über entsprechende dienstliche Notwendigkeiten verfügen, mit einer maßgeschneiderten Unterziehschutzweste ausgestattet. Auch weiterhin werde jeder neue Polizist seine persönliche Schutzweste erhalten, betonte Innenminister Jörg Schönbohm. Nach einer europaweiten Ausschreibung für die Lieferung maßgefertigter Schutzwesten war das Ausrüstungsprogramm im Dezember 2001 mit der Ausgabe einer ersten Tranche von 2.519 Schutzwesten gestartet. Die Gesamtkosten der Beschaffung belaufen sich auf rund 6,4 Millionen Euro. Bundesweit einmalig konnten Brandenburgs Polizisten zwischen drei Schutzwestenmodellen das für sie angenehmste Modell auswählen. +++

+++ Weltmarktführer Nokia wird Libyen mit einem GSM-Netz ausstatten, das  
+++ die

Hauptstadt Tripolis und den westlichen Teil des afrikanischen Landes mit Mobilfunktechnologie abdeckt. Das System ist auf eine mögliche Umrüstung auf den UMTS Standard vorbereitet und darf als richtungsweisendes Projekt gelten, da es eines der ersten Großprojekte nach der Westannäherung Ghaddafis ist. Das Auftragsvolumen beläuft sich auf 120 Mio. Euro. +++

+++ Die saarländische Ministerin für Inneres und Sport, Annegret Kramp-Karrenbauer, hat drei Drogen-Vortestgeräte "Drugtest" an die Polizei übergeben. "Drugtest" ermöglicht die schnelle Erkennung des Drogenkonsums von Verkehrsteilnehmern im Straßenverkehr durch einen Speicheltest. Das System untersucht Speichelproben und bietet damit im Gegensatz zu bisher eingesetzten Vortestverfahren über Urinproben den Vorteil einer schnellen, einfachen und diskreten Untersuchung. Damit ist die saarländische Polizei bundesweit die erste Polizeibehörde, die über ein elektronisches Drogen-Vortestsystem für Speichelproben verfügt. Ebenso wurden 20 neue Dienstfahrzeuge an die saarländische Polizei übergeben. Bei den Fahrzeugen handelt es sich um BMW 320 Diesel Touring mit Dieselmotoren. Sie verfügen über eine polizeispezifische Sonderausstattung, bestehend aus einer Sondersignalanlage mit abnehmbarem Blaulicht, Funk und Telefon. Die Fahrzeuge werden im polizeilichen Ermittlungsdienst beim Landeskriminalamt, der Kriminalpolizeiinspektion und den Ermittlungsdiensten der Polizeiinspektionen eingesetzt. +++

+++ Autobauer Opel erhielt den Zuschlag für die Lieferung von 1.000 Opel Vectra Caravan für die Polizei in NRW. Der Rüsselsheimer Hersteller konnte sich in der europaweiten Ausschreibung durchsetzen. Auslieferungszeitraum für die für den Polizeieinsatz modifizierten Fahrzeuge ist November 2004 bis März 2005. +++

+++ Das niederländische BOS-Netz "C2000" wurde kürzlich durch den Innenminister der Niederlande, Johan Remkes, im Den Haager Museum für Kommunikation eingeweiht. Das auf dem TETRA-Standard basierende Netz besteht aus 30 Einsatzzentralen, 12 Netzzentren und über 400 Antennenstandorten und vernetzt die niederländische Polizei und Feuerwehr, Rettungskräfte, Grenzschutz und Militärpolizei. Dem Katastrophenschutz bleibt, anders als in Deutschland geplant, der Zugriff auf das Netzwerk verwehrt. Hersteller des Netzes ist der Firmenverbund "Tetraned", ein Zusammenschluss der Firmen KPN und Getronics. Inklusiv der von den Behörden zu beschaffenden Endgeräte lagen die Bereitstellungskosten bei 0,7 Mrd. Euro. In Absprache mit Bundesinnenminister Schily wollen die niederländischen Behörden im Rahmen des Schengener Abkommens den Zugriff deutscher Polizeien auf das Netz gestatten. +++

+++ Der bayerische Automobilhersteller BMW erweitert seine  
+++ Produktpalette  
der sondergeschützten Fahrzeuge. Nun steht neben der 3er- und 7er-Serie sowie dem X5 auch der neue X3 mit der ballistischen Schutzklasse B4 zur Verfügung.  
[www.bmw.de](http://www.bmw.de) +++

+++ Boeing hat ein System mit dem Namen "Robolander" entwickelt. Das  
+++ System  
sei in der Lage, bei Flugzeugübernahme, beispielsweise durch Terroristen, die Kontrolle über das Flugzeug zu übernehmen und selbsttätig zu landen. Das Prinzip der Fernsteuerung von Flugzeugen ist schon länger im militärischen Bereich im Einsatz. +++

KATASTROPHENSCHUTZ

+++ "Voll im Gange" sei die Vorbereitung zur Fußballweltmeisterschaft  
+++ 2006

in Deutschland, so Bayerns Innenminister Günter Beckstein. Die Innenministerkonferenz der Länder (IMK) hat auf Initiative Bayerns hin ein "Musterkonzept Katastrophenschutz" erarbeitet, das ein bei allen Sportstätten gleichermaßen hohes Niveau an Sicherheit und Vorsorge im Falle eines Großschadensereignisses vorsieht. Mit in dieses Konzept fließt auch die Diskussion um zivil-militärische Kooperationsmodelle ein, die unter anderem auf dem 8. Europäischen Polizeikongress eine tragende Rolle spielen wird. Neben den Sicherheitsorganen Polizei, Sanitätsdienst und Feuerwehr muss man außerdem auf Ressourcen des THW und der Bundeswehr zurückgreifen können. Günter Beckstein wird auf dem 8. Europäischen Polizeikongress am 23. Februar einen halbstündigen Vortrag zu dieser Thematik halten und darüber hinaus auf neue Konzeptionen im Bereich der Grenzsicherung eingehen.  
[www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

+++ Auf der 3. Berliner Sicherheitskonferenz, die vom Behörden Spiegel,  
+++ dem  
Verteidigungsausschuss des BDI und dem Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments organisiert wird, findet ein 2-stündiges Fachforum zum Thema Zivil-Militärische Zusammenarbeit statt. Neben dem THW-Präsidenten, Dr. Georg Thiel, werden zahlreiche Experten, wie der Georgische Verteidigungsstaatssekretär Paata Gaprindashvili und der deutsche Generalarzt Dr. Lutz Bandekow, über Kooperationsmodelle staatlicher Organisationen im nationalen und internationalem Umfeld diskutieren. Zu der Konferenz werden 1.000 Teilnehmer aus 30 Nationen erwartet. Die Teilnahme ist für Angehörige des Öffentlichen Dienstes kostenfrei. Anmeldung und Informationen unter [www.european-defence.com](http://www.european-defence.com) +++

+++ Das wiedereingeführte Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat seinen Präsidenten erhalten: Den 46 Jahre alten Juristen Christoph Unger, zuletzt tätig als Referatsleiter für Katastrophenschutz und Leiter des Kompetenzzentrums für Großschadenslagen im niedersächsischen Innenministerium tätig. Das Bundesamt ist unter anderem für den Schutz kritischer Infrastrukturen sowie für die Aus- und Fortbildung von Zivil- und Katastrophenschützern zuständig. Durch die Einsetzung des Präsidenten ist die seit Mai 2004 bestehende Behörde nicht mehr "kopfloos".  
[www.denis.bund.de](http://www.denis.bund.de) +++

+++ Anlässlich des öffentlichen Gelöbnisses der Panzerbrigade 18  
+++ HOLSTEIN  
hat Schleswig-Holsteins Innenminister Klaus Buß appelliert, bei den anstehenden Standortentscheidungen die wichtige Rolle der Bundeswehr für den Katastrophenschutz zu berücksichtigen. "Wenn Personal und Gerät der zivilen Rettungskräfte nicht mehr ausreichen, müssen wir uns auch in Zukunft auf die Bundeswehr verlassen können", sagte Buß. +++

+++ Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm hat den langjährigen Landesbrandmeister Jürgen Helmdach aus seinem Amt verabschiedet. Der 65-Jährige war seit 1995 der oberste Feuerwehrmann des Landes. Die bisherigen Aufgaben Helmdachs übernimmt der neue Landesbranddirektor Henry Merz. Der 47-Jährige war zuvor als Brandschutzreferent im Innenministerium tätig. Das Amt des Landesbranddirektors war mit dem neuen Brand- und Katastrophenschutzgesetz des Landes geschaffen worden. Helmdach wurde zugleich zum Ehren-Landesbrandmeister ernannt. +++

+++ Bayern setzt ein Konzept für länderübergreifende Katastrophenhilfe um.

"Wir müssen im Stande sein, auch größere Kontingente der Einsatzkräfte unseres Landes rasch benachbarten Ländern zur Verfügung zu stellen. Die Erfahrungen des August-Hochwassers 2002 haben gezeigt, dass dazu eine Vorplanung nützlich ist", betont Innenminister Dr. Günther Beckstein. Das bayerische Innenministerium hat dafür ein Konzept erarbeitet. Insgesamt umfasst das Konzept Anforderungsverfahren für die Katastrophenhilfe, die Abwicklung der Hilfeersuchen, Planungen für die Festlegung von Hilfeleistungskontingenten und die Abwicklung von Einsätzen unter Berücksichtigung der landesspezifischen Strukturen und Regelungen. +++

+++ Sachsen fördert bis Ende 2006 den Bau von Sirenenanlagen, um seinen Katastrophenschutz zu verbessern. Auf Grundlage einer Verwaltungsvorschrift gewährt das Sächsische Staatsministerium des Innern Gemeinden, Landkreisen und Kreisfreien Städten zeitlich befristet eine finanzielle Unterstützung zur Anschaffung und Errichtung bestimmter Warninstrumente. Konkret handelt es sich um "Integrierte Warnsysteme", bestehend aus mehreren, untereinander über eine Steuerzentrale verbundenen Sirenen, Kompaktsirenen (Einzelsirenen) und Sirenensteuerempfängern zur Wiedergabe der landeseinheitlichen Sirensignale. Die Förderung erfolgt allerdings nicht flächendeckend, sondern konzentriert auf die Gefährdungsschwerpunkte, z. B. hochwassergefährdete Gebiete und das Umfeld von Chemiewerken. Anträge auf Fördermittel können ab sofort beim zuständigen Regierungspräsidium gestellt werden. Der Hintergrund: Bis 1990 gab es auf dem Gebiet der ehemaligen DDR rund 22.500 Sirenen, die einzeln, in Gruppen oder flächendeckend insbesondere für Zivilschutzzwecke ausgelöst werden konnten. Nach der Vereinigung beider deutscher Staaten begann als Folge der politischen Entspannung sowie aus Kostengründen der Abbau dieses Sirenenetzes, der 1992 abgeschlossen wurde. Hierbei wurden im Freistaat rund 2.500 Sirenen von den Gemeinden übernommen, von denen bis heute rund 2.000 vor allem für den Brandschutz eingesetzt werden. +++

+++ Der Österreicher Rudolf Schöny, Löschmeister bei der freiwilligen Feuerwehr in Kaltenleutgeben, erhielt kürzlich den Innovationspreis seines Bundeslandes. Er hatte die einfache Idee, statt Sandsäcken eine mit beliebigem Material bestückbare Plane als Sandsackersatz für Hochwasserschutz zu nutzen. Das System ist aus logistischer Sicht ein Segen für Hochwasserhelfer, da es hochmobil, leicht und jederzeit einsetzbar ist.  
[www.moses-dbh.at](http://www.moses-dbh.at) +++

#### BOS-FUNK

+++ Immer noch nicht ganz klar zeichnet sich die Positionierung von Deutschlands größtem Elektronik-Konzern, der Siemens AG, in Sachen BOS-Digitalfunk ab. So hatte das Unternehmen noch beim Interessenbekundungsverfahren (IBV) vor anderthalb Jahren ein vom Innenministerium als "sehr rund" angesehenes Angebot abgegeben, genauer gesagt zwei: die Option mit Tetra (über Siemens Österreich) und die Option Tetrapol (über die Siemens AG München, im Hintergrund die Siemens-Lösung Tetrapol in der Schweiz). Es folgte der quälende politische Prozess der Ausschreibungsvorbereitung, den Siemens bisher jedoch nicht nutzt, eine klare Position zu beziehen. Doch in jüngster Vergangenheit tut sich etwas, insbesondere nach dem Bundesinnenminister Otto Schily den Noch-Vorstandsvorsitzenden der Siemens AG drängte, sich als nationales Kernunternehmen im Rahmen dieser Ausschreibung in zentraler Funktion zu engagieren. Gedacht wird dabei mittlerweile an die Übernahme einer Generalunter- oder Generalübernehmerschaft. Doch wo will Siemens hin? Mehr Details dazu in der

Oktober-Ausgabe des Behörden Spiegel, Deutschlands ältester und größter Zeitung für den Öffentlichen Dienst. +++

+++ Der Landesbetrieb Straßen und Verkehr Rheinland-Pfalz - Autobahnamt Montabaur - hat der EADS Defence and Communications Systems den Auftrag erteilt, ein digitales Betriebsfunknetz auf Basis des TETRAPOL-Standards entlang den Autobahnen in Rheinland-Pfalz aufzubauen. Der Auftragswert liegt bei rund 3,6 Millionen Euro. Die EADS konnte sich nach einer bundesweiten Ausschreibung gegen fünf Mitbewerber besonders finanziell durchsetzen. Der Behörden Spiegel berichtete ausführlich über die Ausschreibung und die Angebote bereits im Juni. Der digitale Autobahn-Betriebsfunk unterstützt die Straßenbauverwaltung bei ihren vielfältigen Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten auf den Bundesfernstraßen, aber auch bei ihren Serviceaufgaben beim Befreien der Straßen von Eis und Schnee und bei der Absicherung bei Unfällen. Darüber hinaus können vorhandene Mittels, wie Fahrzeuge, Arbeitsmaschinen und Personal effektiver eingesetzt und disponiert werden. Die EADS begrüßt diesen Schritt ins digitale Zeitalter, da er den Nutzern eine Vielzahl von Vorteilen bietet. Die Fertigstellung des Betriebsfunknetzes für die Gesamtstrecke von rund 850 Kilometern Bundesautobahnen in Rheinland-Pfalz ist für September 2005 geplant. Kritik wurde bereits bei der Ankündigung der Ausschreibung daran laut, dass die Verkehrsbehörden unselbständig Funknetze aufbauen, statt die bundesweite BOS Digitalfunk-Ausschreibung abzuwarten. +++

#### VERANSTALTUNGEN UND TERMINE

+++ Am 9. Oktober 2004 findet in Nordrhein-Westfalen ein Tag der offenen Tür bei der Polizei statt. Von Aachen bis Minden, von Bocholt bis Siegen werden landesweit Polizeidienststellen am Festort Bonn vertreten sein, um Einblicke in die klassische Polizeiarbeit zu geben und modernste Technik vorzustellen. So werden zum Beispiel die Einsatztechniken der Polizeihundertschaften, die Arbeit der Polizei bei der Verkehrsunfallaufnahme oder auch die Tätigkeit der Einsatzleitstellen präsentiert. Ein musikalisches und sportliches Programm rundet die Veranstaltung auf dem Bonner Münsterplatz ab.  
<http://www.polizei.nrw.de/> und [www.polizei-bonn.de](http://www.polizei-bonn.de) +++

+++ Am 30. September 2004 veranstaltet die europäische Dachgewerkschaft EuroCOP in Brüssel eine Konferenz zum Thema "Policing in an Enlarged EU. Heading for Success or Disaster?" Die Veranstaltung soll die erste einer bis 2007 geplanten Reihe sein, die den EU-Erweiterungsprozess begleitet. Um 13:00 ist eine Podiumsdiskussion vorgesehen, an der Prof. Dr. Malcolm Anderson - Centre for European Policy Studies, Brüssel, und Bill Newton-Dunn, MdEP, teilnehmen. Angefragt sind Jaime Mayor Oreja, MdEP, sowie der niederländische Justizminister Jan Piet Hein Donner. Eine Simultanübersetzung in Englisch, Französisch und Deutsch wird gestellt.  
<http://www.eurocop-police.org/englisch/frameset.htm> +++

+++ Weitere Hinweise zu zielgruppenspezifischen Seminaren und Kongressen finden Sie chronologisch geordnet und recherchierbar auf [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de) unter dem Menüpunkt "Veranstaltungskalender"! +++

+++ 20.09.2004: "Multimediale Erkenntnisdateien, Moderne Zentralregister  
+++ und  
Analyse von Massendaten", Landesvertretung Brandenburg in Berlin,  
[www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de) +++

+++ 03.11.2004: "Bundeskongress NKF", 04.11.2004: "e-nrw - E-Government unter Nutzung von Standards. Fachlösungen aus der Praxis in NRW", Düsseldorf, Rheinterrassen; [www.neues-kommunales-finanzmanagement.de/](http://www.neues-kommunales-finanzmanagement.de/), [www.e-nrw.info](http://www.e-nrw.info) +++

+++23.-24.11.2004: "3rd Congress On European Defence - Dritte Berliner Sicherheitskonferenz"; [www.european-defence.com/](http://www.european-defence.com/) +++

+++ 23.-24.02.2005: 8. Europäischer Polizeikongress: "Innere Sicherheit  
+++ im  
Europa der 25", Berlin; [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

+++ 31.05.-01.06.2005: Effizienter Staat - 8. Deutscher Verwaltungskongress: TRANSFORMATION - Staat und Gesellschaft, Berlin; [www.effizienter-staat.de](http://www.effizienter-staat.de)  
+++

#### HINWEISE

##### Polizei-Newsletter

Der Polizei-Newsletter, der monatliche, hochkonzentrierte Newsflash von Deutschlands ältester und größter unabhängiger Zeitung für Behörden. Für Behörden Spiegel-Abonnenten (Print-Ausgabe) und Teilnehmer des Europäischen Polizeikongresses ist Polizei-Newsletter kostenlos.

[Hinweis: Da zahlreiche unserer Empfänger (Sicherheits-) Schwierigkeiten mit dem Empfang von Anhängen und formatierten Mails haben, publizieren wir diesen Newsletter in unformatierter Form.]

? Haben Sie diesen Newsletter weitergeleitet bekommen und möchten ihn regelmäßig beziehen? Bitte Mail mit Ihrer E-Mail- sowie Ihrer vollständigen postalischen Adresse und dem Betreff "SUBSCRIBE Polizei-Newsletter" an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de)

? Sie möchten den Behörden Spiegel (Print) und den Newsletter beziehen: bitte Abonnement-Formular auf [www.behoerdenspiegel.de](http://www.behoerdenspiegel.de) ausfüllen und senden.

? Sie möchten Informationen zum 8. Europäischen Polizeikongress im Februar 2005. Eine Programmvorschau und Anmeldemöglichkeit sind unter [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) verfügbar.

? Möchten Sie diesen Newsletter nicht weiter beziehen? Bitte Mail mit "UNSUBSCRIBE" POLIZEI-NEWSLETTER im Betreff an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de)

#### IMPRESSUM

Redaktion: Stefan Brüss (Redaktionsleitung). Beiträge von Achim A. Deckert, Franz Drey, Matthias Köhler, R. Uwe Proll. Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt von "Polizei-Newsletter" ist R. Uwe Proll. ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Am Buschhof 8, 53227 Bonn, Telefon:

0049-288-970970, Telefax: 0049-228-9709775, E-Mail:

[polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de) . Registergericht: AG Bonn HRB 3815.

UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Polizei-Newsletter". Die Rechte an Marken und Warzenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches der Herausgeber liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Behörden Spiegel Polizei-Online  
Der Polizei-Newsletter  
Ausgabe 7, 21. Oktober 2004

Sie erhalten hiermit exklusiv die siebte Ausgabe des Polizei Newsletters des Behörden Spiegel, heute mit folgenden Themen:

- IN EIGENER SACHE
- SCHWERPUNKT BOS DIGITALFUNK UMFRAGE
- BOS DIGITALFUNK
- VERANSTALTUNGEN
- IN AKTION
- BESCHAFFUNG
- POLITIK
- EUROPA
- BIOMETRIE
- E-CRIME
- LEUTE
- PRAXIS
- KATASTROPHENSCHUTZ
- FÜR SIE GELESEN
- TERMINE
- HINWEISE
- IMPRESSUM

IN EIGENER SACHE

+++ Ab sofort stehen unter [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de) die Mediadaten 2005  
+++ für  
die Printausgabe des Behörden Spiegel zur Verfügung. Neben den Mediadaten  
findet sich auf der Homepage der Themenplan für das kommende Jahr, in dem der  
Behörden Spiegel 20 Jahre alt wird und zu diesem Anlass eine Sonderausgabe  
veröffentlichten wird. Im Februar 2005 organisiert der Behörden Spiegel den 8.  
Europäischen Polizeikongress in Berlin ([www.euro-police.com](http://www.euro-police.com)). [Ansprechpartner](#)  
für die Sonderausgabe und den Polizeikongress ist Stephan Brüss:  
[stephan.bruess@behoerderspiegel.de](mailto:stephan.bruess@behoerderspiegel.de) +++

SCHWERPUNKTTHEMA: BOS-DIGITALFUNK UMFRAGE

+++ Die Neuausstattung der Behörden und Organisationen für  
Sicherheitsaufgaben (BOS) mit einem neuen digitalen Funknetz beherrscht die  
Diskussion zwischen Bund und Ländern seit nunmehr einem guten Jahrzehnt.  
Dass der bisher im Einsatz befindliche analoge Funk viele Schwächen hat, so  
u.a. die fehlende Abhörsicherheit, ist unbestritten und so ging der Behörden  
Spiegel der Frage nach, wie Polizeibeamte und Polizeibeamte mit  
Führungsfunktionen heute ihre alltäglichen Probleme lösen. Hierzu gab der  
Behörden Spiegel der Nürnberger GfK den Auftrag Polizeibeamte und  
Polizeibeamte mit Führungsfunktionen zu ihrem Verhalten bei der  
Mobilfunknutzung zu befragen. +++

+++ Ziel dieser Befragung war es, herauszufinden, welche Anforderungen  
Polizisten an ihre zukünftige Funkausstattung stellen und wie sie die heute  
auftretenden Probleme, wie beispielsweise eine mangelnde Flächenabdeckung oder  
auch das Problem der Möglichkeit den analogen Funk abzuhören, lösen.

Auffälligstes Merkmal bei der Befragung, die die GFK im Auftrag des Behörden Spiegel durchführte, war, dass rund drei Viertel der Polizeibeamten die Probleme, die sich im Alltag ergeben, durch den Einsatz von Handys lösen. Erwartungsgemäß ergab die Befragung, dass natürlich auch heute das Funkgerät auf analoger Basis von nahezu allen Polizeibeamten und Polizeibeamten mit Führungsfunktionen genutzt wird. Auffällig ist dann allerdings, dass knapp 70 Prozent - mit einer höheren Gewichtung bei den Beamten mit Führungsfunktionen - auch auf ein dienstliches Handy zurückgreifen können. Offensichtlich reicht aber die Menge der Diensthandys nicht aus. Dies wird dadurch auffällig, dass eine Quote von 77 Prozent dann auch auf das private Handy zurückgreift, wenn die Nutzung eines Diensthandys nicht möglich ist. So ist der höchstgenannte Wert als Begründung für den Einsatz des privaten Handys auch im Dienst die Nichtverfügbarkeit eines Diensthandys. An zweiter Stelle kommt dann die Begründung, dass die Funkverbindung des gängigen analogen Funks nicht ausreicht, um eine Verbindung herzustellen, die Funkverbindung also entweder von der Qualität zu schlecht ist oder in Richtung ländlicher Gebiete gar nicht erst vorhanden ist. Der Usus, dann ein GSM-Handy zu nutzen, ist bei den Beamten offensichtlich schon so hoch eine Gewohnheit geworden, dass man in solchen Situationen dann auch auf das private Handy zurückgreift. +++

+++ Diesen Trend belegt denn auch die Befragung nach der Bedeutung von Leistungsmerkmalen beim Einsatz von mobilen Kommunikationssystemen ganz eindeutig. Gewichtet nach der Häufigkeit der Nennung als wichtigstes Kriterium liegen die Abhörsicherheit und der Empfang auch in ländlichen Gebieten auf den beiden vorderen Plätzen. Es folgen Zukunftssicherheit und schon weit abgeschlagen das Polizei eigene Netz. An anderer Stelle nennen zwischen 60 und 70 Prozent der Befragten Leistungsmerkmale wie gute In House-Versorgung, Robustheit der Endgeräte und die einfache Bedienbarkeit. Anforderungen wie die überregionale Erreichbarkeit oder das direkte Telefonieren auch in öffentliche Telefonnetze fallen hier bei der Bewertung von Leistungsmerkmale deutlich zurück. Dass der Trend der Gesamtbefragung im einzelnen sogar noch höher ist, belegt die Aufteilung der Angabe guter Empfang auch in ländlichen Gebieten getrennt nach Beamten in Städten und auf dem Land. Der gute Empfang in ländlichen Gebieten rangiert bei den Beamten, die auch auf ländlichen Gebieten zum Einsatz kommen, bei nahezu 90 Prozent an der Spitze, wohingegen ihre Kollegen, die überwiegend in der Stadt zum Einsatz kommen, dieses Kriterium mit rund 65 Prozent bewerten. Man erkennt also klar, dass die, die auch tatsächlich von einer mangelnden Versorgung betroffen sind, die Wertigkeit höher einstufen. +++

+++ Dass die Beamten angesichts dieses Forderungskatalogs mit ihren dienstlich oder privat eingesetzten GSM-Handys zufrieden sind, ist technisch nachvollziehbar. Die Netzabdeckung der GSM-Netzbetreiber in Deutschland gewährleistet eine Flächenversorgung, die beispielsweise die beiden führenden Netzbetreiber mit über 95 Prozent angeben. Dass die positiven Erfahrungen, die die Beamten mit den GSM-Netzen gemacht haben, offensichtlich auch in ihre Bewertung für die Zukunft hineinspielt, belegte eine Frage nach der Bekanntheit der verschiedenen Systeme, die im Wettbewerb für den zukünftigen Digitalfunk stehen und eine Bewertung danach, welche Technik die Polizeibeamten sich vorstellen können. Die langjährigen Diskussionen um die zukünftige Technik hat offensichtlich dazu geführt, dass die Systeme wie Tetra und Tetrapol mittlerweile auch einen hohen Bekanntheitsgrad haben, denn im Schnitt 30 Prozent der befragten Polizeibeamten gaben an, diese Systemtechniken zu kennen. Dass das GSM-Netz hier mit im Durchschnitt 57 Prozent vorne liegt, ist nicht weiter verwunderlich, da es die einzige Technik ist, die bisher für Beamte auch einsetzbar war, d.h. von den drei bekannten

Techniken ist GSM die einzige, die tatsächlich in Nutzung bereits erprobt werden konnte. Siehe auch [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de) +++

#### BOS DIGITALFUNK

+++ Bis gestern fand in Leipzig die Fachmesse PMRExpo 2004 mit  
+++ begleitender

Tagung des Verbandes Professioneller Mobilfunk e.V. statt. Auf einer Pressekonferenz wiesen Peter Damerau (Motorola) und Uwe Jakob (Nokia) darauf hin, dass die notwendig zu erfüllenden Anforderungen für den digitalen BOS-Funk nur von TETRA (Terrestrial Trunked Radio) erfüllt würden. Die beiden Unternehmen stellten im Rahmen der Ausstellung eine neue miniaturisierte Endgerätegeneration mit GPRS-Funktion vor, mit der es möglich sei eigene Kräfte zu lokalisieren und per Funk zu führen. Mit 200 Teilnehmern beschäftigte sich der parallele Leitstellenkongress mit der Frage der Anbindung dieser an die neuen digitalen Funkssysteme. Neben verschiedenen Lösungen stellte insbesondere T-Systems eine praktikable Variante vor, mit der dann in Zukunft eingehende digitale Informationen in die analogen Leitstellen übertragen werden können. Am Anfang wird es zu Parallelbetrieb kommen, ob dann die in Leipzig vorgestellten Schnittstellenlösungen, so wie sie auch von Herstellern wie Motorola zwar nicht offengelegt, aber zumindest versprochen werden, auf Dauer das Vorhandensein analoger Leitstellen möglich machen, scheint aus jetziger Betrachtung nicht klar zu beantworten sein. Jedenfalls fehlen den Ländern für einen Austausch der analogen Leitstellen zugunsten digitaler die Budgets. Einen ausführlichen Korrespondentenbericht von der PMRExpo finden Sie in der November-Ausgabe des Behörden Spiegel. +++

+++ Die IABG aus München hat einen Auftrag der Innenverwaltung Hamburgs  
+++ zur

Netzplanung für den BOS-Digitalfunk in der Hansestadt, zur Kostenermittlung und späteren Qualitätssicherung erhalten. Der mehrjährige Auftrag basiert Seitens der IABG auf gesammelten Erfahrungen bei der Vorbereitung des BOS-Digitalfunk-Projektes Adonis in Wien, für das seinerzeit eine Software entwickelt wurde mit der Frequenzausbreitung und -management geplant und kalkuliert werden kann. [www.iabg.de](http://www.iabg.de) +++

+++ Neben dem schon seit längerem bestehenden Konsortium T-Systems und Motorola haben sich Nokia, Alcatel/SEL und die DB Telematik zusammengefunden. Damit stehen auf Tetra-Seite zwei große Konsortien für ein Angebot bereit. Nokia verfügt über ausreichend Erfahrung im Tetra-Netzaufbau nicht nur aus dem Heimatland Finnland und über eine breite Palette modernster Endgeräte. Alcatel hat eine große Zahl kompetenter Ingenieure und könnte als Management- und Systemhaus fungieren. Zudem hat Alcatel mit der österreichischen PTT gerade erst den Auftrag für den Aufbau des BOS-Digitalfunknetzes in der Alpenrepublik gewonnen. Die Telekommunikationstochter der staatlichen Bahn AG betreut ihren Kunden mit der Einführung eines auch unter Sicherheitsaspekten relevanten Funksystems auf Basis von GSM-R (siehe Meldung unten stehend in diesem Behörden Spiegel-Newsletter). Außerdem verfügt die Bahn über ausreichend Grund und Boden zur Lösung der Standortfrage. Mehr dazu im nächsten Behörden Spiegel.

+++

+++ Die T-Systems wird rund 2.300 Fahrdienstleiter-Standorte sowie  
+++ sieben

Betriebszentralen mit dem Mobilfunknetz der Deutschen Bahn verbinden. Künftig nutzen auch die ortsfesten Teilnehmer, Fahrdienstleiter und Zugdisponenten die Funktionen des neuen Mobilfunknetzes GSM-R (Global System

for Mobile Communication-Rail) für die Kommunikation. Dies soll zu funktionalen Verbesserungen gegenüber dem heutigen analogen Zugfunk führen, etwa beim Gruppenruf. Die DB Netz AG baut die GSM-R-Mobilfunk-Infrastruktur zunächst für rund 24.000 Streckenkilometer auf und rüstet die Fahrzeuge mit digitalen Zugfunkgeräten aus. Dazu gehört ein separates Festnetz, das auf ISDN-Technik basiert. Erst mit diesem Bindeglied können Fahrdienstleiter die zusätzlichen Funktionen von GSM-R nutzen. T- Systems baut dieses ISDN-Netz auf und betreibt es. [www.bahn.de](http://www.bahn.de); [www.t-systems.de](http://www.t-systems.de) +++

+++ Kurz vor der nun erwarteten bzw. angekündigten BOS-Digitalfunk-Ausschreibung ist in der Branche offensichtlich noch einmal Bewegung in die Preisdiskussion gekommen. Nicht genannt werden wollende Industrievertreter halten es für denkbar, dass die derzeit noch über 3 Mrd. Euro liegenden Angebote für Netzaufbau und Betrieb deutlich nach unten sinken könnten. Angenommen wird eine solche Kostensenkung mit dem Druck, den die Finanzminister mit Blick auf ein günstigeres GSM-Angebot das nur über zwei Mrd. Euro liegt, machen werden. Begründet werden könnte der Preisfall damit, dass zumindest zwei der derzeit bekannten Konsortien bereits heute über zahlreiche Antennenstandorte oder sogar Antennenanlagen bundesweit flächendeckend verfügen (T-Systems, DB Telematik). Die EADS DCS (darin aufgegangen ist die EADS Telecom) müsste - ob nun ein gemeinsames Konsortium mit Siemens zustande kommt oder auch nicht - Standorte akquirieren. Hier böte sich u.a. die Gesellschaft für Entwicklung, Betrieb und Beschaffung (GEBB), eine hundertprozentige Tochter des BMVg, an, die schon seit zwei Jahren Antennenstandorte auf Bundeswehrliegenschaften anpreist. Eine Flächendeckung allein mit Bundeswehrstandorten wäre jedoch nicht zu erreichen. In einigen Bundesländern wird in den Innenministerien jedoch darüber diskutiert, inwieweit polizeieigene Standorte (und gegebenenfalls auch Personal) durch den Netzbetrieb zwingend zu übernehmen seien. Andere Bundesländer wollen verpflichtend auch Dienstleistungen ihrer eigenen IT-Gesellschaften in die mit den Ländern zu schließenden Verträge einbringen. Diese öffentlichen Betriebe, z.B. das LIT in Berlin und die Dataport von Hamburg und Schleswig-Holstein, verfügen auch über mögliche Antennenstandorte, insbesondere aber über bestehende Stadtnetze. +++

+++ "Es muss doch möglich sein, auch in Deutschland ein Großprojekt im Bereich Sicherheit durchzuziehen!" empörte sich Staatssekretär Göttrik Wewer auf einem Workshop des Forum Vergabe e.V. (BDI) in Badenweiler über zentrale Beschaffung, deren Einsparungspotenziale und Nachfragemacht: "Die USA machen das viel hemdsärmeliger." Das Vergaberecht sei inzwischen so überkompliziert geworden, das es von einem Instrument der Transparenz und des Wettbewerbs zu einem Instrument der Verhinderung von Transparenz und Wettbewerb geworden sei. Allerdings sei der bundesweite Digitalfunk nicht nur am Vergaberecht gescheitert. Eine Rolle spielten auch die Bedenken der Länderfinanzminister. Inzwischen sei es allerdings zu spät. Auch wenn diese Ihre Meinung ändern würden, bliebe keine Zeit mehr. Heftige Kritik übte der Staatssekretär an Teilen der Anwaltschaft: "Es gibt Anwälte, die sehen ihre Aufgabe darin, Vergabeverfahren so lange hinzuziehen, dass weder ihr Mandant, noch der Konkurrent das Produkt erstellen kann. Wir brauchen eine Regelung, die das verhindert." +++

+++ Der BDI lädt zu einem politischen Abend ins Haus der deutschen Wirtschaft am 27. Oktober 2004 zum Thema "Das digitale BOS-Funknetz - Garant für die Sicherheit, Innovation und Wirtschaft -" ein. Es spricht der Vorsitzende der GdP, Konrad Freiberg, der Vize-Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes und Berliner Feuerwehrchef Albrecht Bromme, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Bosbach sowie Rainer Wend, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit des

Bundestages (SPD). Für politische Kultur soll die Korrespondentin der neuen Zeitschrift Cicero sorgen, Martina Fietz, wenn sie die Herren zu einer Diskussionsrunde bewegt. Ein Impulsreferat wird von Professor Dr. Jürgen Weber von der Wirtschaftshochschule Vallendar zu den ökonomischen Aspekten der Einführung des Digitalfunks in der Bundesrepublik erwartet. Seitens des Bundes- oder eines Innenministeriums ist kein Vertreter im Programm. Unterstützt wird die Veranstaltung von T-Systems, Vodafone, EADS und Alcatel. [www.bdi-online.de](http://www.bdi-online.de) +++

#### VERANSTALTUNGEN

+++ Am 23. und 24. Februar findet der 8. Europäische Polizeikongress im Berliner Congress Centrum am Alexanderplatz im Herzen Berlins statt. Eine Programmvorschau findet sich unter [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com). Auf der europaweit führenden Kongressmesse für Polizeien treffen sich Innen- und Justizminister, Fach- und Führungskräfte der Europäischen Polizeien und das Management der europäischen Polizeien. So haben unter anderem der Innenminister Bayerns, Günther Beckstein, die Justizministerin Lettlands, Vineta Muizniece, der Innenminister Litauniens, Virgilijus Bulovas, der Justizminister Norwegens, Odd Einar Dorum, der Hessische CIO Harald Lemke, und viele weitere VIP's ihre Teilnahme am Hauptprogramm schon heute zugesagt. Der Höhepunkt beider Kongresstage ist das jeweilige Ministerforum, das durch Innen- und Justizminister aus ganz Europa besetzt wird. Begleitend stellen die führenden Hersteller für Polizeitechnologien ihre Produkte auf der Konferenz aus. Kontakt über 0228-97097-20, oder [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de). Programm und Anmeldung (für Behörden kostenlos) unter [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com). +++

+++ Hessens Innenminister Volker Bouffier begann den Berliner Abend des Landes Hessen mit launigen Bemerkungen: "Das einzige was in der Verwaltung stört, ist der Bürger" Und: "Keine Truppe ist so davon überzeugt, dass sie alles richtig macht, wie die Polizei". Doch von den Anwesenden nahm das keiner krumm. Denn die Stimmung war gut in der Hessischen Vertretung in Berlin, als sich das Land optimistisch und selbstbewusst mit seinem "Leuchtturmprojekt" E-Government vorstellte. "Hessen leuchtet in Berlin" hieß die Veranstaltung. Bereits heute sei Hessen beim E-Government bundesweit Vorreiter. Mit POLAS verfüge die hessische Polizei über das modernste Informationssystem in der Republik. Bouffier ist überzeugt, dass ein erfolgreiches IT-Mangement nur durch die "Bündelung der Verantwortung an zentraler Stelle" möglich sei. Aus diesem Grunde habe die Landesregierung mit Staatssekretär Harald Lemke bundesweit den ersten "Chief Information Officer" (CIO) auf Fachebene ernannt. +++

#### IN AKTION

+++ Die international agierenden Täter der Organisierten Kriminalität  
+++ (OK)  
werden immer brutaler: Zu diesem Ergebnis kam eine Tagung von Polizeiexperten aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden, der Schweiz, der Türkei, der Russischen Föderation und aus Nordrhein-Westfalen. "Der internationale Austausch der Kriminalisten ist ein wertvoller Beitrag um die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit zu fördern", so NRW-Innenminister Fritz Behrens im Fortbildungsinstitut der Polizei in Neuss bei der Verabschiedung der Delegationen. Schwerpunkt des Informationsaustauschs war die OK-Kriminalität türkischer und osteuropäischer Täter. Besonders wichtig zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ist aus Sicht der Polizeiexperten eine flexible grenzüberschreitende Polizeiarbeit, die enge

Kooperation bei kriminaltaktischen Schritten, der wechselseitige Einsatz verdeckter Ermittler und gemeinsamer Ermittlungsgruppen aus mehreren Staaten. Das Polizeiseminar findet seit 1993 jährlich abwechselnd in Deutschland, in den Niederlanden und in Belgien statt. +++

#### BESCHAFFUNG

+++ In Hessen sind alle Polizeiarbeitsplätze miteinander vernetzt. Die Vorgangsbearbeitung in den Dienststellen erfolgt mittels ComVor ebenso digital wie das Führen des polizeilichen Informations- und Fahndungssystems POLAS. "In Sekundenschnelle können Daten über Straftaten, Straftäter, Sach- und Personenfahndungen ausgetauscht werden. Das ist ein Quantensprung an Effizienz", so Innenminister Volker Bouffier in Berlin. Die bestehenden Systeme, werden Stück für Stück mit weiteren Bausteinen ergänzt. So wird derzeit der digitale Erkennungsdienst (Fotografie und Fingerabdruck) eingeführt. An weiteren Projekten wie dem mobilen Polizeiarbeitsplatz werde mit Hochdruck gearbeitet. Mehr dazu in einem Interview mit Hessen-CIO Lemke im Behörden Spiegel November. +++

+++ 9.000 PC-Arbeitsplätze werden derzeit bei der Berliner Polizei mit moderner Hard- und Software (u.a. mit dem System POLIKS) eingerichtet. In der Vergangenheit gab es nur 1.200 PC-gestützte Arbeitsplätze in dieser Behörde mit ihren 26.000 Mitarbeitern. Die Berliner Polizeiverwaltung kauft das Material eigenständig ein, d.h. nicht über den Landesbetrieb für Informationstechnik LIT. Polizeipräsident Dieter Glietsch gegenüber dem Behörden Spiegel Polizei-Newsletter: "Wir haben eine starke Einkaufsposition. Deshalb könne wir es besser und billiger einkaufen." Das schließe nicht aus, dass die Polizeiverwaltung der Bundeshauptstadt beim Einkauf nicht auch mit dem LIT zusammengehe, wie etwa bei der Software für die Bußgeldbearbeitung. +++

+++ In den hessischen Städten Obertshausen, Heusenstamm und Rodgau wurde jetzt das elektronische Frühwarnsystem "Ringmaster" installiert. Ringmaster ermöglicht der Polizei, Warnmeldungen in den Rechner einzugeben. Das Gerät kontaktiert die angeschlossenen Haushalte und Geschäfte via Telefon, Fax, E-Mail oder SMS, je nachdem, welche Benachrichtigungsform der Teilnehmer ausgewählt hat. Die Teilnahme am Ringmaster-Frühwarnsystem ist freiwillig und kostenfrei. Teilnehmer haben die Möglichkeit, in den Anmeldeformularen anzugeben, ob eine Benachrichtigung "rund um die Uhr", also auch während der Nachtstunden, erfolgen soll. Das Ringmaster-System wird von den drei Städten gemeinsam getragen und von der Polizei betrieben. Es ist in der Polizeistation Heusenstamm installiert. Die Kosten für die Anschaffung von PC und Software betragen rund 19.000 Euro und werden von den Kommunen und dem Land finanziert. +++

#### POLITIK

+++ "Wegen regionaler Besonderheiten ist es aus polizeifachlichen  
+++ Gründen  
sinnvoll, in Mittelfranken im Rahmen der Polizeiorganisationsreform einen einheitlichen Schutzbereich einzurichten. Das entspricht dem klaren Votum aller mittelfränkischen Polizeiführer und trägt den kriminalgeographischen Zusammenhängen in der Region Rechnung", begründet Bayerns Innenminister Günther Beckstein seine geplante Polizeistrukturereform. Im Rahmen der Polizeiorganisationsreform sollen künftig auch Notrufe, der Alarm über Einbruchmeldeanlagen und die Einsatzsteuerung zentral in den Einsatzzentralen

der künftig zehn Schutzbereiche in Bayern erfolgen. "Die Notrufalarmierung im Freistaat wird also künftig zentral sein, die Stationierung der Polizei wird dezentral bleiben, das heißt, die Polizei wird in der Fläche präsent bleiben", kündigt Beckstein an. +++

+++ Das Land Hessen machte auf einer Veranstaltung in Berlin (s. o.) deutlich, dass es in Sachen bundesländerübergreifende IT-Kooperation nicht untätig bleibt. Mit mehreren Informationsständen stellte das Innenministerium die Programme und Systeme vor, die es im Bereich Polizei gemeinsam mit Baden-Württemberg und Hamburg unter dem gemeinsamen Dach des IPCC (INPOL - Land - Land - POLAS Competence Center) entwickelte. Die wichtigsten seien kurz genannt: CRIME - Criminal Research Investigation Management: Web-gestütztes Analyse-Werkzeug für die Unterstützung der Polizei bei der Aufklärung und Bekämpfung von Schwerkriminalität. mPol - Mobile Computing für die hessische Polizei: Abfragen von Personen- und/oder Sachdaten im Streifendienst, in der Regel per Funk bei der Leitstelle. ComVor - Computerunterstützte Vorgangsbearbeitung: Erledigung sämtlicher Büroarbeiten, die im polizeilichen Alltag anfallen. EDDI - Erkennungsdienst Digital: Projektgruppe, um die polizeilichen Standardmaßnahmen der erkennungsdienstlichen Behandlung nach den gängigen Rechtsvorschriften vollständig zu digitalisieren. POLAS - Polizeiliches Auskunftssystem: Landesdatenhaltungssystem für polizeilich relevante Daten, browserbasierte Online-Web-Anwendung im 24-Stunden-Betrieb verfügbar; ermöglicht ohne komplizierte Abfrageschlüssel die Überprüfung von Personen und Sachen. +++

+++ "Raus aus der Wache - ran an den Täter", skizziert Hessens  
+++ Innenminister

Volker Bouffier das zentrale Ziel der künftigen Strategie der Hessischen Polizei zur Schaffung von mehr Sicherheit für die Bürger. Dazu gehörten eine deutlich stärkere Polizeipräsenz auf der Straße, sowohl Fahrstreifen, Fußstreifen als auch in kleineren Gemeinden und in Stadtteilen der Schutzmann vor Ort. Die Polizeipräsidenten seien nun beauftragt, Lösungsvorschläge zu erarbeiten, wie das Strategiekonzept umgesetzt werden könne. Der Minister stellt zugleich klar, dass dies auch Veränderungen in der Organisationsstruktur vor Ort mit sich bringen könne. "Mit Polizisten, die in der Wache oder im Büro sitzen, fange ich keine Straftäter", so Bouffier. Eine Möglichkeit sei beispielsweise die Bildung von größeren Einheiten, die mit einem Abbau von unnötiger Verwaltungs- und Führungsarbeit einhergehe. Unverändert gelte das Ziel, die hessische Aufklärungsquote, die im vergangenen Jahr mit 49,4 Prozent einen historischen Höchststand erreichte, auf einen Wert von "50 plus X" zu bringen. +++

+++ Bei seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament versprach Buttiglione, nichts zu unternehmen, was die künftige Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes zum internationalen Abkommen über die Weitergabe von PNR-Daten (passenger, name, record) an die USA betrifft. Er sei zwar nicht direkt für diesen Bereich zuständig, meine jedoch, dass sich die Kommission nicht von der Entwicklung in anderen Gremien, wie etwa der ICAO (International Civil Aviation Organization) fernhalten könne. Er werde zusammen mit seinen für Verkehr und Binnenmarkt zuständigen Kollegen dafür sorgen, dass die Kommission bei ihren Initiativen und Tätigkeiten wichtigen öffentlichen Interessen wie Sicherheit angesichts des Terrorismus und anderer Bedrohungen Rechnung trägt, gleichzeitig jedoch Auswirkungen auf die Rechte der Fluggpassagiere und Fluggesellschaften auf ein striktes Mindestmaß begrenzt. +++

+++ Bremen baut eine zweite Einsatzhundertschaft der  
+++ Bereitschaftspolizei

auf. Für Innensenator Thomas Röwekamp erfüllt das Land damit "nicht nur eine langjährige Verpflichtung gegenüber dem Bund und zwischen den Ländern, auf deren Unterstützung wir gegenseitig angewiesen sind", sondern die Polizeistrukturreform erhalte auch sichtbare Konturen. Die Absolventen des Polizeijahrgangs 2004 der Hochschule für Öffentliche Verwaltung (HfÖV) werden größtenteils bei der Bereitschaftspolizei (Bepo) eingesetzt. Bremen hat sich ferner entschieden, die Bereiche Wasserschutzpolizeidirektion (WSP) und Verkehrspolizei zu einer neuen Polizeidirektion zusammenzufassen. Die neue PD Wasser/Verkehr bekommt einen Personalstamm von rund 300 Mitarbeitern und soll laut Röwekamp zu einem "neuen Kompetenzzentrum für Mobilität und Transport zu Lande und zu Wasser sowie für den maritimen Umweltschutz" werden. "Wir wollen hier Synergieeffekte im Bereich der Querschnittsaufgaben, des Dauerdienstes und der Gefahrgutüberwachung erzielen". Die regionale Kriminalitätssachbearbeitung in den Polizeikommissariaten erfolgt künftig nach stadtteilübergreifenden Schwerpunkten innerhalb der Polizeiinspektionen. Eingerichtet werden schließlich eine zentrale Analysestelle und eine zentrale Anzeigenbearbeitung bei der Kripo/Landeskriminalamt. +++

## EUROPA

+++ Auf ihrem informellen Treffen im holländischen Scheveningen einigten sich die Justiz- und Innenminister der EU-Staaten u.a. auf Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität, bei denen die Nutzung von IKT eine entscheidende Rolle spielt. Die Vorhaben sollen in das mehrjährige Programm "Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit" einfließen, dass am 5. November dem Treffen der europäischen Regierungschefs vorgelegt wird. Man ist sich darüber einig, dass der Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden verbessert werden muss. Es müsse zur Regel werden, dass vorhandene Informationen an die Dienste anderer EU-Staaten, die sie betreffen, weitergegeben werden müssten, damit diese ihre Aufgaben erfüllen können. Allerdings nur, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben seien:

- die Informationen müssen für die Erfüllung der Aufgaben notwendig sein,
- die Daten müssen von guter Qualität sein,
- sie dürfen nicht in falsche Hände geraten,
- die Bürger müssen vor Missbrauch der Daten geschützt werden. +++

+++ Des weiteren sprachen sich die Justiz- und Innenminister dafür aus, ihre Sicherheits- und Nachrichtendienste zu verpflichten, ihre Befugnisse nicht nur zum Schutz des eigenen Landes, sondern auch zur Abwendung von Schaden anderer Mitgliedsstaaten einzusetzen. Diesen müssten die dafür nötigen Informationen so schnell als möglich zugeleitet werden. Außerdem sollten sich die Mitgliedsstaaten die Selbstverpflichtung auferlegen, auch Europol regelmäßig mit den für die Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung notwendigen Informationen zu versorgen. +++

+++ Der für den Aufgabenbereich Justiz und Inneres in der künftigen EU-Kommission vorgesehene italienische Europaminister Rocco Buttiglione betont, dass der Austausch von Informationen über die kriminelle Bedrohung und die Verbreitung von Wissen hierzu auf Unionsebene von grundlegender Bedeutung ist. Wie sonst keine Behörde sei Europol in der Lage, Informationen aus allen 25 Mitgliedstaaten auszuwerten. Hiervon ausgehend ist für Buttiglione eines der wichtigsten Ziele die Entwicklung eines Konzepts der nachrichtendienstlich gestützten Rechtswollstreckung, um es dem Ministerrat zu ermöglichen, seine Beschlüsse auf der Grundlage von genauen strategischen und operationellen Bewertungen, die Europol liefert, zu fassen. Auch die der Koordinierung

staatsanwaltschaftlicher Verfolgungsmaßnahmen dienende EU-Behörde Eurojust müsse in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle übernehmen. +++

+++ Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DpolG)

+++ Wolfgang

Speck begrüßt den von den unionsgeführten Bundesländern Bayern, Niedersachsen, Saarland und Thüringen Ende letzter Woche in den Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf mit dem Ziel der Errichtung einer zentralen Terrordatei zur verbesserten Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus.

Danach sollen auch Kommunen und andere Körperschaften zur Bereitstellung sachdienlicher Daten verpflichtet werden. Speck fordert seinerseits wiederum, dass der Datenverkehr zwischen den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder keine "Einbahnstraße" werden dürfe, sondern es sich um einen gegenseitigen Austausch handeln müsse. [www.dpolg.de](http://www.dpolg.de) +++

+++ Rocco Buttiglione kritisiert das Zögern der Mitgliedstaaten, in

+++ vollem

Umfang nachrichtendienstliche Erkenntnisse auszutauschen. Der Grund sei ein Mangel an gegenseitigem Vertrauen und das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Sicht des Terrorismus als gemeinsamer Bedrohung. Buttiglione verlangt für die europäische Informationspolitik ein Gleichgewicht zwischen der Verstärkung aller notwendigen Maßnahmen und dem damit verbundenen vertraulichen nachrichtendienstlichen Austausch von Informationen auf der einen Seite und der Gewährleistung des Schutzes von Daten und Grundrechten sowie gerichtlicher und parlamentarischer Kontrollen auf der anderen Seite. An diesem Grundsatz seien auch die weiteren Arbeiten an der Vernetzung von Datenbanken mit Strafregistern und den Vorschriften zum Schutze von Personendaten bei der polizeilichen und gerichtlichen Zusammenarbeit zu messen. +++

+++ Das IPCC (INPLOL-Land-POLAS Competence Center) wurde 2003 in

+++ Kooperation

von den Ländern Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen Ende 2003 mit dem Ziel gegründet, das derzeit im Fahndungsverbund eingesetzte polizeiliche Informationsverfahren INPOL-Land adäquat zu betreuen sowie technisch und fachlich weiterzuentwickeln. Die Länder Brandenburg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen sowie der Bundesgrenzschutz, das Zoll- und das Bundeskriminalamt haben sich dem IPCC im Rahmen einer Pflegezweckgemeinschaft angeschlossen. +++

+++ Bundesinnenminister Otto Schily hat angeordnet, dass die bereits in

+++ der

Koalitionsvereinbarung vorgesehene Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in Bundespolizei in Angriff genommen wird. Ein Gesetzentwurf soll nun kurzfristig erarbeitet werden. Die Umbenennung in "Bundespolizei" erfolgt allein mit dem Ziel einer aufgabengerechten Namensgebung. Inhaltliche Änderungen, Umstrukturierungen oder gar Erweiterungen der bestehenden Zuständigkeiten wird es nicht geben. Im Zuge der Umbenennung wird die Polizei des Bundes künftig blaue Uniformen erhalten. Die BGS-Reiterstaffel in Berlin sowie die neuen Hubschrauber der BGS-Fliegerstaffel sind bereits "blau". Anlass hierfür ist nicht zuletzt die zunehmende Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit anderen, bereits überwiegend blau uniformierten Polizeien der EU-Staaten. Die Umstellung wird ab 2005 über fünf Jahre kostenneutral realisiert werden. [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)+++

+++ Geteiltes Echo: Hamburgs Innensenator Udo Nagel begrüßt, "dass sich

+++ der

Bundesinnenminister dem Hamburger Weg angeschlossen hat und auch zur traditionellen Farbe Blau zurückkehrt". Er gehe davon aus, dass es in Deutschland bald wieder eine einheitliche, blaue Polizeiuniform geben werde: "Damit passen wir uns auch dem Standard in fast allen anderen europäischen Ländern an". Auch mit der neuen Bezeichnung "Bundespolizei" hat der Senator keine Probleme: "Der Bundesinnenminister hat deutlich gemacht, dass Änderungen der Zuständigkeiten oder eine Erweiterung des Aufgabenbereichs mit dem neuen Namen nicht verbunden sind", so Nagel.

Sachsens Innenminister Horst Rasch bezeichnet Schilys Pläne zur neuen Bundespolizei dagegen als "fragwürdig". Er befürchte "einen riesigen Verwaltungsaufwand und enorme Kosten". Schily müsse sich fragen lassen, ob die dafür notwendigen finanziellen Mittel nicht sinnvoller eingesetzt werden könnten, so Rasch weiter: "Ich denke, das Geld wäre notwendiger bei der dringenden Einführung des Digitalfunks für die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern." Hier habe sich der Bund noch immer nicht zu einer Mitfinanzierung in für die Länder akzeptabler Höhe bereit erklärt. Darüber hinaus warnt Rasch davor, dass die Bezeichnung "Bundespolizei" ein möglicher Vorbote von Schilys Plänen hinsichtlich einer stärkeren Zentralisierung der deutschen Sicherheitsbehörden sein könnte. Dies lehne Sachsen kategorisch ab.

+++

+++ Klaus-Hilger Leprich, der Vorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ), wendet sich im Zuge der aktuellen Debatte, die Sicherheitsbehörden neu zu strukturieren, gegen eine neue "Bundesfinanzpolizei". "Wenn man den Vollzugsbereich vom Zoll separiert, dann zerschlägt man ihn. Der Universalzöllner wäre damit "tot". Denkbar sei es aber, den Vollzugsbereich künftig mehr zu bündeln, um die Organisationsform zu optimieren. Ein künftig einheitliches Vorgehen wünscht er sich bei den technischen Hilfsmitteln: "Es ist zwingend notwendig, dass wir so bald wie möglich die Datenflüsse der einzelnen Sicherheitsbehörden zusammenschalten. Das ist auch wichtig, wenn es um die Finanzströme beim Internationalen Terrorismus geht." Nicht aber müssten die Behörden im Sinne der Effizienz zusammengelegt oder zentralisiert werden, wie es beispielsweise von Bundesinnenminister Otto Schily angedacht ist.

"Mammutbehörden würden noch mehr Ineffizienz schaffen." Lesen Sie in der November-Ausgabe des Behörden Spiegel mehr über die gewachsenen Aufgaben der Zollverwaltung und ihre Position innerhalb der nationalen Sicherheitsarchitektur. +++

## BIOMETRIE

+++ Auf dem Frankfurter Flughafen ist vergangenen Monat die wichtige  
+++ Marke  
von 10.000 Teilnehmern des Pilotprojektes "Biometriegestützte Grenzkontrolle" überschritten worden. Bundesinnenminister Otto Schily hatte das Projekt am 12. Februar 2004 in Betrieb genommen und den zunächst auf sechs Monate geplanten Probetrieb bereits im August 2004 zur weiteren Systemoptimierung um weitere zwölf Monate verlängert. Schily: "Die hohe Zahl von Teilnehmern in so kurzer Zeit ist erfreulich. Die Bürgerinnen und Bürger im europäischen In- und Ausland haben keine Berührungsängste im Umgang mit biometrischer Technik. Sie vertrauen dem Bundesgrenzschutz freiwillig ihre personenbezogenen Daten an."+++

## E-CRIME

+++ Ein Jungunternehmer, der einen aufstrebenden Internet-Versandhandel

betrieb, ist in Soest wegen gewerbsmäßigen Betruges zu 21 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden. Der Unternehmer verlangte die Zahlung per Vorkasse und unterließ in zahlreichen Fällen die Lieferung der Waren. Trotz Betrug meldete der Unternehmer Insolvenz an, die Kunden bleiben auf Ihren Forderungen, die sich auf eine halbe Million Euro belaufen sollen, sitzen. Seitens der Staatsanwaltschaft gab es seit dem Jahr 2000 Ermittlungen gegen den Internetversandhandel.+++

+++ Bundesinnenminister Otto Schily hat am Montag den Startschuss für  
+++ einen  
neuen Informationsdienst des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gegeben. Der neue E-Mail-Newsletter "Sicher-informiert" soll speziell auf die Bedürfnisse der privaten Computernutzer zugeschnitten sein. Zukünftig können sich die Bürger alle 14 Tage in Sachen IT-Sicherheit auf den neuesten Stand bringen. Welche Computerviren gerade im Umlauf sind, welche Patches man sich unbedingt herunterladen sollte - diese und andere Informationen stellt das BSI zur Verfügung. Zur Anmeldung zum Newsletter gelangen Sie über [www.bsi-fuer-buerger.de](http://www.bsi-fuer-buerger.de). Der Newsletter kann dort eingesehen oder per E-Mail abonniert werden. +++

#### LEUTE

+++ Der langjährige Leiter der Pressestelle des Landeskriminalamtes NRW, Erster Kriminalhauptkommissar Fredrick Holtkamp, ist vom LKA-Chef, Wolfgang Gatzke, aus dem aktiven Dienst verabschiedet worden. Der heute 57-jährige Fredrick Holtkamp, seit Juli 1977 beim LKA NRW, wechselte 1987 zur Pressestelle. Dort arbeitete er bis heute mit drei Behördenleitern zusammen. "Er war ein geschätzter Ratgeber, engagiert, geradeheraus und immer gut für ein klares Wort"; so Gatzke. Mit der Leitung der Pressestelle wurde der 43-jährige Kriminalhauptkommissar Frank Scheulen betraut. Seit 1998 ist KHK Scheulen Pressesprecher der Behörde. +++

#### PRAXIS

+++ Erster Polizeihauptkommissar Klaus-Dieter Schelske von der Landespolizeischule Berlin und Leiter der Clearingstelle Polizei Ausländer beim Polizeipräsidenten, zeigt sich sehr zufrieden mit der Einrichtung vernetzter Multipler Arbeitsplätze (MAP) in der Clearingstelle. Die MAP sind an das Polizeiinformations- und Kommunikationssystem POLIKS angeschlossen. "Telefon und Anrufbeantworter sind eine lästige Sache", sagte Schelske dem Behörden Spiegel. "Jetzt gibt man nur den Namen ein und hat die Telefonnummer." Der MAP-Rechner enthält alle wichtigen Telefonanschlüsse in den Polizeidirektionen, leitet weiter in das Polizeifachhandbuch und ist schon bei allen operativen Dienststellen eingerichtet. Mehr zum Thema "Öffentliche Verwaltung und interkulturelle Kompetenz" sowie einer Veranstaltung der Friedrich Ebert Stiftung zu diesem Thema im nächsten Behörden Spiegel. +++

+++ Der Chef der Thüringer Bereitschaftspolizei, Leitender  
+++ Polizeidirektor  
Roland Richter, ist von seiner Funktion entbunden und in das Thüringer Innenministerium umgesetzt worden. Er nimmt bis zum Abschluss der dienstrechtlichen Untersuchungen keine Vorgesetztenfunktionen wahr und ist in dem Bereich "Überprüfung der Polizeiorganisationsstrukturen in Thüringen" eingesetzt. Derzeit befindet sich der Beamte in Urlaub. Richter war vorgeworfen worden, im Zusammenhang mit einem Prozess gegen Thüringer Bereitschaftspolizisten falsche Aussagen gemacht zu haben. Er akzeptierte

einen Strafbefehl über sechs Monate Haft auf Bewährung und eine Geldstrafe von 5.000 Euro wegen uneidlicher Falschaussage. +++

+++ Die Menschen in Nordrhein-Westfalen setzen hohes Vertrauen in die Arbeit der Polizei: Das zeigen die Ergebnisse der ersten landesweiten Befragung. An der Umfrage beteiligten sich 68.000 repräsentativ ausgewählte Einwohner. Sowohl beim Vertrauen als auch beim Image und der Bürgerfreundlichkeit gaben die Befragten der Polizei knapp vier von fünf möglichen Punkten. Den meisten Befragten machte es weniger Sorge, selbst Ziel einer kriminellen Tat zu werden (2,79 Punkte auf der Werteskala von 1 -niedrig- bis 5 -hoch-). Fast in allen Polizeibehörden wurden ähnliche Werte ermittelt. Die Angst, dass die eigenen Kinder Opfer von Straftaten sein könnten, ist jedoch hoch (3,50 Punkte). Vor Verkehrsunfällen haben viele Menschen mehr Angst als vor Straftaten. Auch hier überwiegt die Sorge um die Kinder (2,97 Punkte). +++

+++ Bayerns Innenminister Günther Beckstein tritt Kritik aus dem Landtag an der IT-Ausstattung der Landespolizei entgegen: "Die derzeit schwierige Haushaltslage macht natürlich auch vor der bayerischen Polizei nicht halt. Trotz der dadurch bedingten Notwendigkeit zum Sparen ist sie aber mit Computern gut ausgestattet. Wenn von 18.500 PC-Arbeitsplätzen rund 2.500 Geräte fünf Jahre oder länger in Betrieb sind, hat das keine Beeinträchtigung der polizeilichen Einsatzfähigkeit zur Folge, zumal in den Jahren 2005 bis 2008 jeweils 4000 Rechner pro Jahr ausgetauscht werden", so Beckstein. +++

#### KATASTROPHENSCHUTZ

+++ In Brandenburg ist gestern ein Flugzeug über einem Chemiewerk abgestürzt. Allerdings nur fiktiv. Das Szenario gehörte zu Planuntersuchung ZIMZA V. Das steht für "Zivil-Militärische Zusammenarbeit". Drei Tage lang werden Zivilschutzexperten das Zusammenwirken der unterschiedlich involvierten Organisationen bei solch einem Grossschadensereignis prüfen. Es soll unter anderem festgestellt werden, "welche Kapazitäten zum effizienten Hilfseinsatz der Bundeswehr vorhanden und wie schnell diese verfügbar sind". Zuständig für die Durchführung ist in diesem Jahr das Verteidigungsbezirkskommando (VBK) Frankfurt/Oder. Insgesamt 7 Landkreise, 2 kreisfreie Städte und polnische Behörden werden in das fiktive Notfallmanagement mit einbezogen. Einmal jährlich wird in Brandenburg durch die VBK mit Landkreisen und kreisfreien Städten eine Großschadenslage im Katastrophenschutz durchgespielt, koordiniert durch das Innenministerium. [www.brand-katastrophenschutz.brandenburg.de](http://www.brand-katastrophenschutz.brandenburg.de) +++

+++ In Berlin fand gestern und heute eine Internationalen Expertenkonferenz zum Schutz kritischer Infrastrukturen (BMI) statt. Die Veranstaltung ist nicht öffentlich. Ursprünglich sollte Innenminister Otto Schily das Experten-Treffen eröffnen, er war aber verhindert. [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) +++

+++ Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann hat das neue Katastrophenschutzzentrum der Johanniter eingeweiht. Auch die neue Landeseinsatzreserve, eine "Katastrophenschutz-Task-Force", sei eine sinnvolle und wichtige Einheit. "Zusammen mit dem Hilfszug des Deutschen Roten Kreuzes wird damit eine schlagkräftige Reserve für Großschadenslagen gebildet", so Schünemann. Die Gliederung und Sollstärke der Landeseinsatzreserve mit den

Fachbereichen Logistik, Krisenintervention und Transport beeindruckt durch ihre vielfältigen Einsatzmöglichkeiten.  
Richtungweisend sei der Kriseninterventionszug mit zwei Teams und jeweils 15 Mitgliedern, der künftig zur Betreuung von Leichtverletzten, Traumatisierten und Angehörigen von Betroffenen eingesetzt werde. +++

#### FÜR SIE GELESEN

+++ Auf 40 Seiten präsentiert sich das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern in seinem Tätigkeitsbericht 2003/2004. Danach wurden die meisten der 1.759 Aufträge für die Produktbereiche Funk- und Telekommunikationstechnik mit 313 Aufträgen (17,8 %) und mit 250 Aufträgen für Kraftfahrzeuge und Zubehör (14,2 %) vergeben. Für Waffen und Zubehör wurden im Jahr 2003 alleine 108 Aufträge erteilt. Mit 126,3 Mio. Euro (25,1 %) ist die Informationstechnik ebenfalls einer der wichtigen Einkaufsbereiche. So wurde für das Polizeiliche Informations-, Kommunikations- und Unterstützungssystem (PIKUS) für BGS-Ämter mit 8,2 Mio. Euro veranschlagt. Weiter wurden für die Polizei des Bundes, aber auch für die Länderpolizeien sondergeschützte und geländegängige Pkw (BKA), Zugmaschinen mit Seilwinden, Frontlagern und Lagekränen für die Bereitschaftspolizeien, Spezialgerätekraftwagen für Taucher und Gruppenkraftwagen beschafft. Im Jahr 2003 vergab das Amt 14,7 Mio. Euro über öffentliche Ausschreibungen, 38,3 Mio. Euro über beschränkte Ausschreibungen mit Teilnahmewettbewerb, aber auch 31,8 Mio. Euro freihändig ohne Teilnahmewettbewerb. Für die Vergabe des BOS-Digitalfunks wurde bereits im Jahr 2003 eine Projektgruppe gegründet, der die Leiter der Referate B1 und B3 des Beschaffungsamtes angehören. Auch in der Dachvereinbarung zwischen Bund und Ländern sei das Beschaffungsamt als Vergabestelle genannt. In der soeben vorgelegten Broschüre wird nochmals betont, dass ein Vergabeverfahren noch in 2004 erwartet wird und der Vertragsabschluss für 2006 geplant ist.  
[www.beschaffungsamt.de](http://www.beschaffungsamt.de)

#### TERMINE

+++ Weitere Hinweise zu zielgruppenspezifischen Seminaren und Kongressen finden Sie chronologisch geordnet und recherchierbar auf [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de) unter dem Menüpunkt "Veranstaltungskalender"! +++

+++ 03.11.2004: "Bundeskongress NKF", 04.11.2004: "e-nrw - E-Government unter Nutzung von Standards. Fachlösungen aus der Praxis in NRW", Düsseldorf, Rheinterrassen; [www.neues-kommunales-finanzmanagement.de/](http://www.neues-kommunales-finanzmanagement.de/), [www.e-nrw.info](http://www.e-nrw.info) +++

+++23.-24.11.2004: "3rd Congress On European Defence - Dritte Berliner Sicherheitskonferenz"; [www.european-defence.com/](http://www.european-defence.com/) +++

+++ 23.-24.02.2005: 8. Europäischer Polizeikongress: "Innere Sicherheit +++ im Europa der 25", Berlin; [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

+++ 31.05.-01.06.2005: Effizienter Staat - 8. Deutscher Verwaltungskongress: TRANSFORMATION - Staat und Gesellschaft, Berlin; [www.effizienter-staat.de](http://www.effizienter-staat.de) +++

#### HINWEISE

#### Polizei-Newsletter

Der Polizei-Newsletter, der monatliche, hochkonzentrierte Newsflash von Deutschlands ältester und größter unabhängiger Zeitung für Behörden. Für Behörden Spiegel-Abonnenten (Print-Ausgabe) und Teilnehmer des Europäischen Polizeikongresses ist Polizei-Newsletter kostenlos.

[Hinweis: Da zahlreiche unserer Empfänger (Sicherheits-) Schwierigkeiten mit dem Empfang von Anhängen und formatierten Mails haben, publizieren wir diesen Newsletter in unformatierter Form.]

? Haben Sie diesen Newsletter weitergeleitet bekommen und möchten ihn regelmäßig beziehen? Bitte Mail mit Ihrer E-Mail- sowie Ihrer vollständigen postalischen Adresse und dem Betreff "SUBSCRIBE Polizei-Newsletter" an [polizei@behoerderspiegel.de](mailto:polizei@behoerderspiegel.de)

? Sie möchten Behörden Spiegel (Print) und Newsletter beziehen: bitte Abonnement-Formular auf [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de) ausfüllen und senden.

? Sie möchten Informationen zum 8. Europäischen Polizeikongress im Februar 2005. Eine Programmvorschau und Anmeldeöglichkeit ist unter [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) verfügbar.

? Möchten Sie diesen Newsletter nicht weiter beziehen? Bitte Mail mit "UNSUBSCRIBE" POLIZEI-NEWSLETTER im Betreff an [polizei@behoerderspiegel.de](mailto:polizei@behoerderspiegel.de)

#### IMPRESSUM

Der Herausgeber von "Polizei-Newsletter" ist R. Uwe Proll, ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Am Buschhof 8, 53227 Bonn, Telefon: 0049-288-970970, Telefax: 0049-228-9709775, E-Mail:

[polizei@behoerderspiegel.de](mailto:polizei@behoerderspiegel.de) . Registergericht: AG Bonn HRB 3815.

UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Polizei-Newsletter". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches der Herausgeber liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Redaktionelle Leitung: Stephan Brüss, Redaktion:

Achim A. Deckert, Franz Drey, Matthias Köhler, R. Uwe Proll, Kirsten Wohlfahrt.

Behörden Spiegel Polizei-Online  
Der Polizei-Newsletter  
Ausgabe 8, 18. November 2004

Ein Exklusiv-Service für Bezieher des Behörden Spiegel und Teilnehmer des Europäischen Polizeikongresses.  
Sie erhalten hiermit exklusiv die achte Ausgabe des Polizei Newsletters des Behörden Spiegel, heute mit folgenden Themen:

POLITIK  
LEUTE  
BOS DIGITALFUNK  
INFORMATIONEN- UND KOMMUNIKATIONSTECHNIK  
SICHERHEIT  
WM 2006  
KATASTROPHENSCHUTZ  
EUROPA  
AUSSTATTUNG  
TERMINE  
HINWEISE  
IMPRESSUM

POLITIK

+++ Der 8. Europäische Polizeikongress der Behörden Spiegel-Gruppe am 23. und 24. Februar 2005 in Berlin wird sich mit IT-gestützten Ermittlungs- und Recherchemethoden bei der Bekämpfung des islamistischen Extremismus und Terrorismus beschäftigen. Alle deutschen Sicherheitsbehörden verstärken derzeit unter dem Eindruck der holländischen Ereignisse ihr Bemühen in diese Richtung.  
Interessenten an Programm und Ausstellung wenden sich bitte an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de) +++

+++ Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) befürchtet, dass die Innere Sicherheit zunehmend zwischen den finanziellen Interessen der Länder zerrieben werden. Daher richtet die GdP an die am heutigen Donnerstag beginnende Herbsttagung der Innenministerkonferenz in Lübeck den Appell, nicht weiter zu versuchen das öffentliche Dienstrecht einschließlich der Beamtenbesoldung und -versorgung in die eigene Zuständigkeit zu bekommen. Unterschiede in der Bezahlung, der Ausbildung, der Ausrüstung und sogar der äußeren Erscheinungsbildes der Polizei seien die zwangsläufige Folge, wenn die Länder ihre Polizei künftig nach eigener Kassenlage bezahlen. Damit werde es auch bald ein Gefälle der Qualität der Inneren Sicherheit zwischen armen und reichen Bundesländern geben. Bei der IMK-Sitzung in Lübeck geht es auch um die WM 2006, so wackelt die Kostenaufteilung für die Unterbringung der 200 ausländischen Sicherheitskräfte, die die Deutschen bei der Fan-Beobachtung unterstützen sollen. [www.gdp.de](http://www.gdp.de) +++

+++Der Innen- und Rechtsausschuss hat zum Gesetzentwurf zur Neuregelung der Präventiven Telekommunikations- und Postüberwachung (NTGP) einen Änderungsvorschlag eingebracht, der eine weitergehende Überwachung fordert, z. Bsp. auch die Aufnahme der Bewegungsdaten. Mit einer 3 Punkt Peilung beispielsweise ließe sich auf der Basis der ohnedies von den Mobilfunkunternehmen angebotenen Located Based Services (Abruf von ÖPNV-Infos für den Ort wo sich der Teilnehmer gerade befindet u.ä.) der exakte

Standort des Mobilfunknutzers ermitteln. Auf europäischer Ebene gibt es darüber hinaus auch schon den Vorstoß, von den Mobilfunkunternehmen eine präventive Speicherung der Bewegungsdaten von allen Teilnehmern im Netz über mindestens

12 Monate zu fordern. Ausgangspunkt solcher Forderungen ist die immer ernstere Bedrohung durch Extremismus und Terrorismus. Auch wenn der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber gegenüber dem Behörden Spiegel in diesem Zusammenhang Bedenken äußert, ob kleinere Mobilfunkunternehmen mit solch einer Vorschrift, die Speicherkapazitäten jenseits der Pentabyte-Bereiche notwendig machen würde, überfordert wären, sind die positiven Effekte, die sich für die Abwehrarbeit gegen Terrorismus ergeben würden dennoch von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Sicherheitskräfte wären in der Lage auch rückwirkend die Bewegungsprofile von Verdächtigen zu analysieren. +++

+++ "Wie exportfähig sind Streifengänge in Problemvierteln, die Bewachung von Castortransporten?", fragt DGB-Bundesvorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock im Pressegespräch mit Behörden Spiegel Online. Der Öffentliche Dienst unterscheidet sich insofern deutlich von Branchen wie der Automobilindustrie. Auch die Feuerwehr müsse "selbst dann noch rund um die Uhr wachsam und ausreichend besetzt sein, wenn es seit Jahren nicht gebrannt hat". Sie teilt daher die Kritik etwa der Gewerkschaft der Polizei an dem gemeinsamen Eckpunktepapier von Bundesinnenminister Otto Schily, Beamtenbund und ver.di zur Reform des Beamtenrechts, so Sehrbrock. Insbesondere leistungsorientierte Besoldungselemente seien "problematisch" und trügen die Gefahr von "Nasenprämien" in sich. Viele Beschäftigte würden so schlechter bezahlt und demotiviert - zumal, wenn Leistungselemente nicht on top gewährt würden. +++

#### LEUTE

+++ Aufgrund der Festnahme des ehemaligen Grünen-Bundestagsabgeordneten und Mitbegründers der "Arbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten und Polizistinnen" Thomas W. in Hamburg wegen eines geplanten Raubüberfalls auf einen Geldtransporter, bei dem Mitarbeiter des betroffenen Geldtransportunternehmens getötet werden sollten, fordert der bayerische Innenstaatssekretär Georg Schmid: "Mit dem Bekanntwerden des abscheulichen Verbrechensplanes des Mitbegründers und langjährigen Sprechers der in der Vergangenheit vorwiegend als querulatorisch bekannten Organisation, haben die Beteiligten jeglichen moralischen Kredit verspielt. Gerade Thomas W. als Sprachrohr dieses Vereins wurde nicht müde, angebliche Missstände bei der Polizei anzuprangern, die sich bei näherer Prüfung meist als an den Haaren herbeigezogen herausstellten. Die "Arbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten und Polizistinnen" sollte aus dem jetzigen Desaster die einzig richtige Konsequenz ziehen und sich so rasch wie möglich selbst auflösen." +++

#### BOS DIGITALFUNK

+++ Entgegen aller Unkenrufe bemüht sich das Netzwerk BOS im BMI sowie das Beschaffungsamt des BMI die politisch annoncierten Zeitpläne für die BOS-Ausschreibung einzuhalten. "Wir bereiten ein Weihnachtsgeschenk für die Industrie vor", sagte ein Beteiligter. Erster Teil des zweistufigen Vergabeverfahrens soll eine Aufforderung zum Teilnehmerwettbewerb noch im Dezember sein. Dann könnte eine Aufforderung zur Abgabe des Angebotes bis Ende Februar/Mitte März folgen. Zu dieser Zeitachse gibt es aus den Bundesländern allerdings unterschiedliche Stimmen. Einige drängen darauf sofort eine Ausschreibung zu starten, weil alles ausgiebig vorbereitet sei, andere

verweisen auf vergleichbare IT/TK-Großprojekte und die Einschätzung, dass zwölf Monate Ausschreibungsvorbereitung "relativ kurz" seien. +++

+++ Nach Informationen des Behörden Spiegel soll auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 16.12.2004 der endgültige Startschuss für den BOS Digitalfunk-Ausschreibungsbeginn gegeben werden. Auch wollen Bund und Länder dann noch mal versuchen sich über die Aufteilung der Netzkosten zu verständigen. Aus Verhandlungskreisen erfuhr der Behörden Spiegel, dass die Länder hoffen den Bund auf einen Finanzierungsanteil von 25% festlegen zu können.

Ursprüngliche Verhandlungsposition des Bundes war 8% zur Gesamtfinanzierung beizutragen, weil der Anteil der Nutzung des Netzes durch bundeseigene Kräfte nicht höher sei. Mehr dazu im Dezember-Behörden Spiegel. +++

+++ GAN-Add-On heißt der Versuch die unterschiedlichen BOS-Ansprüche der Länder auch auf der Finanzierungsseite der Länder darzustellen. Gedacht ist dabei an eine anteilige Verrechnung von Leistungen bis hin zu Details. So könnte Brandenburg billiger fahren bei reiner fahrzeuggestützten Funkversorgung an Hauptverkehrsstraßen; die Bayern entsprechend mehr für die flächendeckende Handfunkgeräteversorgung auch in "dünnbesiedelten" Gebieten aufwenden müssen. Der Bundesregierung käme die Versorgung der kleinen Empfänger im Ohr der Bodyguards besonders teuer zu stehen, außerhalb Berlins zumindest. In der Hauptstadt läuft ja vieles anders, so auch die Kostenverteilung zwischen Bund und Senat. Mehr in der Dezember-Ausgabe des Behörden Spiegel. +++

+++ Der Alcatel SEL Stiftung für Kommunikationsforschung ist zu verdanken, dass 50 Experten in Bremen intensiv das Thema "Digitale Infrastrukturen für Sicherheit und E-Government" diskutieren konnten. Dr. Franz Mittendorfer, Mitglied einer Rechtsanwaltssozietät aus Linz, referierte am Beispiel der BOS-Ausschreibung zum Thema "PPP-Modellierung in der Praxis - Erfahrungen aus Österreich". Die Diskussion ergab interessante Gesichtspunkte, nämlich dass es sich im Grunde um einen Lieferauftrag gehandelt habe, aber die Abwicklung als Dienstleistungsauftrag erfolgt sei. Die erfolgte Auftragsvergabe ist mittlerweile rechtssicher, eine Vergabebeschwerde der EADS mittlerweile zurückgezogen.  
[www.sel-stiftung@alcatel.de](http://www.sel-stiftung@alcatel.de) +++

+++ Die Verhandlungen der EADS zum Verkauf des Geschäftsfeldes Telekommunikation an die kanadische Aastra Technologies sind nach Unternehmensangaben weitfortgeschritten. Die EADS betonte, der Grund für die Verkaufsüberlegungen sei der Wunsch, sich auf komplexe Systemlösungen auf Europas Verteidigungsmärkten zu konzentrieren. Betroffen sind von dem wahrscheinlichen Verkauf die Nebenstellenanlagen und die IP-Telefonie. Nicht tangiert ist die Sparte PMR (Professionell Mobile Radio). Die gesamte Marktpositionierung der EADS in dem Bereich, der nun verkauft werden soll, geht zu größten Teilen auf den alten Heimmarkt von Matra zurück und liegt somit in Frankreich. Für Aastra ist es eine Fortführung der Einkäufe auf diesen Sektor, so erwarb man letztes Jahr auch von der Ascom Holding deren Aktivitäten in diesem Marktsegment.  
[www.eads.com](http://www.eads.com) +++

+++ In einer redaktionellen Notiz der letzten Ausgabe des Polizei-Newsletters über einen Auftrag Hamburgs an die IABG im Zusammenhang mit dem BOS-Digitalfunk war von "Netzplanung, Kostenermittlung und Qualitätssicherung" die Rede. Kriminaldirektor Uwe Hölandt vom Amt für Innere

Verwaltung und Planung der Freien und Hansestadt Hamburg macht darauf aufmerksam, dass die IABG einen Auftrag für die Qualitätssicherung erhalten hat, nicht für die anderen genannten Bereiche. +++

+++ Der Telematikdienstleister der Deutschen Bahn AG, die DB Telematik führt derzeit offene Gespräche mit Unternehmen, die im Rahmen der BOS Digitalfunk-Ausschreibung sich als Auftragnehmer bewerben wollen. Die DB Telematik strebt nicht an Teil eines Konsortiums zu werden, sondern bietet dem Auftragnehmer eines Digitalfunknetzes eine Partnerschaft als Lieferant an. Neben 2.000 Servicetechnikern und der Kompetenz für Planung, Aufbau und Instandhaltung eines bundesweiten Netzes kann die DB Telematik über den Bahn Konzern reichlich Liegenschaften einbringen. Frauke Riva, Sprecherin der DB Telematik zum Behörden Spiegel: "Wir verstehen unsere Angebote als technologieunabhängig. Derzeit realisieren wir für den Konzern das Zugfunknetz auf GSM-R-Basis (Global System for Mobile Communication-Rail). Hier sind einige Merkmale kennzeichnend, die auch für einen BOS Digitalfunk entscheidend wären, nämlich ein geschlossenes Netz mit geschlossenen Benutzergruppen, eine Rufpriorisierung und das Management der Migration von der analogen in die digitale Welt." Das Unternehmen, das derzeit 3.500 Mitarbeiter beschäftigt, erwirtschaftet 10% seines Umsatzes bereits mit Drittgeschäft. Zu den Kunden gehören unter anderem überregionale wie auch lokale Netzbetreiber, die die Bahnstrecken zur Optimierung ihrer Funkversorgung nutzen. Auch in den Bereichen DSL und Internet ist die DB Telematik als Dienstleister unterwegs. Andreas Bamberg, Projektleiter BOS bei der DB Telematik, sieht zudem technische Kompetenzen, die sein Unternehmen besonders gut beherrscht und daher einem BOS-Auftragnehmer anbieten kann. Hier besonders hervorzuheben sei die Tunnelversorgung, bei der sich die DB Telematik aufgrund der Konzernverfahren besonders gut auskenne und auch alle Neubaustrecken der Bahn derzeit für die Funkversorgung optimiert habe. Dies geschehe nicht nur für die konzerninterne Kommunikation, sondern auch für die großen Mobilfunkbetreiber. Tunnelversorgung, so Bamberg, sei eine Forderung des GAN-Papiers. Als Tochter des Staatskonzerns habe man Erfahrung und Respekt gegenüber nach Sicherheitsaspekten organisierten Betriebsabläufen gesammelt. So seien die Betriebszentralen mit ihren Disponentenarbeitsplätzen ähnlich den Leitstellen der BOS.

[www.db.de/dbtelematik](http://www.db.de/dbtelematik) +++

#### INFORMATION- UND KOMMUNIKATIONSTECHNIK

+++ Die secunet Security Networks AG wird auch weiterhin alleiniger Lieferant für SINA (Sichere Inter-Netzwerk Architektur) für das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bleiben. SINA wird vor allem von Auswärtigen Amt zur Vernetzung der deutschen Botschaften über das Internet und auch als Sicherheitsarchitektur für den Informationsverbund der Bundesverwaltung (IVBV) eingesetzt. Die Technologie mit einem Hardwarekryptomodul sowie Software-basierter Kryptographie wurde vom Behörden Spiegel bereits mehrfach beschrieben. Die 220 Mitarbeiter des Unternehmens sind in hochsensible Sicherheitsfragen der Bundesverwaltung involviert. So wurde das Unternehmen auch vor einiger Zeit mit politischer Assistenz zu 50% plus einer Aktie an den Münchener Technologiekonzern Giesecke & Devrient vermittelt. Nach wie vor beteiligt sind die Essener RWTÜV mit 30%. Der Vertrag für die SINA-Produktfamilie wurde bis mindestens 2010 verlängert.

[www.secunet.com](http://www.secunet.com) +++

+++ Erst wenn die neuen EU-Länder ihre Außengrenzen selbst wirksam schützen können, fallen auch die Kontrollen an den EU-Binnengrenzen weg. "Bis dahin kontrollieren Zoll und Bundesgrenzschutz weiter an den Grenzen zu Polen und Tschechien", sagt NRW-Innenminister Dr. Behrens. Die

entsprechende Vielfalt an Grenzdokumenten nutzen Dokumentenfälscher. Ein Forum für ein umfangreiches Angebot von Fahndungs- und Ermittlungshilfen bietet das Intranet der Polizei NRW. Hier werden durch das Landeskriminalamt NRW, u.a. durch Verknüpfung mit den Angeboten anderer Bundesländer, umfassende polizeiliche Informationen bereitgestellt. Diese dienen einerseits dem Selbststudium, andererseits aber auch zum Recherchieren im konkreten Einsatz- oder Ermittlungsfall. Zurzeit finden sich dort folgende Informationsquellen: DOKIS - Dokumenteninformationssystem des bayerischen Landeskriminalamtes, der Fahndungsblock der bayerischen Polizei - Hilfsmittel zum Erkennen von Totalfälschungen, Verfälschungen, Blankos gestohlener Dokumente, Ausweissmissbrauch, Namenswechslern, gefälschten TÜV-Stempeln sowie zur Kfz-Fahndung, EuFiD - Europäische Fahrzeugidentifizierungsdatei und FINAS-Leitfaden - Fahrzeugidentifizierungsnummern-Auswertungssystem. Neben den Sachverständigen des Landeskriminalamtes NRW für die Begutachtung von Dokumenten empfiehlt das Innenministerium NRW allen Kreispolizeibehörden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sogenannten Dokumentenprüfern fortzubilden.

Das Institut für Aus- und Fortbildung NRW, Bildungszentrum Neuss, bietet hierzu den Lehrgang Dokumentenmissbrauch an, durch den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, die mit der Überprüfung von Personaldokumenten betraut sind und als Multiplikatoren in den Behörden eingesetzt werden sollen, zu Dokumentenprüfern fortgebildet werden, d. h. sie lernen Fälschungstechniken und -merkmale kennen und können Personaldokumente bewerten. [www.nrw.de](http://www.nrw.de) +++

+++ Auch in Bremen soll künftig eine mobile Polizeiwache eingesetzt werden. Damit soll die Präsenz vor Ort in der Stadt nun auch in der Hansestadt gestärkt werden.

Hintergrund ist die Umsetzung der Polizeistrukturereform also die Schließung kleiner Wachen. Die mobile Wache soll nicht nur Polizei-Außenstellen ersetzen, sondern an Orten eingesetzt werden, wo der Bürger bisher nicht unmittelbar auf eine Polizeidienststelle treffen konnte, z. B. auf Wochenmärkten oder bei Straßenfesten. Als Wache dient ein umgerüsteter Fiat Ducato-Streifenwagen. Er wurde technisch und optisch umgestaltet, um verschiedene Dienstleistungen anzubieten, die auch auf einem Polizeirevier möglich sind.

Bei der Umrüstung wurde besonderes Wert gelegt auf ein "ansprechendes und einladendes Ambiente, das den Bürger zum Verweilen einlädt und eine angenehme Gesprächsatmosphäre vermittelt", heißt es aus dem Bremer Innensenat. So verfügt das Fahrzeug über eine Markise, einen Stehtisch und Informationsmaterial und stelle somit einen "Blickfang am jeweiligen Standort" dar. Zwei Beamte stehen sowohl zur Anzeigenaufnahme als auch zur Beratung zur Verfügung.

Schwerpunkt ihrer Arbeit soll die Prävention sein. +++

+++ DAS BMI hat nach Feststellung des Bundesrechnungshofes bei einem IT-Vorhaben des Bundesgrenzschutzes handelsübliche Hardware über einen Generalunternehmer zu deutlich überhöhten Preisen beschafft. Wirtschaftliche Handlungsalternativen, wie die Beschaffung aus bereits bestehenden kostengünstigen Rahmenverträgen, hat das Beschaffungsamt unberücksichtigt gelassen. Das geht aus den jetzt veröffentlichten Bemerkungen des BRH für 2004 hervor.

Das Beschaffungsamt vergab sämtliche Leistungen an einen Generalunternehmer, ohne die Wirtschaftlichkeit von Handlungsalternativen zu untersuchen. Dieser berechnet z. B.

für einen Flachbildschirm mehr als das 3-fache des Preises des Rahmenvertragspartners. Hinzu kommt eine vertraglich vereinbarte jährliche Preissteigerung, obwohl der Preisindex für Hardware nach Angaben des Statistischen Bundesamtes allein für das Jahr 2003 um rund 20 % gefallen ist. Nach den Berechnungen des Bundesrechnungshofes hätten sich insgesamt

Einsparungen von mehr als 1 Mio. Euro ergeben, wenn handelsübliche Hardware aus bestehenden Rahmenverträgen zur Verfügung gestellt worden wäre. +++

#### SICHERHEIT

+++ Trotz aller Beteuerungen über den besonders sicheren Euro sind allein in den Ländern des Währungsraums im letzten Kalenderjahr 600.000 gefälschte Scheine identifiziert und aus dem Verkehr gezogen worden: Am beliebtesten der "falsche Fuffziger", der mit 41% unter den Blüten den Rang 1 einnimmt. Nun wollen die Euro-Finanzminister und die Europäische Zentralbank (EZB) im Jahr 2008 eine Neuauflage sämtlicher 14,89 Mrd. im Umlauf befindlicher Banknoten. Der Euro II oder auch sogenannte "Super-Euro" soll mit neuen zusätzlichen Sicherheitsmerkmalen über die noch keine Einigkeit besteht in Umlauf gebracht werden, dazu könnten unter anderem Eiweißpigmente, RFID-Chips, Halbleiterfasern auf Polymer-Basis oder auch elektromagnetische Bestandteile gehören. Nicht alle staatlichen Druckereien in Europa jedoch können derart anspruchsvolle Merkmale realisieren. Mehr zu den Details des Vorhabens in der November-Ausgabe des Behörden Spiegel auf Seite 16. +++

+++ Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) hat vor einigen Tagen das überarbeitete "Handbuch für den Geheimschutz in der Wirtschaft" herausgegeben, mitgewirkt hat das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Vom "Anlass für ein Geheimschutzverfahren" über die "Sicherheitsprüfung" bis zur "Sicherung der Schlüssel und Zahlenkombinationen" enthält die 60-seitige Broschüre alle Erwartungen an Unternehmen, die im Umgang mit Behörden auch mit sicherheitsrelevanten Informationen der Geheimnissen in Berührung kommen. Ein Mustervertrag für ein Geheimschutzverfahren, den in Frage kommenden Unternehmen unterzeichnen müssen, ist angehängt.  
[www.bmwa-sicherheitsforum.de](http://www.bmwa-sicherheitsforum.de) +++

#### WM 2006

+++ Jürgen Schubert, bislang Leiter des Stabes des Berliner Polizeipräsidenten, wird Nachfolger von Bernd Manthey als Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder im Bundesinnenministerium. Manthey, der auch Leiter des Stabes Sicherheit für die Fußball-WM 2006 in Deutschland ist, geht in den Ruhestand, Schubert soll das Amt mit Jahresbeginn antreten, ist allerdings schon jetzt abgesandt im BMI. Manthey bezieht neue Räume im Haus und wirkt dort weiter als Stabsleiter WM 2006. +++

+++ Da der Digitale BOS-Funk zur WM 2006 nicht zu Verfügung steht, plant das Innenministerium in Rheinland-Pfalz eine W-LAN-Versorgung für die Sicherheitskräfte bei den WM-Spielen in Kaiserslautern. "Der Betzenberg wird sicher", prophezeit ein hoher Polizeibeamter des Landes gegenüber dem Behörden Spiegel. Ausschreibungen zur In-House- wie Umfeldversorgung an anderen WM-Stadien laufen derzeit noch.  
+++

+++ Mit dem Auftrag für den so genannten "Polizeitaktischen Arbeitsplatz" übernimmt die Polizei Rheinland-Pfalz eine bundesweite Vorreiterrolle. Der Polizeitaktische Arbeitsplatz integriert die polizeitaktischen Einzelgeräte in eine gemeinsame modulare Systemarchitektur mit einer einheitlichen Benutzerschnittstelle. Daneben werden im neuen Hubschrauber völlig neue Geräte eingesetzt. Weltneuheit ist die Systemintegration eines Objekterkennungssystems in Verbindung mit einem

TV/Wärmebildgerät. Das von der EADS stammende System AUTOPOL kann aus der Luft zuverlässig zwischen Personen, Tieren, Fahrzeugen und sonstigen Objekten unterscheiden, auch dann wenn der Mensch nur noch graue Schemen feststellen kann. Der Name steht für "Automatische Objekterkennung für Polizeihubschrauber". Die Hochtechnologie kommt zum richtigen Zeitpunkt: Wenn am 13.

Juni 2006 zum ersten Mal in Kaiserslautern ein Spiel der Fußball-Weltmeisterschaft stattfindet, soll das System helfen, die Sicherheit von Besuchern und Sportlern zu verbessern. [www.esg.de](http://www.esg.de) +++

#### KATASTROPHENSCHUTZ

+++ Das elektronische Unwetterfrühwarnsystem WIND (Weather Information on Demand) warnt nun auch Kommunen, aber auch Unternehmen aktiv vor Wettergefahren wie Sturm, Starkregen, Schnee, Hagel oder Glatteis. Die Information erhalten die Nutzer wahlweise direkt per SMS, Fax oder E-Mail. Punktgenaue und rechtzeitige Wettermeldungen verbessern die Planung und Organisation der Katastrophendienste, der Räum- und Winterdienste der Kommunen genauso wie die der örtlichen Feuerwehren. Auch Gewerbebetriebe und Industrieunternehmen können von diesem Angebot profitieren. WIND ist das Ergebnis einer erfolgreichen Zusammenarbeit des Fraunhofer ISST, der Meteomedia AG (Jörg Kachelmann) und der öffentlichen Versicherer. WIND startete 2002 als Pilotprojekt mit 2.000 Kunden der Versicherungskammer Bayern. Zum November 2003 wurde die Nutzerzahl für Privatkunden gemeinsam mit den öffentlichen Versicherern auf 50.000 erhöht. Kommunen, die WIND abonnieren möchten, sollten sich an die u. a.

Internetadresse wenden. Sonderregelungen für Kommunen in Bayern und Baden Württemberg sind über die dortigen öffentlichen Versicherer verfügbar.

[www.unwetterzentrale.de](http://www.unwetterzentrale.de)

+++

+++ Der 1. Homeland Security Kongress zur Innen und Äußeren Sicherheit in Berlin, der nach mehreren Terminverschiebungen hätte am 8. und 9. Dezember stattfinden sollen, wurde nun vom Veranstalter CPM (Sankt Augustin) abgesagt, "da das Bundesministerium des Innern - aus uns bisher nicht voll ersichtlichen Gründen - eine Teilnahme des ihm unterstellten Bereichs untersagten, so dass mehrere Referenten trotz ursprünglicher Zusage ihre Mitwirkung wieder absagen mussten." (Originalzitat des Veranstalterbriefs an angemeldete Teilnehmer). +++

+++Auf dem Kongress European Defence am 23. und 24. November im BCC Berlin findet ein Fachforum zu Thema zivil-militärische Zusammenarbeit statt (24. November 11.15 - 13.15 Uhr). Es diskutieren Petra Heß, MdB, Berlin; Generalarzt Dr. Lutz Bandekow, Kommandierender General, Sanitätskommando III, Weißenfels; Oberst Gerhard Klose, Koordinator für zivil-militärische Zusammenarbeit, BMVg, Bonn; Dr. Georg Thiel, Präsident des THW, Bonn; Prof. Dr. Walter Biederbick, Direktor des Robert Koch Instituts, Berlin und Paata Gaprindashvili, Stellv.

Verteidigungsminister, Georgien. Planung und Koordinierung von Vorsorgemaßnahmen für die Zivilbevölkerung sind Aufgabe der Innenpolitik. Die Einbindung der im Land stationierten Streitkräfte in die Zivil- und Katastrophenschutzplanung und auch beim Einsatz bei Schadensereignissen mit Massenankunft von Verletzten und Erkrankten basiert bisher auf der Basis der Amtshilfe. Ob dies bei der terroristischen Bedrohung ausreicht, soll diskutiert werden. [www.euro-defence.com](http://www.euro-defence.com) .+++

+++ Sicherheit aus Parlamentssicht: Die Neuordnung des

inneren Sicherheitssystem ist Thema der Föderalismuskommission und wurde in den letzten Wochen heftig diskutiert. Wolfgang Börnsen, MdB (CDU), ist überzeugt, dass der Bund die Aufgaben zentral übernehmen solle, auch beim Katastrophenschutz - die Änderung des Grundgesetzes vorausgesetzt. Defizite sieht der Abgeordnete aus dem Wahlkreis Schleswig-Flensburg auch beim föderal organisierten Küstenschutz. Er fordert zudem eine zentrale und vor allem operative Rolle des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. "Ich befürworte auch eine neue Rolle der Bundeswehr und in diesem Fall der Bundesmarine. Wir leisten uns einen 24-Stunden-rund-um-die-Uhr-Sicherheitsdienst, zum Beispiel bei der Bundesmarine. 24 Stunden beobachtet die Marine alle Schiffsbewegungen auf See. Es sei denn, es wird um Amts- bzw. Nothilfe gebeten. Das Problem hierbei ist unser Denken - "wir können Ziviles nicht mit Militärischem koppeln". Dieses historisch begründete Denken müssen wir aufgeben", sagt Börnsen im Interview mit dem Behörden Spiegel. Das Interview erscheint in der Dezember-Ausgabe.

+++

+++ Sicherheit aus Landessicht: Nordrhein-Westfalen möchte für den Notfall besser gerüstet sein. Derzeit wird das Programm "Massenanfall von Verletzten" im Düsseldorfer Innenministerium ausgearbeitet. Konkret geht es um den Ernstfall bei Großereignissen, wie zum Beispiel bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Um den Titel wird auch in Stadien in NRW gespielt. Unabhängig von den Notfall-Aktivitäten, die der Bund mit Blick auf das Jahr 2006 ausarbeitet, soll in NRW ein eigenes Beschaffungsprogramm aufgestellt werden. Dadurch soll die Ausrüstung der Helfer optimiert werden. Es sollen so genannte Rettungs-Container für die Erstversorgung beschafft werden, rund 30 bis 40. Der Landtag gab bereits grünes Licht. NRW legt dabei Wert darauf, dass die Hilfsausstattung für den Katastrophenfall kompatibel sind. Sollte ein Container aus dem Kreis A der Gemeinde B zur Verfügung gestellt werden, müssen die dortigen haupt- und ehrenamtlichen Helfer mit der Ausstattung vertraut sein.

"Wir brauchen für die überörtliche Hilfe in solchen Lagen landesweite Strukturen für den Katastrophenschutz", sagt auch Wolfgang Düren, Leiter der Abteilung "Gefahrenabwehr" im Innenministerium. Mehr zur Sicherheitsstrategie à la NRW in der Dezember-Ausgabe des Behörden Spiegel. +++

#### EUROPA

+++ Die künftige Agentur zur Überwachung der gemeinsamen Außengrenzen der EU soll sämtliche Außengrenzen der Gemeinschaft zuständig sein, betonte der neue Kandidat für das Amt des Justiz- und Sicherheitskommissars der EU, Franco Frattini, in der Anhörung vor dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europaparlaments. Die Agentur werde spezialisierte Abteilungen haben, die für die Land-, Luft- und Seegrenzen zuständig seien. "Diese werden unter anderem für die Ausführung operationeller Aktivitäten verantwortlich sein", antwortete der bisherige Außenminister Italiens auf Fragen der Abgeordneten. Es sei nicht notwendig, eigene Agenturen für die Luft- und Seegrenzen zu etablieren.

[www.europarl.eu.int/hearings/commission](http://www.europarl.eu.int/hearings/commission) +++

+++ Frattini kündigte mehrere Phasen bei der Schaffung der Grenzüberwachungsagentur an. Die Gründungsphase: Ab Anfang kommenden Jahres soll die Agentur ihre Aufgaben wahrnehmen. Es werde allerdings nur ein "Warming up"-Periode sein, die dazu diene, neue Wege der Zusammenarbeit zu erkunden, um die Außengrenzen zu managen und die Rückkehr von illegal in der EU lebenden Drittlandbürgern zu handhaben. Die zweite Phase beginnt mit dem in Kraft Treten des Finanzperspektivplans der

Gemeinschaft Anfang 2007. Dies werde eine Periode verstärkter Solidarität und Lastenverteilung auf EU-Ebene im Bereich des Außengrenzen-Managements sein. Frattini erwartet, dass die erweiterten Finanzmittel für den Budgetposten "Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit" u.a. für die Erweiterung der Kapazitäten und eine Intensivierung der Operationen der Außengrenzenagentur genutzt werden. In einer späteren dritten Phase könnten schließlich neue Aufgaben für die Agentur ins Auge gefasst werden wie Weiterungen in Sachen Schengen und die Einrichtung eines umfangreichen IT-Systems. +++

+++ Auf dem Europa-Gipfel im Dezember wird der Rat einen Bericht zum bisherigen Vorgehen gegen den Terrorismus vorlegen berichtete Frattini. Dabei geht es vor allem um die Umsetzung des im Frühjahr beschlossenen Antiterrorismus-Aktionsplanes und die Zusammenarbeit mit dem Antiterrorismus-Koordinator der EU, Gijs de Vries. Auf der Ebene der Generaldirektoren der EU-Kommission wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Terrorismusbekämpfung eingerichtet. Frattini versprach auf diesem Feld eng mit dem neu etablierten EU-Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten zusammenzuarbeiten. Die EU werde weiterhin die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit und des Austauschs mit den USA und anderen Drittländern (Abkommen, Antiterrorismus-Klauseln in Verträgen und verschiedene Formen des Dialogs) nutzen und weiterentwickeln. Ziel sei dabei auch, gegen die Wurzeln des Terrorismus vorzugehen. +++

+++ Ein wichtiger Schritt zur Zurückdrängung des Terrorismus seien die beiden Verträge zwischen Europol und den USA, betonte Franco Frattini in Straßburg. Europol habe eine zentrale Bedeutung. Die Behörde in den Haag sei nach wie vor die einzige Stelle, die in der Lage sei, Informationen von allen 25 Mitgliederstaaten zu sammeln und zu analysieren. Frattini nannte es eines seiner Hauptziele, ein Konzept für ein informationsgestütztes Vorgehen der Sicherheitskräfte auf dem Kontinent dem Ministerrat zur Verfügung zu stellen, damit dieser auf der Grundlage exakter strategischer und operativer Einschätzungen von Europol die nötigen Entscheidungen treffen könne. Es bleibe dabei, dass Europol nicht nationale Sicherheitskräfte ersetzen soll. Seine Aufgabe sei wichtig aber nur komplementär. +++

+++ Der Schutz persönlicher Daten im Sicherheitsbereich sei für seine Arbeit in der Kommission eine vorrangige Angelegenheit, betont Italiens Außenminister Frattini. Das Arbeitsprogramm für 2004 der Kommission sieht die Vorbereitung eines Gesetzesentwurfes zur Regelung der entsprechenden Standards vor. Noch gebe es dafür keine allgemeine Regelung. Die Datenschutzrichtlinie 95/46/EC sei auf die Nutzung persönlicher Daten durch Sicherheitsbehörden im Bereich von Titel VI des EU-Vertrages (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen) nicht anwendbar. Es müssten spezielle Datenschutzregelungen für Schengen, Europol, Eurojust und das Zoll-Informationssystem geschaffen werden. Eine dafür nötige Behörde sei etwas anderes als die Arbeitsgruppe auf der Grundlage der Datenschutzrichtlinie, die nur beratende Funktion habe. +++

#### AUSSTATTUNG

+++In der Zukunft verändert sich das Bild der Kölner Streifenwagen - die neuen Fahrzeuge sollen mit NRW-Kennzeichen ausgestattet werden. Die Kennzeichen der Fahrzeuge haben dann nicht mehr die Städtekenung "K", sondern beginnen mit den Buchstaben "NRW", es folgt die Ziffer 4 und vier Folgezahlen (Beispiel NRW 4 - 1000). Diese in Kürze erfolgende Umstellung hat nach Aussage der Polizei gleich mehrere Vorteile: Durch das zentrale

landesweite Anmeldeverfahren wird Zeit und Geld gespart. Ein flexibler Einsatz der Streifenwagen ist nun in ganz NRW ist möglich.  
Beim Tausch der Wagen ist eine Ummeldung auf den neuen Zulassungsbereich nicht mehr notwendig. Der Austausch im Flottenmanagement zwischen Viel- und Wenigfahrern kann landesweit schnell und unkompliziert erfolgen. Betroffen von dieser Aktion ist die nächste Generation der nordrhein-westfälischen Leasing-Streifenwagen. Die neue Flotte besteht aus Opel-Fahrzeugen der Marke Caravan. 15 Caravan CDTI Dieselfahrzeuge sind dann in Köln im Einsatz.  
Die Umrüstung der 150 PS starken Fahrzeuge mit umweltfreundlichen Dieselpartikelfiltern auf Winterreifen erfolgt zur Zeit.+++

+++ Am Anfang November stellte der Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg, Udo Nagel, zwei Polizeihubschrauber des Typs EC 135 des deutsch-französischen Herstellers Eurocopter in Dienst. Die beiden Hubschrauber werden Libelle 1 und Libelle 2 genannt und ersetzen die älteren und nunmehr ausgemusterten BO-105-Hubschrauber der Polizeihubschrauberstaffel. Rund 350 Exemplare dieses Hubschraubers sind an Kunden in aller Welt ausgeliefert. Die Mehrzahl dieser Hubschrauber befindet sich im Polizei- und Rettungseinsatz. Die zweimotorige EC 135 hat ein maximales Abfluggewicht von 2.835 kg, eine Reichweite von 645 km und eine Reisegeschwindigkeit von 256 km/h. Ein Pilot und sechs bis sieben Passagiere finden in ihr Platz. Zur polizeispezifischen Ausrüstung gehören Wärmebildkamera, GPS, SatCOM, digitales Kartengerät, SX16-Suchscheinwerfer und Vorkehrungen für eine Rettungswinde. Ein digitales Flug-Managementsystem ermöglicht das systematische Abfliegen von Planquadraten. +++

#### TERMINE

+++ Weitere Hinweise zu zielgruppenspezifischen Seminaren und Kongressen finden Sie chronologisch geordnet und recherchierbar auf [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de) unter dem Menüpunkt "Veranstaltungskalender"! +++

+++23.-24.11.2004: "3rd Congress On European Defence - Dritte Berliner Sicherheitskonferenz";  
[www.european-defence.com/](http://www.european-defence.com/) +++

+++ 23.-24.02.2005: 8. Europäischer Polizeikongress: "Innere Sicherheit im Europa der 25 - Extremismus und Terrorismus", Berlin; [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

+++ 31.05.-01.06.2005: Effizienter Staat - 8. Deutscher Verwaltungskongress: TRANSFORMATION - Staat und Gesellschaft, Berlin;  
[www.effizienter-staat.de](http://www.effizienter-staat.de)  
+++

+++ 9. November 2005, Düsseldorf, Rheinterrasse e-nrw. - E-Government bei Land und Kommunen Fachlösungen, Masterplanumsetzung, NRW-Portal 10. November 2005, Düsseldorf, Rheinterrasse [www.e-nrw.info](http://www.e-nrw.info) +++

#### HINWEISE

Polizei-Newsletter

Der Polizei-Newsletter, der monatliche, hochkonzentrierte Newsflash von Deutschlands ältester und größter unabhängiger Zeitung für Behörden. Für Behörden Spiegel-Abonnenten

(Print-Ausgabe) und Teilnehmer des Europäischen Polizeikongresses ist Polizei-Newsletter kostenlos.

[Hinweis: Da zahlreiche unserer Empfänger (Sicherheits-) Schwierigkeiten mit dem Empfang von Anhängen und formatierten Mails haben, publizieren wir diesen Newsletter in unformatierter Form.]

? Haben Sie diesen Newsletter weitergeleitet bekommen und möchten ihn regelmäßig beziehen? Bitte Mail mit Ihrer E-Mail- sowie Ihrer vollständigen postalischen Adresse und dem Betreff "SUBSCRIBE Polizei-Newsletter" an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de)

? Sie möchten Behörden Spiegel (Print) und Newsletter beziehen: bitte Abonnement-Formular auf [www.behoerdenspiegel.de](http://www.behoerdenspiegel.de) ausfüllen und senden.

? Sie möchten Informationen zum 8. Europäischen Polizeikongress im Februar 2005. Eine Programmübersicht und Anmeldeinformation ist unter [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) verfügbar.

? Möchten Sie diesen Newsletter nicht weiter beziehen? Bitte Mail mit "UNSUBSCRIBE" POLIZEI-NEWSLETTER im Betreff an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de)

#### IMPRESSUM

Der Herausgeber von "Polizei-Newsletter" ist R. Uwe Proll, ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Am Buschhof 8, 53227 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-9709775, E-Mail: [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de) . Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführerin:

Helga Woll. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Polizei-Newsletter". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches der Herausgeber liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden. Redaktionelle Leitung: Stephan Brüss, Redaktion:

Achim A. Deckert, Franz Drey, Matthias Köhler, R. Uwe Proll, Kirsten Wohlfahrt

Behörden Spiegel Polizei-Online  
Der Polizei-Newsletter  
Ausgabe 9, 16. Dezember 2004

Sie erhalten hiermit die neunte Ausgabe des Polizei Newsletters des Behörden Spiegel - exklusiv für Behörden Spiegel-Leser und Teilnehmer des Europäischen Polizeikongresses -, heute mit folgenden Themen:

- VORWORT
- POLITIK
- PRAXIS
- BOS-DIGITALFUNK
- INFORMATIONSTECHNOLOGIE
- KATASTROPHENSCHUTZ
- VERANSTALTUNGEN
- EUROPA
- TERMINE
- HINWEISE

#### VORWORT

+++ Mit dem Polizei-Newsletter hat der Behörden Spiegel - Deutschlands führende Zeitschrift für den Öffentlichen Dienst - die Initiative für eine die Verwaltungsebenen übergreifende Informationsplattform für die Innere Sicherheit in diesem Jahr ergriffen. Dieser Online-Dienst begleitet die Hauptausgabe des Behörden Spiegel (Print) mit fachspezifischen News. Die Zeitung Behörden Spiegel wird zudem mit dem 8. Europäischen Polizeikongress (06.-07. April 2005, Berlin; [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com)) und dem 1. Europäischen Katastrophenschutzkongress (17.-18. Mai 2005, Bonn, [www.civil-protection.com](http://www.civil-protection.com)) die Führungsebenen von Bund, Ländern und Kommunen in dieser Zeit besonderer Herausforderungen zusammenführen und informieren. Hingewiesen sei an dieser Stelle noch mal, dass die Weitergabe dieses redaktionell erstellten Newsletters der ausdrücklichen Genehmigung des herausgebenden Verlages bedarf. Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir gesegnete Weihnacht und ein privates wie beruflich erfolgreiches Neues Jahr.  
+++

#### POLITIK

+++ Unter dem Titel "Verkehrte Welt: Bundeswehr im Inneren - Polizei im Ausland?" kritisiert der Vorsitzende des Fachverbandes Bundespolizei in der DPolG, Hans-Joachim Zastrow, den Vorstoß des Bundesverteidigungsministers Peter Struck, den Bundesgrenzschutz künftig verstärkt im Ausland zur Ergänzung der Bundeswehr einzusetzen. Die DPolG sieht die geplante Eingreiftruppe "Ziviles Krisenmanagement" geeignete Ergänzung. +++

+++ Der Bundesnachrichtendienst soll in wichtigen Fällen auch mutmaßliche Schleuser und Gespräche von Schiffen in internationalen Gewässern abhören dürfen. Im Falle von Entführungen Deutscher im Ausland solle dem Geheimdienst eine höhere Kompetenz zur Aufklärung zugestanden werden. Der Gesetzentwurf muss noch in die Ressortabstimmung. +++

+++ Die Landesregierung Niedersachsen hat im Zuge der Modernisierung der niedersächsischen Landesverwaltung auf Polizeiseite die Auflösung der Bezirksregierungen vorweggenommen. Im Innenministerium wurde

hierzu ein Landespolizeipräsidium eingerichtet, in dem die bisherige Abteilung 2 des Ministeriums ("Öffentliche Sicherheit und Ordnung") aufgegangen ist. Das Landespolizeipräsidium hat als oberste Führungsstelle die Verantwortung für die strategische und konzeptionelle Zukunftsausrichtung der Polizei. Mit Herauslösung der Polizei aus den Bezirksregierungen werden sechs regionale Polizeidirektionen (PD'en) in den Städten Hannover, Braunschweig, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück und Göttingen gebildet. Die PD'en gewährleisten die komplette polizeiliche Aufgabenwahrnehmung in ihrem Zuständigkeitsbereich und übernehmen bei herausragenden Einsatzanlässen (z.B. Geiselnahmen, Entführungen, Großlagen) die Gesamteinsatzleitung. Zudem sollen sie auch Aufgaben übernehmen, die mit Auflösung der Bezirksregierungen einer Bündelungsbehörde neu zugeordnet werden müssen und eine Sachnähe zu polizeilichen Aufgabenfeldern aufweisen. Neben diesen sechs regionalen PD'en wird eine zentrale Polizeidirektion als eingerichtet.

Sie bündelt die Aufgaben der heutigen Bereitschaftspolizei, der Wasserschutzpolizei, der Polizeihubschrauberstaffel und der Medizinischen Dienste. Jeder regionalen Polizeidirektion werden fünf oder sechs Polizeiinspektionen (PI'en) nachgeordnet, die für die polizeilichen Kernaufgaben zuständig sind. Gleichzeitig werden die bisherigen 45 PI'en in der Fläche zu 27 zusammengelegt (einschließlich der PD Hannover von 50 auf 33). An der Spitze des Landespolizeipräsidiums wird ein Landespolizeipräsident stehen. Entsprechend der sich in den bisherigen Polizeidirektionen Hannover und Braunschweig bewährten Struktur sollen künftig alle Polizeidirektionen von Polizeipräsidenten geleitet werden. Die Präsidenten sollen den Status eines politischen Beamten erhalten.

[www.polizei.niedersachsen.de](http://www.polizei.niedersachsen.de) +++

+++ Der Bundestag hat mit breiter Mehrheit die Neuauflage des Gesetzes zur "präventiven Telekommunikations- und Postüberwachung" durch das Zollkriminalamt in 2. und 3. Lesung beschlossen. Das Gesetz wurde zuvor durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Neue Teile des Gesetzes beinhalten die engere Erfassung von Datenerhebungs- und Übermittlungsverfahren. Übermittelt werden dürfen Erkenntnisse aus den Bereichen Staatsschutz, Betäubungsmittelkriminalität, Geldfälschung und Geldwäsche an die Polizei, Strafverfolgungs- und Verfassungsschutzbehörden. Der Bundesnachrichtendienst wird aus der Regelung ausgenommen. Dieser darf jetzt bei Gefahren durch Terror Auskunft beim Zollkriminalamt einholen.+++

+++ Sichtlich bemüht, den qualitativen Sprung hervorzuheben, der durch das neue Terrorismusabwehrzentrum in Berlin-Treptow erreicht sei, zeigte sich die versammelte Führung der Bundesorgane der Inneren Sicherheit bei der Vorstellung des Projekts am Dienstag in der Bundespressekonferenz. Zugleich wurde betont, das angebliche Trennungsgebot (siehe Behörden Spiegel 10/04, S. 65) zwischen Polizei und Diensten werde eingehalten: "Wir vermischen weder unsere Zuständigkeiten in diesem Zentrum, noch unsere Quellen", so BKA-Chef Jörg Ziercke. Das BKA stellt mit ca. 100 Experten zunächst den Löwenanteil des neuen Analyseinstruments, der Verfassungsschutz steuert vorerst 15 Mann bei. Innenminister Schily äußerte Zufriedenheit über das zunächst erreichte Ziel, er könne sich aber einen weiteren Ausbau und zusätzliche Aufgaben vorstellen. Im Visier des Zentrums steht der Informationsaustausch über den internationalen Terror, nicht nur, aber vornehmlich islamistischer Prägung. Bei den Sottisen des offensichtlich ein Hochgefühl genießenden Ministers über störrische Koalitionspartner, begriffsstutzige Medienvertreter und "Landesminister, die Unsinn reden" blieb im gesamten Saal nur einer stoisch ruhig - mit unbewegter Miene: BfV-Chef

Heinz Fromm. Selbst BND-Präsident August Hanning konnte sich ein leises Lächeln nicht verkneifen. Mehr dazu im Behörden Spiegel im Januar.

+++

+++ Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann hat die Vorstellungen der Bundesregierung zur Errichtung einer Anti-Terror-Datei scharf kritisiert. Eine Indexdatei, wie von Bundesinnenminister Schily geplant, sei völlig unzureichend. Der Bund habe nach mehr als drei Jahren noch immer keinen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Jetzt werde auch noch der sinnvolle und umfassende Beschluss des Bundesrates zum niedersächsischen Entwurf für eine Anti-Terror-Datei verworfen, so Schünemann. In der Stellungnahme der Bundesregierung zum Bundesratsbeschluss zur Errichtung einer Anti-Terror-Datei heißt es, der Bund plane lediglich eine "Indexdatei im Sinne eines elektronischen Fundstellennachweises". Darüber hinaus sollen konkrete Projektdatenbanken eingerichtet werden. Massendatenbanken und deren Effizienz ist auch Thema des 8. Europäischen Polizeikongresses ([www.euro-police.com](http://www.euro-police.com)). +++

+++ Zum zweiten Mal wurde der NRW-Landespreis für Innere Sicherheit an besonders vorbildliche Ordnungspartnerschaften verliehen. In den Projekten in Münster, Gelsenkirchen und Essen arbeiten Polizei, Städte und Verbände gemeinsam an der Bekämpfung von Graffiti-Schmierereien, für mehr Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr und gegen Lärmbelästigungen, Kriminalität und unzumutbare Verkehrsverhältnisse durch einen Automarkt. In Nordrhein-Westfalen sorgen inzwischen rund 900 Projekte für mehr Sicherheit auf kommunaler Ebene.

Insgesamt 16 Ordnungspartnerschaften nahmen am Wettbewerb teil. +++

+++ Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Gottfried Timm und der Vorsitzende des Hauptpersonalrats der Polizei (PHPR) Manfred Seegert haben eine Dienstvereinbarung unterschrieben, mit der das Verfahren bei Zielvereinbarungen in der Landespolizei zukünftig geregelt werden soll. Erste Zielvereinbarungen zur Kriminalitäts- und Verkehrsunfallbekämpfung wurden bereits im Jahr 2000 abgeschlossen. Um das Verfahren jedoch transparenter zu gestalten und den Einfluss der Mitarbeiter auszubauen, nahmen 2003 der HPR der Polizei und Innenministerium erste Gespräche zur Einbeziehung der Personalvertretungen in der Landespolizei auf. +++

## PRAXIS

+++ Die Entscheidung für eine neue Polizeiwaffe in NRW ist getroffen. Ein Behörden Spiegel-Bericht löste nochmals Diskussionen aus. Das Ausschreibungsverfahren zugunsten der Walter P 99 DAO bei Zoll und NRW-Polizei ist entschieden, die vom Behörden Spiegel zitierten Vorwürfe - selbstauslösender Schuss beim Reinigen und Zerlegen - von allen Beteiligten wie auch den Gewerkschaften widerlegt.

Allerdings haben die Wettbewerber Heckler & Koch sowie Saur Beschwerde eingelegt. Saur hat seine Beschwerde zurückgezogen, wohingegen Heckler & Koch, nach einem gescheiterten Verfahren bei der zuständigen Vergabekammer bei der Bezirksregierung Düsseldorf, Rechtsmittel eingelegt hat. Eine Auslieferung der ersten Waffen ist in diesem Jahr damit nicht mehr möglich. Mehr dazu bei [www.streife-online.de](http://www.streife-online.de) +++

+++ Der Bund und die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Schleswig-Holstein haben vom 29. November bis 1. Dezember die länderübergreifende Katastrophenschutz-Übung "LÜKEX 2004" durchgeführt. Bei der Übung wurden Naturkatastrophen, weitreichende

Stromausfälle, Terroranschläge und Versorgungsengpässe simuliert und die Bewältigung dieser Probleme auf den Prüfstand gestellt. LÜKEX habe gezeigt, dass die föderalen Strukturen im Katastrophenschutz richtig seien und sich bewährt hätten, so der Stuttgarter Innenminister Heribert Rech. Bei der Übung galt es vor allem, die vielfältigen Probleme bei einer Bedrohung der Grundversorgung der Bevölkerung zu bewältigen und die zahlreichen Möglichkeiten zur Schadensabwehr koordiniert zu nutzen. +++

+++ Baden-Württembergs Innenministerium hat bestätigt, dass am 30. Oktober 2003 auf dem Stuttgarter Flughafen unter Leitung der Bundeswehr eine realitätsnahe Geiselnahmeübung stattgefunden hat. Beteiligt daran waren auf Bitte der Bundeswehr 60 Beamte des Spezialeinsatzkommandos Baden-Württemberg (SEK) und 35 Beamte der Bereitschaftspolizei. Geiselnahmen seien zwar außergewöhnliche Ereignisse, kämen aber in der Realität vor und müssten deshalb geübt werden, heißt es. Die Polizeibeamten, die die Rolle von Passagieren übernommen hatten, seien in einem speziellen Briefing unter Beiziehung von Psychologen eingehend auf ihre Rollen und die damit verbundenen physischen und psychischen Belastungen vorbereitet worden. Das Flugmedizinische Institut der Bundeswehr in Fürstenfeldbruck sei im Frühjahr 2003 mit der Bitte an das SEK herangetreten, bei einer Geiselnahmeübung in einem Flugzeug als "Passagiere" mitzuwirken. Die Zugriffsmaßnahmen einschließlich der Evakuierung der "Geiseln" sollten vom Kommando Spezialstreitkräfte der Bundeswehr (KSK) übernommen werden. Nachdem das KSK aus dem Innenministerium nicht bekannten Gründen nicht zur Verfügung gestanden hätte, habe das SEK sich auf Wunsch der Bundeswehr bereit erklärt, diesen Übungsteil zu übernehmen. Während der Übung seien die "Passagiere" mit arabischen Sprechgesängen beschallt worden und mit Wasser bespritzt beziehungsweise vereinzelt mit Wassergüssen irritiert worden. +++

#### BOS-DIGITALFUNK

+++ In den Forschungslabors des Siemens-Bereiches Communication ist ein Weltrekord gelungen. Erstmals wurden in Echtzeit Daten mit einer Geschwindigkeit von einem Gigabit pro Sekunde per Mobilfunk übertragen. Die schnellste Funkverbindung zu einem mobilen Endgerät schaffen derzeit W-LAN-Netze mit rund 50 Mbit/s. Um die hohe Geschwindigkeit zu erreichen, kombinierte Siemens ein intelligentes Antennensystem mit der OFDM (Orthogonal Frequency Division Multiplexing)-Technologie. Diese Technologie, die das Frequenzspektrum besonders effizient nutzt, gilt in der Forschung als viel versprechender Baustein der Mobilfunkgeneration nach W-CDMA/UMTS. Das Experimentalsystem zur Gigabit-Übertragung soll auf dem 3 GSM World Congress 2005 zum ersten Mal der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Der Behörden Spiegel und der Polizei-Newsletter wird zuvor exklusiv Gelegenheit haben, das Verfahren kennenzulernen. Über diese neue mobile Breitbandlösung wird der Behörden Spiegel in einer der nächsten Ausgaben ausführlich berichten. Ob die Siemens AG mit diesem neuen Verfahren auch in die angekündigte Ausschreibung des BOS-Digitalfunks eingreifen kann und will, ist noch offen. Immerhin könnte Siemens als einziger Infrastrukturhersteller ggf. vier Technologieplattformen (TETRAPOL, TETRA, GSM-ASCI und 4 FLASH-OFDM) zur Auswahl stellen. +++

+++ Am 07. und 08.12.2004 fand in Dortmund unter Leitung des Fraunhofer-Instituts für Medienkommunikation IMK das Kick-Off-Meeting des Projekts SHARE statt. Innerhalb von SHARE soll ein innovatives mobiles Kommunikationssystem entwickelt werden, das eine umfassende multimodale Kommunikation und Dokumentation für Feuerwehr und Rettungsdienste beim

Katastrophenmanagement bieten soll. Es soll die Kommunikation und Dokumentation bei großen Schadenslagen vereinfachen, Rettungskräfte unterstützen, die wenig Fremdsprachenkenntnisse haben, und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Rettungsorganisationen in Europa und bei internationalen Einsätzen gewährleisten. Ein solches System könnte u. a. Einsatzleitungen befähigen, Online-Zugänge zu Datendienstleistungen zu nutzen, die aktuelle Lageinformationen einschließlich Audio, Video, Text, Graphik sowie Details zum Notfall, zum Standort und zur Umgebung bereitstellen. So könnte die Einsatzstelle beispielsweise Videos vom Einsatzort einsehen und schneller auf sich ausbreitende Brände reagieren und die Rettung gefährdeter oder vermisster Personen veranlassen. Das SHARE-Konzept soll in eine auf UMTS-Datenfunkkommunikation und mobilem W-LAN basierte Kommunikations-Infrastruktur integriert werden. Die technologischen Innovationen umfassen die Weiterentwicklung der multimodalen Push-to-Share-Technologie (etwa: Gruppenruf), intelligente digitale Landkarten, die standortbasierte Dienstleistungen und Informationen beinhalten, semantische Indexierung von Multimediadaten sowie robuste Sprach- und Bildverarbeitungsalgorithmen. SHARE wird von der EU im 6. Rahmenprogramm "Technologien für die Informationsgesellschaft" mit 2,86 Mio. Euro gefördert. Nach drei Jahren werden die Projektergebnisse von der Feuerwehr Dortmund in der Praxis getestet. [www.imk.fraunhofer.de](http://www.imk.fraunhofer.de) +++

+++ TETRA und TETRAPOL laufen in der Tschechischen Republik im Parallelbetrieb zueinander. In Prag sei es zudem gelungen, die Kommunikation zwischen den beiden Systemen zu ermöglichen. Dies wurde am Rande der "TETRAPOL User's Club-Konferenz" in Gesprächen mit tschechischen Polizeibeamten und Vertretern des Innenministeriums deutlich. Der "Direct Mode", also dem direkten Verbund mehrerer Geräte, bleibt aufgrund der generellen Inkompatibilität der Systeme von der Schnittstelle jedoch unberücksichtigt. In Tschechien ist seit 2003 ein landesweit operierendes TETRAPOL-Netz in Betrieb, das von der EADS geliefert wurde. Zwischenzeitlich habe man die Umstellung auf das GSM-Netz geprüft, sei aber nach Konsultierung fünf unabhängiger Kommissionen zu dem Entschluss gekommen, das TETRAPOL-System zu wählen. Die Leitstelle des Innenministeriums für die BOS-Koordination zeigte sich mit insgesamt acht Arbeitsplätzen und zwei SUN-Servern älteren Datums als sehr übersichtlich gestaltet. Mehr dazu in der Behörden Spiegel-Ausgabe Januar. +++

+++ Bundesinnenminister Otto Schily soll gegenüber Industrievertretern geäußert haben, dass die Ausschreibung für den BOS-Digitalfunk nicht mehr in diesem Jahr käme. Diskussionen gibt es noch zwischen Bund und Ländern um das Gebührenmodell sowie die generelle Frage der Finanzierung, also des Geschäftsmodells einer Betreibergesellschaft. Zu den Vorschlägen seitens T-Systems hierzu siehe Dezember-Ausgabe des Behörden Spiegel, Interview mit Axel Birkholz auf Seite 62. Bestenfalls sei mit einer Vorlage der Ausschreibung Ende Januar - so Insider - zu rechnen. Der Behörden Spiegel wird im Januar weitere Informationen liefern. +++

+++ Die Münchener Allianz-Arena wird schon im ersten Quartal 2005 auf ein für 2000 User ausgelegtes TETRA-Netz zurückgreifen können. T-Systems und Motorola sind für die Einrichtung des Netzes und die Bestückung mit Endgeräten zuständig. An das System angeschlossen werden neben den Ordnern, privaten Sicherheitskräften und dem Stadionmanagement auch Caterer an das Digitalfunknetz angeschlossen.+++

+++ Am 21. Februar 2005 wird der 3. nationale

Paging-Kongress im Berliner Maritim proArte Hotel stattfinden. Schwerpunkt der Veranstaltung ist die Alarmierung nichtpolizeilicher BOS (Feuerwehr, Rettungsdienste, Hilfsorganisationen) und Leitstellentechnik. Weitere Informationen unter [www.bos-alarmierung.de](http://www.bos-alarmierung.de) +++

## INFORMATIONSTECHNOLOGIE

+++ In der Januar-Ausgabe wird Prof. Dr. Dr. Manfred Broy von der Technischen Universität München der Behörden Spiegel exklusiv das neue V-Modell XT vorstellen, das das V-Modell 97 durch Kabinettsbeschluss des Bundes Anfang des Jahres ablösen soll. Das BMI und das BMVg sind Auftraggeber. Wesentliche Neuerungen sind eine noch umfassendere Möglichkeit des Tailoring durch ein System von Vorgehensbausteinen und die explizite Einbeziehung der Rollen von Auftraggebern und Auftragnehmern. Grund des neuen Modells sind die gescheiterten Großprojekte mit softwareintensiver Entwicklung. +++

+++ Die Internet Service-Adresse zu Verkehrsinfos in Hamburg ist jetzt noch aktueller und informativer: Durch eine Verknüpfung mit den Verkehrskameras der Polizei können dort jetzt auch Informationen über die aktuelle Verkehrslage auf der Autobahn A1 abgerufen werden. Die Verkehrsteilnehmer können sich über das aktuelle Verkehrsaufkommen am Autobahnkreuz HH-Ost, an der Anschlussstelle HH-Billstedt und am Autobahnkreuz HH-Süd "ein Bild machen". Die Bilder werden alle 30 Sekunden aktualisiert. Senator Dr. Michael Freytag meinte dazu: "Zügig auf den Straßen der wachsenden Stadt unterwegs - das ist unser Ziel. Durch dieses Serviceangebot können sich Autofahrer direkt vor Fahrtantritt ein Bild von der Verkehrslage machen und ggf.

ausweichen oder zu einem anderen Zeitpunkt fahren. Das Angebot ist dabei so konzipiert, dass alle Anforderungen des Datenschutzes erfüllt werden. Wieder ein gutes Beispiel für die konstruktive Zusammenarbeit der Hamburger Behörden."

Zusammen mit der Polizei Hamburg hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ein technisches Konzept zur Bildübertragung von 3 Standorten an der A1 erarbeitet, welches sowohl die Sicherheitsaspekte der Polizei als auch die Datenschutzbelange des Bürgers beachtet. Die Kameras sind in erster Linie für die Überwachungsaufgaben der Polizei gedacht, können nach Bedarf geschwenkt werden und unterschiedliche Blickrichtungen einnehmen.

<http://www.verkehrsinform-hamburg.de> +++

+++ "Vorsicht beim automatischen Windows-Update" raten Datenschützer. In England traf der unbeabsichtigt ausgeführter Automatismus das "Department for Work and Pensions". 80.000 Rechner wurden über vier Tage lahm gelegt, da diese ein automatisches Update von Windows 2000 auf XP durchführten wollten, dieses aber nicht vollständig taten. Es sollten nur einige PC's im Netzwerk auf Windows XP umgestellt werden. Dieser Vorfall ist der bislang größte bekannt gewordene "IT-Unfall" in England. +++

+++ Bei der Ermittlungsgruppe "Dialer" des Hamburger Landeskriminalamtes sind bislang 207 Strafanzeigen von Internetnutzern eingegangen, die eine Rechnung über 49 Euro der Firmen Tele Hansa und Media Work erhalten hatten. Es hatte sich ein kostenpflichtiges Einwahlprogramm (Dialer) unbemerkt auf den Computern der Opfer eingeschlichen und die teure Einwahlnummer aufgerufen. Es wurden drei Server sichergestellt. +++

+++ Wieder flog eine BIENE für die nordrhein-westfälische

Polizei: Deren Internetseite bekam nämlich beim zweiten BIENE-Award einen Sonderpreis für den Einsatz von Gebärdensprachvideos. BIENE steht für "Barrierefreies Internet eröffnet neue Einsichten" und prämiert die besten deutschsprachigen barrierefreien Webseiten. Bereits beim ersten Wettbewerb 2003 erhielt die Polizei NRW in Berlin die goldene BIENE für die beste deutschsprachige, barrierefreie Webseite in der Kategorie E-Government. Die im Internet bereitgestellten Formulare der nordrhein-westfälischen Polizei sind bewusst sprachlich einfach gehalten sowie mit erklärenden Texten und Videos in deutscher Gebärdensprache versehen. Ausgeschrieben wurde der Award von der Stiftung Digitale Chancen und der Aktion Mensch. Der Behörden Spiegel war Medienpartner des Wettbewerbs und war 2004 Mitglied der Jury.  
[www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de) +++

#### KATASTROPHENSCHUTZ

+++ Kürzlich bebte die Erde im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet. Kurz danach besuchte Christoph Unger, neuer Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) das Bundesamtes für Bevölkerungsschutz der Schweiz. Es wurde ein "intensiver Erfahrungsaustausch und enge Zusammenarbeit" vereinbart. Der Besuch bekam vor dem aktuellen Hintergrund des Erdbebens besonderes Gewicht. Unter anderem ist das Schweizer Bundesamt für die erdbebenbezogene Verstärkung von Bauwerken und beim erdbebenbezogenen Kulturgutschutz zuständig. Auch die Führungsstrukturen des Schweizer Bundes im Falle schwerer Erdbeben sind eine Kompetenz des Schweizer Bundesamtes. Weitere Themen des deutsch-schweizerischen Erfahrungsaustausches waren die Arbeiten des BBK zur Analyse kritischer Infrastrukturen, etwa im Energieversorgungsbereich, und - vor dem Hintergrund ähnlicher föderaler Strukturen - die koordinierenden Aufgaben des Bundes im Falle von Schadenslagen von nationaler Bedeutung. [www.bbk.bund.de](http://www.bbk.bund.de) +++

+++ Der Behörden Spiegel widmet sich neben der monatlichen Berichterstattung dem Thema Katastrophenschutz am 17. und 18. Mai 2005 mit dem 1. Europäischen Katastrophenschutzkongress dem erhöhten Diskussionsbedarf zu dieser Thematik. Der Kongress wird in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Inneren, dem BBK und dem THW organisiert. Es ist die erste Veranstaltung dieser Art in Deutschland. Eine Programmorschau und weitere Informationen sind unter [www.civil-protection.com](http://www.civil-protection.com) verfügbar.+++

+++ Vor fünf Jahren wurde in Koblenz auf dem Asterstein die rheinland-pfälzische Landes-Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule eingeweiht. Die Schule hielt jetzt eine Arbeitstagung ab und beschäftigte sich mit dem Thema "Feuerwehrstandards im Vollzug". Die heute 23 Lehrkräfte hätten in den vergangenen fünf Jahren in 1.226 Lehrgängen und Seminaren rund 19.900 Angehörigen der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes Wissen für deren Einsätze bei den verschiedensten Gefahrenlagen vermittelt. Allein im kommenden Jahr würden 5.000 Ausbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in 78 unterschiedlichen Lehrgängen erwartet, dies sei eine Rekordmarke, so Innenstaatssekretär Bruch. Er wies insbesondere darauf hin, dass die Schule bundesweit eine der wenigen ihrer Art sei, in der neben der Ausbildung von Feuerwehr- und Katastrophenschutzkräften auch Angehörige der allgemeinen Hilfsorganisationen fortgebildet würden. "Es muss darum gehen, Einsparpotenziale zu erschließen und die Schutzziele dennoch mit der gleichen Qualität zu erreichen", so Bruch. Eine Änderung der 8-Minuten-Zeitgrenze für das Erreichen einer Einsatzstelle werde es nicht geben. +++

+++ Ehrenamtliche Helfer im Katastrophen-, Zivilschutz und

Rettungswesen in Nordrhein-Westfalen sollen in Zukunft für besondere Verdienste eine Auszeichnung bekommen. Wie für ihre Kollegen bei der Feuerwehr will das Land für sie ein Ehrenzeichen stiften. "Mit dieser offiziellen Auszeichnung wollen wir die Helfer ermutigen, stärken und ihre Leistungen anerkennen", so Innenminister Dr. Fritz Behrens. Die Tätigkeit der ehrenamtlichen Mitarbeiter von Hilfsorganisationen sei mit der Arbeit der freiwilligen Feuerwehrangehörigen vergleichbar. Bisher gab es jedoch keine entsprechende Form der Anerkennung. Die "Verleihungspraxis" soll ähnlich wie beim Feuerwehr-Ehrenzeichen sein. Die Auszeichnung wird auf Vorschlag der privaten Hilfsorganisationen verliehen. Das Ehrenzeichen besteht aus einem gleichschenkligen Emaillekreuz und zeigt grünes Laub auf weißem Grund, das in der Mitte das Landeswappen und auf einem unterlegten Ring die Umschrift trägt: "Für Verdienste in der Gefahrenabwehr".  
Es wird als Steckkreuz oder Rosette getragen. +++

#### VERANSTALTUNGEN

+++ Der 8. Europäische Polizeikongress findet auf Wunsch des Bundesinnenministeriums zwei Monate später als geplant statt. Der Termin ist nun der 06. und 07. April 2005, Veranstaltungsort ist das Maritim pro Arte Hotel in Berlin Mitte. 80% der Ausstellungsfläche sind bereits gebucht. Ein Hallenplan und das aktuelle Programm ist unter [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) verfügbar. Unter anderem haben schon 6 Minister aus den Bereichen Justiz und Inneres ihre Teilnahme am Kongress zugesichert.+++

#### EUROPA

+++ Der als Hardliner bekannte britische Innenminister David Blunkett ist gestern Abend zurückgetreten. Er soll der philippinischen Kinderfrau seiner Freundin "auf kurzem Wege" eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis besorgt haben. Nachfolger des blinden Blunkett (57) wird Charles Clarke (54), bisheriger Bildungsminister. Nächste Woche wird ein Untersuchungsbericht die Vorwürfe bestätigen. Innenpolitiker leben derzeit nicht nur durch Terroristen gefährdet, sondern auch durch eine sensible Öffentlichkeit. So trat der designierte Nachfolger von Tom Ridge, dem Chef des Homeland Security-Departments, zurück, bevor es für ihn losging. Der frühere New Yorker Polizeichef Bernhard Kerik sollte neuer Heimatschutzminister werden. Der ehemalige "street cop" gilt als Hardliner. Doch er musste das Handtuch werfen bevor er Chef der 115.000 Mitarbeiter werden konnte. Er beschäftigte eine mexikanische "Nanny" (Kindermädchen) ohne Papiere.

+++ Österreichs Polizeibeamte bekommen neue - dunkelblaue - Uniformen. Mitte 2005 sollen die ersten davon ausgeliefert werden. Von da an soll die neue Ausrüstung in einem "fließenden Roll-out" möglichst kostenneutral die alten Jacken und Hosen ersetzen. Bis Mitte 2007 sollen alle Polizeibeamten die neue Uniform tragen. "Mit der neuen Uniform verfolgen wir folgende Ziele: Zum ersten ein klares Signal an die Bürger, das sagt, wir wollen eine Polizei und damit Sicherheit auf dem besten internationalen Standard. Und zum zweiten ein Signal an unsere Mitarbeiter: Sie sollen das Gefühl und das Wissen haben, dass sie für ihre schwierige und wichtige Arbeit die bestmögliche Ausrüstung bekommen", so das Bundesinnenministerium in Wien bei der Präsentation der Uniformen Anfang Dezember. +++

+++ Österreich hat künftig eine "Bundespolizei", und zwar ab

dem 1. Juli 2005. Dazu werden Polizei und Gendarmerie zusammengelegt. Das beschloss das Parlament Ende letzter Woche in seiner vorletzten Sitzung vor der Weihnachtspause mit der Novellierung des Sicherheitspolizeigesetzes. Die beiden "Wachkörper" im Bereich des Innenministeriums sollen zu einem "einheitlichen Wachkörper" zusammengeführt werden.

Durch eine Neustrukturierung der Kommandostrukturen soll die Effizienz des Einsatzes der "für den Exekutivdienst erforderlichen Ressourcen" wesentlich gesteigert werden. In jedem Bundesland soll ein Landespolizeikommando eingerichtet werden. Bezirks- und Stadtpolizeikommanden werden als nachgeordnete Organisationseinheiten der Landespolizeikommanden eingerichtet. Die neue Bundespolizei wird die neue dunkelblaue Polizeiuniform tragen. Integriert in die Bundespolizei werden auch die Beamten der "Zollwache". Diese war im Mai im Zuge der EU-Osterweiterung bereits aufgelöst worden, die Beamten in die Polizei bzw.

Gendarmerie übergeleitet. [www.bmi.gv.at](http://www.bmi.gv.at) +++

+++ Innenminister Dr. Ernst Strasser (ÖVP) trat letzte Woche zurück und wird abgelöst durch Günther Platter, der als Verteidigungsminister vorübergehend beide Ministerien leitet. Strasser wechselt in die Privatwirtschaft. Er hatte das Innenministerium im Februar 2000 übernommen. Den Wechsel zu einem großen Energieversorger dementierte der Ex-Innenminister bereits. Er habe aber zwei "interessante Angebote", über die er Anfang 2005 entscheiden will.

Verteidigungsminister Platter wird bis zur zweiten "Jännerhälfte" das Innenministerium führen bis dahin gibt es in Österreich also eine die Zuständigkeit für Ziviles (Polizei) und Militärisches aus einer Hand. Dann wird sich der Nationalrat, das Parlament, mit der Personalie befassen.

+++

#### TERMINE

+++ Weitere Hinweise zu zielgruppenspezifischen Seminaren und Kongressen finden Sie chronologisch geordnet und recherchierbar auf [www.behoerdenspiegel.de](http://www.behoerdenspiegel.de) unter dem Menüpunkt "Veranstaltungskalender"! +++

+++ 06.-07.04.2005: 8. Europäischer Polizeikongress: "Innere Sicherheit im Europa der 25: Extremismus und Terrorismus", Berlin; [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) +++

+++ 17.-18.05.2005: 1. Europäischer Katastrophenschutzkongress: "Ziele - Vorsorge - Reaktion", Stadthalle, Bundesstadt Bonn, [www.civil-protection.com](http://www.civil-protection.com)

+++ 31.05.-01.06.2005: Effizienter Staat - 8. Deutscher Verwaltungskongress: TRANSFORMATION - Staat und Gesellschaft, Berlin; [www.effizienter-staat.de](http://www.effizienter-staat.de) +++

+++ 09.-10.11.2005: "Bundeskongress Doppik" & e-nrw. - "E-Government bei Land und Kommunen - Fachlösungen, Masterplanumsetzungen, NRW-Portal", Düsseldorf, Rheinterrasse, [www.neues-kommunales-finanzmanagement.de](http://www.neues-kommunales-finanzmanagement.de); [www.e-nrw.info](http://www.e-nrw.info) +++

+++ 28.-29.11.2005: 4th Congress on European Defence 4. Berliner Sicherheitskonferenz: "Europe's Role in Defence -Experience, Structures and Options", Berlin; [www.european-defence.com](http://www.european-defence.com) +++

#### HINWEISE

##### Polizei-Newsletter

Der Polizei-Newsletter, der monatliche, hochkonzentrierte Newsflash von Deutschlands ältester und größter unabhängiger Zeitung für Behörden. Für Behörden Spiegel-Abonnenten (Print-Ausgabe) und Teilnehmer des Europäischen Polizeikongresses ist Polizei-Newsletter kostenlos.

[Hinweis: Da zahlreiche unserer Empfänger (Sicherheits-) Schwierigkeiten mit dem Empfang von Anhängen und formatierten Mails haben, publizieren wir diesen Newsletter in unformatierter Form.]

? Haben Sie diesen Newsletter weitergeleitet bekommen und möchten ihn regelmäßig beziehen? Bitte Mail mit Ihrer E-Mail- sowie Ihrer vollständigen postalischen Adresse und dem Betreff "SUBSCRIBE Polizei-Newsletter" an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de)

? Sie möchten Behörden Spiegel (Print) und Newsletter beziehen: bitte Abonnement-Formular auf [www.behoerdenspiegel.de](http://www.behoerdenspiegel.de) ausfüllen und senden.

? Sie möchten Informationen zum 8. Europäischen Polizeikongress im April 2005. Eine Programmvorschau und Anmeldemöglichkeit ist unter [www.euro-police.com](http://www.euro-police.com) verfügbar.

? Möchten Sie diesen Newsletter nicht weiter beziehen? Bitte Mail mit "UNSUBSCRIBE" POLIZEI-NEWSLETTER im Betreff an [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de)

#### IMPRESSUM

Der Herausgeber von "Polizei-Newsletter" ist R. Uwe Proll, ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Am Buschhof 8, 53227 Bonn, Telefon: 0049-288-970970, Telefax: 0049-228-9709775, E-Mail: [polizei@behoerdenspiegel.de](mailto:polizei@behoerdenspiegel.de) . Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführerin:

Helga Woll. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Polizei-Newsletter". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches der Herausgeber liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden. Redaktionelle Leitung: Stephan Brüss, Redaktion:

Achim A. Deckert, Franz Drey, Matthias Köhler, R. Uwe Proll, Kirsten Wohlfahrt.